



Greenpeace – ungemein nützlich

Erfolge für das Gemeinwohl
Svenja Koch / Jochen Lohmann

GREENPEACE

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	Seite	5
1. Greenpeace im gemeinnützigen Dienst für Umwelt und Demokratie		6
1.1 Richter urteilen zu Gunsten von Greenpeace		6
Dünnsäure-Verklappung, Kronos-Prozeß 1988		6
Giftmüll Albanien, Europabrücke Kehl 1997		6
Klimakatastrophe, Plakate/Hilger/Hoechst 1999		9
Gen-Raps, Potsdam Agrarminister 2001		10
Castor, Anketten Mannheim 2001		11
Oil of elf-Domain 2001		11
1.2 Kampagnen: Welche Aktionen hatten welche Funktion und welche Wirkung?		12
Dünnsäure		13
Greenfreeze-Kühlschrank		14
Welpark Antarktis		17
Brent Spar, 1995		18
Olympische Spiele in Sydney 2000		25
Kein Patent auf Leben		26
TBT – Dauergift im Meer		29
1.3 Gesetze und Verordnungen als Folge von Greenpeace Kampagnen		30
Das Walfangmoratorium und andere Gesetze zum Schutz der Meere		30
London-Konvention: Keine Müllversenkung im Meer		32
Giftmüll/Basel-Konvention		33
Diuron und der Grundwasserschutz		35
Die Gebühren des Umweltinformationsgesetzes		36
1.4 Anstöße in Wissenschaft und Technik		37
Auf dem Weg zum chlorfreien Papier: „Das Plagiat“		37
SmILE		38
Cyrus und die Solar-Kampagne		40
1.5 Greenpeace in der DDR		41

2. Greenpeace im gemeinnützigen Dienst der Gesellschaft	Seite 44
2.1 Ehrenamt	44
2.2 Greenpeace-Gruppen	45
2.3 Kinder- und Jugendprojekte	46
2.4 genetiXproject	52
2.5 Elbeflut, August 2002	53
2.6 Bergwaldprojekt	53
3. Greenpeace – Expertisen – Kontakte – Zusammenarbeit	55
3.1 In den Bundesministerien	55
3.2 In den Fachbehörden	58
3.3 In den Enquete-Kommissionen	59
3.4 Beim Bundespräsidenten	60
3.5 In internationalen Institutionen als Beobachterin	61
3.6 Mit Gewerkschaften	64
4. Zwei Beispiele für den internationalen Einsatz	66
4.1 Im Libanon	66
4.2 In Russland	69
5. Externe Würdigungen für Greenpeace	72



Vorwort

Greenpeace im Dienst der Gemeinnützigkeit

Über 30 Jahre Greenpeace, das sind drei Jahrzehnte konfrontativer, polarisierender Kampagnen-Arbeit zum Schutz des Planeten als Lebensraum für alle.

30 Jahre, in denen sich Greenpeace neben Hunderttausenden von Freunden und Förderern auch eine ganze Reihe von mächtigen Feinden gemacht hat.

Gerade in Deutschland gibt es seit den Protestaktionen gegen die Castor-Transporte 2001 eine Reihe von Politikern aus dem konservativen Lager, die Greenpeace den Status der Gemeinnützigkeit aberkennen wollen. Im deutschen Recht ist der Status der Gemeinnützigkeit mit einer Reihe von Privilegien und Erleichterungen, u.a. mit dem Recht auf Ausstellung von Spendenbescheinigungen verbunden, die die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen, von Vereinen und Verbänden fördern und erleichtern sollen.

Hinter der Debatte um die Gemeinnützigkeit steckt der Versuch einiger Politiker, sich der „lästigen“ Kritiker zu entledigen, um die eigene Hilfs- und Konzeptlosigkeit zu kaschieren und Umweltprobleme zu leugnen. Dabei sieht etwa der Politikwissenschaftler Ulrich Beck in Greenpeace eine Antwort auf die Umweltkrise als Krise der Institutionen: „Gesellschaftstheoretisch gewendet handelt es sich bei der ökologischen Krise um eine systematische Verletzung von Grundrechten (...). Gefahren werden industriell erzeugt, ökologisch externalisiert, juristisch individualisiert, naturwissenschaftlich legitimiert und politisch verharmlost.“

Ist Greenpeace gemeinnützig? Wir von Greenpeace sind uns da einig, die über 500.000 Förderer in Deutschland auch. Die Liste unserer umweltpolitischen Erfolge ist lang. Und in einer repräsentativen Umfrage von April 2003 liegt Greenpeace zusammen mit ADAC und Polizei auf der Liste der vertrauenswürdigen Institutionen ganz oben.

Aber wie sieht uns der Rest der Welt?

In diesem Report haben wir „Lob von außen“ zusammengestellt und Unmengen an Belegen dafür gefunden, dass Greenpeace vielleicht manchmal gemein, weil frech, aber doch ungemein nützlich ist. Und dafür sogar von denjenigen gelobt wird, denen man es nicht zutraut (Industrie, konservative Presse, politische Gegner).

Der Wissenschaftler Elmar Altvater schreibt: „Wenn die Nationalstaaten ungeeignet sind, die globalen ökonomischen und ökologischen Probleme zu bewältigen, ein globaler Staat aber eine Illusion ist, wächst den intermediären Institutionen und Organisationen ein doppelter Komplex von Aufgaben im Zuge der internationalen ökologischen Regimebildung zu: Erstens werden Nichtregierungs-Organisationen unverzichtbare Vermittler und Multiplikatoren des Konsenses innerhalb je nationaler (oder regionaler) Gesellschaften ... Zweitens sind NRO die Bindeglieder internationaler Netzwerke, die von den Nationalstaaten nicht geknüpft werden können ... Sie sind somit gewissermaßen die Bindeglieder einer internationalen Zivilgesellschaft.“

Wir nehmen diese Herausforderung an. Dieser Report stellt beispielhaft zusammen, was Kampagnen von Greenpeace an positiven Entwicklungen für die Bürgergesellschaft gefördert und ausgelöst haben. Schon Staatstheoretiker Thomas Hobbes (1588–1679), eigentlich ein Befürworter absoluter Monarchien, plädierte für ein Widerstandsrecht des Bürgers, wenn ein Staat lebensgefährdende Verhältnisse erzeugt oder duldet.

Wir teilen diese Erkenntnis, und sie ist uns Ansporn genug, unseren Weg unbeirrt weiterzugehen.

Keep Greenpeace in action
Brigitte Behrens

Greenpeace im gemeinnützigen Dienst für Umwelt und Demokratie

1.1 Richter urteilen zu Gunsten von Greenpeace

Dünnsäure-Verklappung, Kronos-Prozess 1988

Am 27.7.1988 wurde vor dem Landgericht Oldenburg über die Rechtmäßigkeit einer einstweiligen Verfügung verhandelt, die von der Firma Kronos Titan am 30.5.1988 in Nordenham gegen Greenpeace erwirkt wurde. Greenpeace hatte das Dünnsäure-Verklappungsschiff der Firma drei Tage am Auslaufen und am Verklappen der Giffracht gehindert, um auf die Verschmutzung der Nordsee und das massenhafte Robbensterben aufmerksam zu machen.

Im Beschluss des Landgerichts Oldenburg vom 17. August bezeichnete das Gericht die einstweilige Verfügung teilweise als un-

zulässig, ließ sie aber weiter bestehen. In der mündlichen Verhandlung hatte sich der vorsitzende Richter Gärtner¹ für das Greenpeace-Anliegen stark gemacht: für die Einführung des Verursacherprinzips in die Rechtsprechung. Er prangerte die unhaltbaren Zustände in der Nordsee an und forderte die Politiker zu einem schnellen und entschlossenen Handeln auf und meinte, das Vorgehen von Greenpeace sei löblich.

In der Urteilsbegründung heißt es zur Beibehaltung der einstweiligen Verfügung: „Die Kammer war sich bei dieser Bewertung durchaus bewusst, dass nach der gegenwärtigen Rechtslage für die Verfügungsbeklagten (A.d.V.: also Greenpeace) ein effektiver Rechtsbehelf nicht gegeben ist. Dies vermag aber nichts daran zu ändern, dass auch die Verfügungsbeklagten sich an die geltende Rechtsordnung zu halten haben, die nur vom Gesetzgeber geändert werden darf. Dass die Kammer, wie auch in der mündlichen Verhandlung zum Ausdruck gekommen sein dürfte, die weitere Verbringung von Industrieabfällen in die Nordsee an sich für nicht mehr vertretbar hält, vermag an dieser rechtlichen Bewertung nichts zu ändern, da auch die Kammer, wie im übrigen das Amtsgericht Nordenham, sich nur im Rahmen der geltenden Rechtsordnung bewegen konnte.“

Das Verständnis des Richters Gärtner war der erste Schritt in die richtige Richtung. Einzelheiten zum Erfolg der Kampagne und zu den entsprechenden Gesetzesänderungen, die folgten, stehen im Abschnitt 1.2.

Giftmüll Albanien, Europabrücke Kehl 1997

Das Amtsgericht Kehl hat im Gerichtsverfahren im Juli 1996 zu einer Aktion vom März 1994 auf der Europabrücke in Kehl Verständnis für das Anliegen der Greenpeace-Demonstranten gezeigt und den Vorwurf der Nötigung zurückgewiesen². Greenpeacer hatten damals 21 Fässer eines aus Deutschland stammenden Giftmülltransports über Italien und Frankreich aus Albanien zurückgeholt. Nun

Greenpeace behindert ein Dünnsäure-Verklappungsschiff am Auslaufen in Nordenham.



¹) PE vom 27.7.88.

²) Beschluss Amtsgericht Kehl.

wurden die Fässer mit zwei LKWs über die Europabrücke Kehl in die Bundesrepublik eingeführt. Der LKW wurde auf der Brücke abgestellt und Bundesumweltminister Töpfer aufgefordert, sich um den albanischen Giftmüll deutscher Herkunft zu kümmern.

In der Urteilsbegründung des Kehler Gerichts heißt es: „Angesichts der unabsehbaren Gefahren für die Menschen in den betroffenen Regionen (...) einerseits und der dagegen geringfügigen und zeitlich nur auf Stunden beschränkten Verkehrsbehinderung durch die nicht verkehrsbedingt abgestellten beiden Fahrzeuge von Greenpeace andererseits, überwiegt das wohlverstandene öffentliche Interesse am Ruf der Bundesrepublik Deutschland durch die ‚humanitäre‘ Rückholaktion der Pestizide bei einer Güterabwägung mit dem ebenfalls schutzwürdigen Interesse am reibungslosen Verkehr auf öffentlichen Straßen und Brücken.“

Mit der Aktion auf der Kehler Europabrücke sollte auf die unhaltbaren Zustände im albanischen Bajze aufmerksam gemacht werden. Mit Reichsbahn-Waggonen hatte eine Firma aus Hannover zwischen September 1991 und Juli 1992 785 Tonnen hochgiftige Pflanzenschutzmittel aus der DDR-Produktion dorthin gebracht. In der Nähe des Zuges kam es zu schweren Umweltschäden, und es drohte der Eintritt einer Umweltkatastrophe. Greenpeace hatte den Giftmüll verpackt und auf den Weg nach Deutschland gebracht³.

Das Gericht argumentierte, dass keine Nötigung vorliege, weil man nicht so genannte „Fernziele“ verfolgt habe, sondern das „Nahziel“, die illegal exportierten und nunmehr zurückgeführten Abfälle an der Grenze der zuständigen Behörde zu übergeben. Ein weiterer Abfalltransport durch die Bundesrepublik sei gerade nicht gewollt gewesen.

Im Einzelnen heißt es im Beschluss vom 17.7.1996: „Zunächst ist festzustellen, dass sich der hier zu Grunde liegende Fall zwar vom Sachverhalt, der dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorlag, insoweit unterscheidet, als hier nicht durch die



Blockierer als solche, sondern durch zwei Fahrzeuge auf der Brücke die Straßensperre erreicht wurde. (A.d.V.: Das Amtsgericht nimmt hier Bezug auf das berühmte Sitzblockade-Urteil vom Januar 1995⁴.)

Das entscheidende Moment ist jedoch, dass diese Fahrzeuge gerade Gegenstand der Demonstration waren, nämlich durch ihre Ladung auf einen Umweltskandal aufmerksam machen sollten. Die ‚Kraftentfaltung‘ beim Auffahren der Fahrzeuge (...) war notwendigerweise Bestandteil der Meinungsäußerung selbst, denn eine Blockade mit beliebig anderen Fahrzeugen hätte gerade nicht Sinn und Zweck der Aktion entsprochen.

Auch das Anketten der Aktivisten an die Fahrzeuge ist keine ‚Gewalt‘; die hierfür benötigte Kraftentfaltung minimal. Es dient für alle erkennbar ausschließlich dem Zweck, eigene Gewaltfreiheit zu demonstrieren und die Ernsthaftigkeit des Protestes zu betonen.

Es bestand von Anfang an bei allen Beteiligten kein Zweifel, dass von der Greenpeace-Aktion keinerlei Gewalt gegen konkrete Personen oder Sachen ausgehen würde. Gewalt: hier verstanden als unmittelbare Ausübung eines physischen Zwangs auf irgendein Opfer oder gegen Sachwerte.“ Dass von den Greenpeace-Aktivisten keinerlei Gewalt im üblichen

Mit einer Straßensperre auf der Kehler Europabrücke protestieren Greenpeacer gegen illegale Giftmüllabschiebungen nach Albanien.

³) PE zur Lage in Albanien vom 4.3.1994.

⁴) Artikel aus der FR zu diesem Urteil.



Mit Gasmasken und Schutzanzügen sichern Greenpeaceer 1994 in Albanien Giftmüllfässer aus Deutschland.

Sinne des Sprachgebrauchs zu erwarten war, wurde allgemein so gesehen und fand auch in der örtlichen Presse ihren Niederschlag: So wird in der Kehler Zeitung vom 12.03.1994 die Meinung eines Bundesgrenzschutzbeamten mitgeteilt, dass man am meisten Angst vor Angetrunkenen gehabt habe, die ihrem angestauten Unmut Luft machen würden. „Bei Greenpeace selbst habe man hingegen keinerlei Befürchtungen gehabt, schließlich sei bekannt, dass sie sich ausschließlich auf passiven Widerstand versteifen.“

Ausgehend von dieser – von den Ereignissen auch voll bestätigten – Überzeugung, dass die Greenpeace-Aktivisten weder Steine werfen, noch irgendwelche Gemeinheiten gegen Polizeibeamte oder Bürgerinnen und Bürger begehen würden, verlief der Umleitungsverkehr ab 13 Uhr reibungslos. (...)

Selbst wenn der Tatbestand der „Gewaltentfaltung“ bejaht würde, was das Gericht beim hier vorliegenden Sachverhalt für unvereinbar mit dem Grundgesetz hielt, entfiel die Anwendung des § 240 StGB (Nötigung), denn die den Beschuldigten angelastete Tat wäre nicht rechtswidrig. Insoweit fehlt es am Merkmal der Verwerflichkeit, § 240 II StGB. (...)

Hintergrund der Aktion der Beschuldigten war demnach, dass erhebliche Gewässerverseuchungen befürchtet wurden. Die Trinkwasserversorgung für Teile Montenegros und Westalbanien drohte in Gefahr zu kommen.

Presse und Umweltministerium waren darüber informiert, dass Greenpeace bereits auf dem Verhandlungswege versucht hatte, einen Rücktransport zu erreichen, jedoch ohne Erfolg. Da der Giftmüll aus Deutschland kam, lag eine moralische, wenn nicht gar rechtliche Verpflichtung für die BRD vor. (...)

Die hier zu beurteilende Aktion von Greenpeace hatte nicht nur den Rücktransport der anderen noch in Albanien lagernden Giftmüllfässer zur Folge, sondern auch, dass in der Folgezeit mit erhöhter Intensität an den gesetzlichen und vertraglichen Regelungen des Verbots von Giftmülltransport gearbeitet wurde. Dieses Ziel war bei der Aktion mit umfasst worden.

„Angesichts der unabsehbaren Gefahren für die Menschen in den betroffenen Regionen (...) einerseits und der dagegen geringfügigen und zeitlich nur auf Stunden beschränkten Verkehrsbehinderung durch die nicht verkehrsbedingt abgestellten beiden Fahrzeuge von Greenpeace andererseits, überwiegt das wohlverstandene öffentliche Interesse am Ruf der Bundesrepublik Deutschland durch die ‚humanitäre‘ Rückholaktion der Pestizide bei einer Güterabwägung mit dem ebenfalls schutzwürdigen Interesse am reibungslosen Verkehr auf öffentlichen Straßen und Brücken.“

Diese gilt für die Teilnahme aller hier Beschuldigten an der Aktion, da ausnahmslos ein moralisch hochwertiges und dem wohlverstandenen deutschen Interesse entsprechendes Verhalten bei Einhaltung strikter Selbstdisziplin festzustellen ist.“

Die Staatsanwaltschaft gab sich damit allerdings nicht zufrieden. Schließlich einigte man sich, dass die 17 Beteiligten 250 DM an die Nothilfe für Suizidgefährdete und chronisch Schmerzranke e.V. zahlen und dass das Verfahren damit endgültig eingestellt wird. Diese Beträge liegen weit unter den beim Amtsgericht Kehl üblichen Summen.

Am 25.3.1994 wurde das Greenpeace-Engagement schließlich abschließend belohnt. Die Teilnehmer-Staaten der Basel-Konvention verabschiedeten ein weltweites ausnahmsloses Verbot für alle Giftmülllexporte aus den reichsten Industrienationen nach Osteuropa

und in die so genannte Dritte Welt. Exporte zum Zweck des Recyclings unterlagen einer strengen Überwachung und wurden ab Dezember 1997 ganz verboten⁵.

(Näheres dazu im Abschnitt 1.3.)

Klimakatastrophe, Plakate/Hilger/Hoechst 1999

Nach neun Jahren Rechtsstreit bis vor das Bundesverfassungsgericht ging am 5. Juni 1999 ein wegweisendes Gerichtsverfahren zur Verteidigung der Meinungsfreiheit zu Ende – fast pünktlich zum 50. Jahrestag des Grundgesetzes. Das höchste deutsche Gericht lehnte die Verfassungsbeschwerde des früheren Vorstandschefs der Hoechst AG, Wolfgang Hilger, gegen ein Protestplakat der Umweltorganisation ab und bestätigte das Urteil des Bundesgerichtshofs von 1993 über die Zulässigkeit des Plakats⁶.

Es ging um ein Motiv als Protest gegen den Klimawandel. Darauf waren zwei Porträts der Kläger zu sehen mit dem Spruch: „Alle reden vom Klima – Wir ruinieren es: Prof. Dr. Wolfgang Hilger, Hoechst – Konsul Cyril van Lierde, Kali-Chemie“.

Das Urteil bedeutet bis heute, dass sich Unternehmer genauso wie Politiker öffentliche Kritik auch in polemischer Form auf Plakaten gefallen lassen müssen, wenn sie Entscheidungen zu verantworten haben, die die Umwelt belasten. Greenpeace hat damit ein Recht für alle Umweltinitiativen erstritten. Die Plakate mit dem umstrittenen Motiv waren Teil einer Kampagne, mit der Greenpeace Anfang der neunziger Jahre gegen die Herstellung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) durch die Kali-Chemie und die Hoechst-AG protestiert hatte.

In der Begründung des Bundesverfassungsgerichtes, warum die Beschwerde Hilgers nicht angenommen wurde, nimmt das Gericht Bezug auf das Urteil des Bundesgerichtshofs⁷:

„Die Feststellung des Bundesgerichtshofes, die Plakataktion von Greenpeace sei weder als Angriff auf die Menschenwürde des Beschwerdeführers noch als Schmähung einzustufen, ist von Verfassungs wegen nicht zu beanstanden. (...)“

Der Bundesgerichtshof hat andererseits erhebliche Gesichtspunkte angeführt, die für einen Vorrang für die Meinungsfreiheit sprechen. Das gilt vor allem für die Erwägung, das Plakat betreffe eine Frage von herausragender umweltpolitischer Bedeutung. Die Problematik eines FCKW-Verbots wurde zu Beginn der 90er Jahre ausgiebig und höchst kontrovers in Politik und Gesellschaft diskutiert. Mit der Plakataktion verfolgte Greenpeace ersichtlich das Ziel, in dieser die Öffentlichkeit wesentlich berührenden Frage Druck auf Unternehmen auszuüben, welche noch FCKW produzierten. Zu Recht hat der Bundesgerichtshof betont, dass sich eine Person, die sich kraft ihrer Stellung Entscheidungen von solcher Tragweite, wie sie hier zur Debatte stünden, zurechnen lassen müsse, in besonderer Weise der Kritik zu stellen habe.“

(Mehr dazu im Abschnitt 1.2. FCKW-Greenfreeze-Kühlschrank)

Dazu schreibt der Greenpeace-Anwalt Michael Günther im „Greenpeace-Buch“⁸:

„Die Freiheitsrechte schaffen den Raum für öffentliche Meinungsbildung – ohne das Recht auf Information und ohne einen freien Diskurs ist ein wirksamer Umweltschutz nicht möglich. (...) Konfliktbereitschaft ist deshalb so wichtig, weil sich die Rechtsordnung in einer Schiefelage befindet. Der gerichtliche Rechtsschutz – und damit auch die Rechtmäßigkeitskontrolle der Verwaltung und die Durchsetzung rechtlicher Pflichten – ist fast ausschließlich an eigenständige Interessen, an subjektive, öffentliche Rechte, nicht aber an das Gemeinwohl gekoppelt. Jeder Bürger kann sein Privateigentum und seine egoistischen Interessen vor Gericht verteidigen. Rechtswidrige, vom Staat geduldete Eingriffe in Umwelt und Naturgü-



Greenpeace-Protest gegen den Klimawandel und dessen Hauptverantwortliche.

⁵) PE vom 25.3.1994.

⁶) PE vom 5.6.1999

⁷) Begründung Bundesverfassungsgericht vom 8. April 1999 und Urteil Bundesgerichtshof vom 12. Oktober 1993.

⁸) Das Greenpeace-Buch/C.H.Beck, Seite 75, „Greenpeace und das Recht“.

ter hingegen können in der Regel vor Gericht nicht mit Erfolg verhindert werden. Das Verwaltungsermessen wird von denen beeinflusst, die wirtschaftlich und vor Gericht Druck ausüben können. (...)

Gegendruck, erzeugt durch öffentliche Aktionen, korrigiert die Schiefelage bis zu einem gewissen Grad – verantwortungsbewusste Beamte und Richter sind dafür manchmal dankbar.“

protestieren⁹. 20 Aktivisten schaufelten eine Lastwagenfuhrer der Gentech-Pflanzen vor den Eingang eines Hotels in Potsdam, wo der Minister einen Agrarkongress eröffnete. Ende Mai hatte Greenpeace den illegal nach Deutschland gelieferten Raps auf einem Feld in der Nähe von Ulm abgemäht¹⁰.

In der Begründung der Potsdamer Staatsanwaltschaft heißt es¹¹: „In Anbetracht dessen, dass bis auf die Reinigungskosten des

Aus Protest gegen Gentechnik in der Landwirtschaft kippen Greenpeacer den politisch Verantwortlichen Gen-Raps vor das Kongress-Gebäude.



Gen-Raps, Potsdam Agrarminister 2001

Auch bei einer Aktion gegen Gentechnik in der Landwirtschaft am 5.6.2000 gaben die Juristen dem Anliegen der Umweltschützer Recht. Mit Ausnahme eines Aktivisten stellt die Staatsanwaltschaft Potsdam die Ermittlungsverfahren gegen die übrigen ein.

Die Greenpeacer hatten dem damaligen Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke (SPD) eine Ladung gentechnisch veränderten Raps vor die Füße gekippt, um damit gegen den gentechnikfreundlichen Kurs Funkes zu

Hotels keine Schädigungen verursacht wurden, stellt sich die Blockierung des Haupteingangs durch Mist, den die Aktivisten von Greenpeace als ‚Genraps‘ bezeichnen, noch als sozialadäquate Nebenwirkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit dar, so dass das Handeln der Aktivisten von ‚Greenpeace‘ nicht als ‚verwerflich‘ i.S. von § 240 Abs. 2 StGB (Nötigung) anzusehen ist.“

Gegen den Strafbefehl wurde Einspruch eingelegt. Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Potsdam wurde für Juni 2001 anberaumt. Das Verfahren wurde gegen Zahlung

⁹) PE vom 5.6.2000.

¹⁰) PE vom 29.5. 2000.

¹¹) Begründung GP-Az.:20/2000.

einer Geldbuße eingestellt und ist damit abgeschlossen.

Castor, Anketten Mannheim 2001

Am frühen Morgen des 23.4.2001 waren auf dem Rangierbahnhof in Mannheim-Hochstätt unter der Autobahnbrücke drei leere Castor-Behälter auf Eisenbahn-Waggons abgestellt.

Sechs junge Greenpeacer hatten sich jeweils zu zweit zusammengekettet, und zwar unter den Schienen und unter den Transportbehältern, um grundsätzlich gegen Castor-Transporte zu protestieren. Die leeren Behälter sollten befüllt und dann über Frankreich in die Wiederaufbereitungsanlage Selafield gebracht werden. Die Umweltschützer wurden vor dem Jugendgericht des Amtsgerichtes Mannheim wegen gemeinschaftlicher Nötigung angeklagt.

In der Urteilsbegründung vom 20. Juni 2001 schrieb das Gericht¹², dass das Anketten an die Gleise zwar als „sozial unverträglich“ anzusehen sei, aber: „Das Gericht ist der Ansicht, dass der Zweck der Nötigung als solcher hier nicht als verwerflich angesehen werden kann, da das verfolgte Nahziel der Verzögerung des Castor-Transports und des Polizeieinsatzes unter dem von den Angeklagten angeführten Fernziel – öffentlicher Hinweis auf die Nicht-Verantwortbarkeit des Transports von Atommüll ins Ausland wegen des dort nahezu unkontrollierten Umgangs mit diesem gefährlichen Stoff – gerade um die Zeit des 15. Jahrestages der Katastrophe von Tschernobyl nachvollziehbar erscheint.“

Und zum Schluss gibt es sogar noch richterliches Lob für das Engagement der sechs:

„Nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung hielt es das Gericht für angemessen, allen sechs Angeklagten eine Verwarnung sowie eine sechstägige Arbeitsauflage zu erteilen. *Positiv erscheint es, dass alle Angeklagten einen auffallend positiven persönlichen und schulischen Lebensweg vorweisen können. Sie durchlaufen sehr zielstrebig und bewusst ihre schulische bzw. berufliche Laufbahn und haben dabei Erfolg, sie haben*



schon früh sinnvolle Freizeitinteressen und außerschulische Engagements entwickelt und vermochten in der Hauptverhandlung ein sachliches und ruhiges Gespräch zu führen. Was die Straftat betrifft, so gehören alle sechs ohne Zweifel nicht zu irgendwelchen zweckfrei Randalierenden. Vielmehr wurde deutlich, dass sie in Bezug auf Umweltschutzfragen und speziell die Atomenergie thematisch und inhaltlich außerordentlich gut informiert waren und darüber auch sehr sachlich und ruhig und ohne jede Militanz zu reden vermochten. Dabei war ihnen die Gewaltfreiheit ihrer Aktionen, wie sie sie in ihrem Laienverständnis definiert haben, extrem richtig (A.d.V.: wahrscheinlich ist „wichtig“ gemeint), nämlich dahin gehend, dass weder Sachen noch Menschen zu Schaden kommen sollten. Auf diesem positiven Hintergrund hielt das Gericht erzieherische Maßnahmen nicht für notwendig.“

Oil of elf 2001

Der Mineralölkonzern TotalFinaElf war vor Gericht gezogen, weil Greenpeace unter der

Durch Anketten an den Schienen der Castor-Transportstrecke protestieren Greenpeacer gegen die Atomenergie.

¹²⁾ Urteilsbegründung Amtsgericht Mannheim.

Internet-Adresse oil-of-elf Informationen zu den Umweltverbrechen bei der Ölförderung in Russland darstellte, für den sie den Konzern mit verantwortlich machte. TotalFinaElf klagte auf Unterlassung.

Das Kammergericht Berlin entschied am 23. Oktober 2001: „Der Antragstellerin (Total FinaElf) steht gegen den Antragsgegner (Greenpeace) kein Unterlassungsanspruch dahin zu, unter der Internet-Domian www.oil-of-elf aufzutreten.“ Damit stellte das Gericht die Informationsfreiheit höher als Verletzungen des Firmen- oder Namensrechts¹³.

1.2 Kampagnen: Welche Aktionen hatten welche Funktion und welche Wirkung?

Eine ganze Reihe von Wissenschaftlern beschäftigen sich mit den Grundmustern globalen kollektiven Handelns und analysieren dabei auch die internationalen Kampagnen von NGOs, von Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace. So beschreibt der Wissenschaftler Christian Lahusen die Kontextbedingungen internationaler Kampagnen wie folgt: „Wie Thränhardt bezeichnend feststellt, hat die Inkongruität zwischen globalen Risiken und Missständen, bestehenden Moralstandards und dem Fehlen eines effektiven transnationalen Regierungshandelns die Rolle und den Einfluss von sozialen Bewegungen in der internationalen Arena verstärkt und international agierende Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) in zunehmendem Maße als ‚missing link‘ etabliert. Soziale Bewegungsakteure können nämlich initiativ werden und internationale Abkommen einklagen oder kontrollieren, ohne auf Diplomatie und Prinzipien der Nichteinmischung Rücksicht nehmen zu müssen. Das heißt, internationale Regime gelten nicht bloß als externe politische Gelegenheitsstrukturen für strategisches Bewegungshandeln,

weil soziale Bewegungsorganisationen und ihre Kampagnenarbeit selbst Teil dieser Arena sind, ihre Einbindung nicht strategischer, sondern struktureller Art ist. Beispielsweise sprechen die Vereinten Nationen und ihre diversen Unterorganisationen internationalen NRO eine stets wichtigere Rolle zu.“¹⁴

Die Wissenschaftler Hilmar Schmidt und Ingo Take sehen „den Beitrag von Nichtregierungs-Organisationen zur Demokratisierung internationaler Politik und außenpolitischer Entscheidungsprozesse (...) in erster Linie in der Schaffung von Transparenz. (...) Die Transparenz politischer Entscheidungsprozesse ist eine zentrale Kategorie der gesellschaftlichen Rückbindung von politischer Macht (...) NGOs unternehmen es deshalb, sich auch in außenpolitischen bzw. internationalen Fragen Kompetenz zu erwerben (zumindest in Bezug auf ihr jeweiliges ‚issue‘) und sich damit in die Lage zu versetzen, internationale Entscheidungsprozesse zu durchschauen.“¹⁵

Die Öffentlichkeit traue deshalb in steigendem Maße den „issue“-orientierten NGOs zu, auf die neuen Probleme in angemessener Weise zu reagieren als die Parteien und Interessenverbände (siehe auch Abschnitt 1.2 zu Brent Spar).

Auch Ansgar Klein betont die „unbestreitbar (...) wichtige Rolle, die Bewegungsakteuren bei der Artikulation von Problemsichten im Prozess der politischen Willensbildung zukommt. Die Thematisierung der Ökologiefrage und von Fragen des Geschlechterverhältnisses ist das Verdienst der neuen sozialen Bewegungen. (...) Und auch Greenpeace trägt – bei allen Ambivalenzen und Risiken einer mit den Mitteln symbolischer Politik unter den Selektionsvorgaben der Massenkommunikation operierenden Kampagnenpolitik – zur öffentlichen Problemartikulation aus Sicht advokatorischer Politik bei.“¹⁶

Greenpeace gehört zu den „issue-orientierten“ NGOs, den themenorientierten Nichtregierungsorganisationen, die in Kampagnen

¹³) Urteilsbegründung.

¹⁴) Christian Lahusen, Internationale Kampagnen. Grundmuster und Kontextfaktoren globalen kollektiven Handelns, Forschungsjournal NSB, Jg. 9, Heft 2, 1996.

¹⁵) Hilmar Schmidt und Ingo Take/„Demokratischer und besser?“ Seite 14.

¹⁶) Ansgar Klein, Die Legitimität von Greenpeace und die Risiken symbolischer Politik. Konturen und Probleme einer medialen Stellvertreterpolitik im Bewegungssektor, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 9, Heft 1, 1996.

Misstände an die Öffentlichkeit bringen, um politische Veränderungen zu bewirken. Und die reichen oft über das eigentliche kurz- oder mittelfristige Ziel der Kampagne hinaus. Hier einige Beispiele:

Dünnsäure

1980 startete Greenpeace eine Kampagne zur Beendigung der Dünnsäure-Verklappung in der Nordsee. Das sachbezogene Ziel war die Einstellung der Ableitung saurer Produktionsabfälle aus der Titanoxidherstellung ins Meer. Titanoxid war für die Herstellung von Farben wichtig. Doch mit dieser Kampagne ist es der Umweltorganisation indirekt gelungen, das Vorsorgeprinzip in der öffentlichen Debatte zu verankern. Die Verklappung von so genanntem Grünsalz aus der Titanoxid-Produktion endete 1984. Zum ersten Mal erwähnte dieses Prinzip die erste Nordsee-Ministerkonferenz 1984. Das Prinzip wurde 1987 auf der zweiten Nordseekonferenz weiterentwickelt. Die Einbringung von Dünnsäure wurde Ende 1989 ganz eingestellt. 1989 wurde das Vorsorgeprinzip sogar vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen übernommen¹⁷.

Andreas Ahrens und Jochim Lohse von Ökopol, Hamburg haben für Greenpeace die Langzeitwirkung der Kampagne ausgewertet:

„Die politischen Auseinandersetzungen um die Titandioxidrichtlinie der EU und die parallelen Diskussionen im Rahmen von OSPAR (Oslo-Paris-Kommission zum Meeresschutz) sind als Schlüsselauseinandersetzungen um den Besorgnisgrundsatz bzw. das Vorsorgeprinzip zu werten¹⁸. Aus der Erkenntnis, dass selbst für punktförmige Einträge gefährlicher Stoffe die beobachtbaren biologischen Effekte selten monokausal erklärbar sind, hat sich im Bereich der Meeresschutz-Konvention das Vorsorgeprinzip politisch durchgesetzt. So haben die OSPAR und HELCOM Strategie gegen gefährliche Stoffe 1998 nicht nur die Vermeidung von Effekten zum

langfristigen Ziel erklärt, sondern das Ende der Einträge schädlicher Stoffe bis 2020. (...)

Die Bedeutung europäischer Umweltpolitik wurde in Deutschland in den 80er Jahren nur wenig wahrgenommen. Erst im Rückblick wird deutlich, in welcher Weise die Diskussion um die Dünnsäure die europäische Entwicklung zwischen 1973 (Erstes Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaften) und Mitte der 90er Jahre (Verträge von Maastricht und Amsterdam) geprägt hat. Das Verhältnis zwischen Parlament und Rat und das Verhältnis zwischen Artikel 130s (Umweltschutzmaßnahmen, einstimmige Entscheidungen im Rat, ursprünglich keine Beteiligung des Parlaments) und 100a (Marktharmonisierung, Mehrheitsentscheidungen im Rat, Beteiligung des Parlaments) wurden entscheidend von der Titandioxid-Debatte geprägt. Sie hatte deutlich gemacht, in welchem Maße umweltbezogene Anforderungen an Produktionsprozesse marktprägend für bestimmte Produkte sein können.“

Und ein Auszug aus dem Sachbuch „Chemische Industrie – Umweltschutz, Arbeitsschutz, Anlagensicherheit“ von Horst Pohle¹⁹:

„Die am 21. Juni 1989 verabschiedete dritte Titandioxid-Richtlinie der EG zur Harmonisierung der nationalen Verringerungsprogramme enthält Übergangsfristen für die Einleitung von Dünnsäure bis Mitte 1993, die insbesondere von Frankreich, Großbritannien und Spanien in Anspruch genommen werden. (...) Die Richtlinie ist für den europäischen Gewässerschutz von besonderer Bedeutung. Für die Einleitung eines Stoffes (Dünnsäure) gelten erstmals keine Qualitätsziele, sondern Einleitungsverbote. Hier hat sich mit der Umsetzung des Standes der Technik die vorsorgende Umweltschutzpolitik durchgesetzt.“

(Siehe auch Gerichtsurteil zu Dünnsäure im Abschnitt 1.1.)

¹⁷) Kevin Stairs auf Greenpeace-WTO-Workshop Juli 2000 in Genf, Greenpeace International seminars on Safe Trade, Seite 14.

¹⁸) Rekonstruktion und Bewertung zweier Greenpeace-Kampagnen zum Meeresschutz /Andreas Ahrens, Joachim Lohse/Ökopol Hamburg, März 1999, S. 17.

¹⁹) „Chemische Industrie – Umweltschutz, Arbeitsschutz, Anlagensicherheit“ von Horst Pohle/VCH Verlagsgesellschaft 1991.

Greenfreeze-Kühlschrank

1989 startete Greenpeace eine Kampagne gegen Fluorkohlenwasserstoffe (FCKW) zu einem Zeitpunkt, als sich keine Regierung für ein Verbot dieses aggressiven Stoffes einsetzte. FCKW zerstören die Ozonhülle der Erde, die vor schädlichen UV-Strahlen der Sonne schützt. In einem Rückblick schreibt Chris Rose, ehemaliger Geschäftsführer von Greenpeace England²⁰: „Der US-Innenstaatssekretär Donald Holdel schlug vor, anstatt der Industrie den Ausstieg aus FCKW nahe zu legen, solle man Amerikaner dazu ermuntern, Sonnenbrillen, Hüte und Sonnencreme zu tragen.“



Auf der Messe in China stellt der Greenpeacer Wolfgang Lohbeck 1993 den FCKW-freien Greenfreeze vor.

In zunehmendem Maße begann Greenpeace nicht nur Protest und Widerstand zu formulieren, sondern auch positive Lösungen und Optionen zu erarbeiten. Auf technologischem Gebiet gehören hierzu insbesondere zwei Demonstrationsobjekte, die fundamentale industrielle Umwälzungen zur Folge hatten: der weltweit erste FCKW/FKW-freie Kühlschrank, Greenfreeze, sowie die erste

Zeitung der Welt auf chlorfrei gebleichtem Tiefdruckpapier in Form eines Spiegel-Plagiats (siehe auch Abschnitt 1.4).

Die Geschichte des FCKW-freien Kühlschranks namens Greenfreeze begann 1990 gegen den Widerstand der gesamten Branche und brachte innerhalb von drei Jahren den Durchbruch für die umweltschonende Kühltechnik in Deutschland.

Im Gegensatz zu den sieben großen deutschen Kühlschrankherstellern, die die Naturgase Propan und Butan als Ersatz für den Klimakiller FCKW noch bis in das Jahr 1993 verteidigten, griff das von der Schließung bedrohte Unternehmen dkk im sächsischen Scharfenstein den Greenpeace-Vorschlag „Naturgase statt FCKW und FKW“ auf. In kürzester Zeit entwickelten Geschäftsführung und Belegschaft der dkk Scharfenstein (später Foron) den Greenfreeze bis zur Serienreife.

Auf der Domotechnica, der weltgrößten Haushaltsmesse, präsentierten im Februar 1993 plötzlich auch Bosch, Siemens, Liebherr und Miele Kühlschränke, die mit Isobutan als Kälte- und Pentan als Schäumittel arbeiteten – keine fünf Monate, nachdem sie diese fortschrittliche Technik als „unrealistisch“ und gefährlich diffamiert hatten. Greenfreeze bekam auf der Domotechnica vom deutschen Umweltministerium den Blauen Umweltengel verliehen. Es sollte nicht die letzte Auszeichnung bleiben.²¹

In einem Artikel über die „Foron-Story“ im „Akzente Special Edition/December 1994“, einer Publikation der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ), hieß es: „Im Februar 1993 gewann der ‚saubere Kühlschrank‘ den Blauen Engel des Umweltministeriums auf der Domotechnica. Im März begann die Massenproduktion. Im Juni wurde die Firma mit dem ersten Umweltpreis der Bundesumweltstiftung belohnt. Darauf folgte im Herbst der Innovationspreis des Freistaats Sachsen und der Alternative Marketing Preis, den Di-

²⁰ www.greenpeace.org/„Trail-blazers – The Strategic Role of Greenpeace“/Chris Rose

²¹ Auch die Entwickler der als „Dortmunder Mischung“ bekannt gewordenen halogenfreien Ersatzstoffe für FCKW, Prof. Dr. Harry Rosin und Dr. Hans Preisendanz, wurden ausgezeichnet. Die beiden Mediziner wurden am 24.11.2000 im Umweltministerium in Düsseldorf mit dem Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung und Durchsetzung einer neuen umweltfreundlichen Kältetechnik, der ab 1993 durch die Zusammenarbeit mit Greenpeace unter dem Titel „Greenfreeze“ in Kühlschränken der Durchbruch gelang. Staatssekretärin Christiane Friedrich: „Mit dieser FCKW-freien Kältetechnik haben Prof. Dr. Harry Rosin und Dr. Hans Preisendanz einen besonders bedeutenden Beitrag zur Erhaltung der Ozonschicht und damit der Umwelt geleistet.“
 Presseerklärung des MURL NRW. <http://www.munlv.nrw.de/presse/pressemitteilungen/ue001124.htm>

rektor Günther mit dem Greenpeacer Wolfgang Lohbeck teilte.”

Mit der Entwicklung des Greenfreeze war der FCKW-Ausstieg ein Stück näher gerückt und Arbeitsplätze gerettet. Als gemeinnützige Organisation hatte Greenpeace bis Ende 1992 ca. 500.000 DM investiert.²²

Im GTZ-Jahrbuch 1995 „Hydrocarbon Technology Yearbook 1995 – The Use of Hydrocarbons as Foaming Agents and Refrigerants in Household Refrigeration” wird der Einsatz von Greenpeace ebenfalls lobend erwähnt. Besonders das Engagement des Greenpeace-Experten Wolfgang Lohbeck wird hervorgehoben: „Im Oktober 1993 gewann Lohbeck den Alternativen Marketing Preis für ‚neue Methoden im Produkt-Marketing. (...)’.

Seitdem hat Lohbeck die Hände nicht in den Schoß gelegt. Er hat intensive Kontakte zum Montreal-Protokoll aufgenommen, den Greenfreeze auf Ausstellungen in China und in Tokio/Japan vorgestellt und er hat Foron mit der indischen Regierung ins Gespräch gebracht. Dank seiner Arbeit hat die Firma Liebherr eine Kühlschrank-Fabrik in Qingdao, China, mit der neuen Technologie ausgestattet (...). Die pragmatische Ausrichtung der Greenpeace-Kampagne hatte den Nebeneffekt, dass den nicht-industrialisierten Ländern eine Innovation kostenlos zur Verfügung gestellt werden konnte.”²³

Seit der Kampagne für den FCKW- und FKW-freien Kühlschrank genießt Greenpeace auch in Fachkreisen Respekt. Im Oktober 1995 trafen sich in Washington über 1.500 Delegierte aus aller Welt zu einer Konferenz über FCKW-Ersatzstoffe – Greenpeace-Experte Wolfgang Lohbeck leitet die Veranstaltungen zum Thema „Kohlenwasserstoffe als Kältemittel“.²⁴

Auch Wissenschaftler und sogar die Vertreter einer großen Anzahl von Kühlschrank-Herstellern (Liebherr, AEG, Bosch-Siemens, Linde, DeLonghi ...) äußern sich positiv über

den Greenfreeze. In der Einleitung des von Greenpeace herausgegebenen Sammelbandes zum Thema „Hydrocarbons and other progressive answers to refrigeration” schreibt der deutsche „Kältepapst“ Prof. Dr. Ing. Horst Kruse (Universität Hannover, Institut für Kältetechnik und angewandte Wärmetechnik): „Greenpeace hat bei der Anwendung von Kohlenwasserstoffen in modernen Kühlgeräten, Klimaanlage und Wärmepumpen die wichtigste Rolle gespielt. (...) Es war (A.d.V. die Umweltorganisation) Greenpeace, die sich um den Ersatz von FCKW durch HFKW bemüht hat, weil die Fluorchlorkohlenwasserstoffe einen enormen Anteil des globalen Erwärmungs-Potenzials ausmachen, während HFKW dazu nur unwesentlich beitragen. Der Erfolg von Greenpeace begann in Deutschland zusammen mit der ostdeutschen Firma dkk Scharfenstein, die ihre östlichen Marktanteile durch die deutsche Wiedervereinigung verloren hatte.”²⁵ Und er schließt mit folgendem Ausblick: „So war es der Greenpeace-Initiative zu verdanken, dass die Industrie mit der modernen Kohlenwasserstoff-Technologie den ersten Schritt gemacht (...) hat. Mit wachsender Erfahrung mit diesen Anwendungen liegt es in den Händen der Industrie, die alten natürlichen Gase in modernen, umweltfreundlichen Kühlgeräten, Klimaanlage und Wärmepumpen einzusetzen. Aber es bleibt weiterhin in der Verantwortung der Regierungen der ganzen Welt, diesen Prozess der Entwicklung umweltfreundlicher Systeme zu unterstützen, um die globale Umwelt auch in der Zukunft zu schützen.”²⁶

Selbst Hermann Hahn von Liebherr Hausgeräte („Die gesamte Entwicklung ist weltweit stark von der internationalen Organisation Greenpeace unterstützt worden“²⁷) und Dr. Udo Wenning von Bosch-Siemens Hausgeräte heben den Anteil von Greenpeace deutlich heraus: „Die ostdeutsche Firma Foron hat mit Unterstützung von Greenpeace den ersten

22) Greenpeace Jahresrückblick 1992, S. 15.

23) Akzente Special Edition/December 1994, The Greenfreeze Campaign, S. 29.

24) Greenpeace Jahresrückblick 1995, S. 29.

25) Greenpeace (Hrsg.), Hydrocarbons and other progressive answers to refrigeration, S. 1.

26) Ebenda, S. 2.

27) The Change to Hydrocarbon Refrigerators and Freezers, S. 5.

Kühlschrank mit einer Mixtur aus Isobutan und Propan auf den Markt gebracht. (...) Innerhalb sehr kurzer Zeit waren deutsche Hersteller in der Lage, (A.d.V. das Kühlmittel) 134 a durch Isobutan zu ersetzen.“²⁸

In einem vom Deutschen Museum Bonn moderierten Technikdialog zwischen Dieter Bärmann (Bosch/Siemens) und Wolfgang Lohbeck gibt der Kältefachmann zu: „Also, Herr Lohbeck, den Krieg um den Kühlschrank, den haben Sie also gewonnen.“²⁹ Bärmann geht sogar noch weiter: „Nachdem nun mittlerweile gut zwei Jahre abgelaufen sind und sich unsere Gegnerschaft in eine Partnerschaft verwandelt hat, können wir – glaube ich – mit einiger Zufriedenheit, zumindest über Europa, den FCKW-freien Mantel breiten.“³⁰

Aber auch außerhalb von Europa sorgte der Greenfreeze für Aufsehen. So bekam Greenpeace Germany am 24.10.1995 den Stratospheric Ozone Protection Award der US EPA (US-amerikanische Umweltbehörde) verliehen.

Prof. Dr. Klaus Töpfer, Exekutiv-Direktor der UNEP, gratulierte am 16.11.1998 Thilo Bode von Greenpeace International zum Erhalt des UNEP-Ozone-Award (Umweltpreis zum Schutz der Ozonschicht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen): „Ich habe mich sehr gefreut, durch Ihren Brief von den fortgesetzten erfolgreichen Aktivitäten von Greenpeace International zu erfahren. Besonders glücklich bin ich darüber, dass Greenpeace für den UNEP-Ozone-Award für die Entwicklung der Greenfreeze-Technologie vorgeschlagen wurde (...). Ich wünsche mir in der Zukunft eine intensivere Kooperation zwischen Greenpeace International und der UNEP. Bitte lassen Sie mich es wissen, wenn immer Sie das Gefühl haben, dass Ihnen meine Unterstützung helfen kann. Ich will mein Möglichstes tun. Ich wünsche Ihnen für die künftige Arbeit vollen Erfolg.“

In seinem Artikel „Driving Environmental Innovation Diffusion in China: The Case

of Greenfreeze (2002)“ betont Edwin R. Stafford, Associate Professor of Marketing der Utah State University, mehrfach die positive Bedeutung von Greenpeace bei der Verbreitung des FCKW- und FKW-freien Kühlschranks.

Die Neuartigkeit der Kampagne beschreibt Stafford auf Seite 5: „Greenpeace, bestens bekannt für die Boots-Jagden nach Walfängern und dramatische Proteste, hat sich selbst im letzten Jahrzehnt neu erfunden und zwar mit einer neuen Art von öko-politischem Aktivismus, den so genannten ‚Lösungs-Kampagnen‘. ‚Lösungen‘ sind praxisbezogene Innovationen, die sich zur Beseitigung von Umweltproblemen eignen, aber bisher von der Industrie ignoriert oder unterdrückt worden waren, weil sie durch neue Technik den bisherigen Status gefährdet, Marktposition oder Profite bedroht sah. Mit Hilfe einer provokativen Mischung traditioneller Aktionen und kollektiver Untergrabung, trat Greenpeace für die ‚Lösung‘ in bei der Industrie, bei Regierungen und bei Verbrauchern an, um die Nachfrage zu stimulieren und die pfiffige ökologischere Technik zu verbreiten. (...) Der Erfolg wurde zum Sprungbrett, um den Kühlschrank in China und anderen Entwicklungsländern bekannt zu machen.“

Es kommt zu einer noch nie da gewesenen Zusammenarbeit: „Obwohl Lohbeck sich nicht über die deutsche Industrie ärgerte, sah er die ‚historische Chance ökonomische und ökologische Interessen‘ zu vereinen, um den Greenfreeze in China zu verbreiten. (...) Auf der Pekinger Konferenz arbeiteten Lohbeck und andere Greenpeace-Mitarbeiter mit der Spitze der chinesischen Regierung, Industrievertretern und Universitäts-Wissenschaftlern zusammen. Greenpeace zeigte Greenfreeze-Kühlschränke von Foron, Bosch-Siemens und Liebherr und bewarb die Technologie intensiv als ‚neuesten Stand deutscher Technik.‘ Beeindruckt baten Chinas Offizielle darum, dass Greenpeace ein Joint Venture mit deutschen Herstellern vermitteln sollte.

²⁸ No-frost Refrigeration: A Retrospect After Conversion to Hydrocarbons, S. 34.

²⁹ Technikdialog 8: Dieter Bärmann und Wolfgang Lohbeck sprechen über „Werbung gegen Umweltzerstörung?“ – die Einführung des ersten FCKW- und FKW-freien Kühlschranks. Hrsg. von Peter Frieß und Peter M. Steiner, Bonn 1997, S. 19.

³⁰ Ebenda, S. 21.

(...) Die Experten-Kommission OORG (Ozone Operations Resource Group) billigte den Greenfreeze (1993 A.d.V.) als einen brauchbaren Ersatz für die Fluorchlorkohlenwasserstoffe in Haushalts-Kühlschränken. (...) In kurzer Zeit hat die politische Hinterzimmer-Arbeit der Umweltorganisation die Hochzeit von Weltbank-Kapital mit chinesischer Nachfrage und deutschem Industrie-Know-how eingefädelt."

Diese Erfolge in China führten dazu, dass bis zum Sommer 1995 „drei der vier größten Kühlschrank-Hersteller – in Teilen – auf die Greenfreeze-Technologie eingestiegen waren. (...) Kelon (Firma in der Provinz Guangdong, A.d.V.) hat 1997 eine Million Greenfreeze-Kühlschränke hergestellt. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts waren bereits 35 Prozent aller in China verkauften Kühlschränke mit der Greenfreeze-Technologie ausgestattet³⁶.

Dass sich jetzt auch japanische Hersteller der Greenfreeze-Technologie angenommen haben, bewertet Stafford als großen Durchbruch auf dem asiatischen Markt: „Die Chinesen schauen immer zu den japanischen Herstellern im Ringen um den technologischen Führungsanspruch. Nun kamen von Matsushita, Toshiba, und Hitachi neue vielversprechende Signale. Im Januar 2002, nach fast einem Jahrzehnt der Lobbyarbeit durch Greenpeace, begannen diese Hersteller, die Greenfreeze-Technik zu propagieren. Es ging darum, die Nachfrage in China nach japanischen Produkten zu bedienen. Japans Übernahme des Greenfreeze wird seinen Widerhall in ganz Asien haben."

So klingt auch die Zusammenfassung des amerikanischen Wissenschaftlers hoffnungsfroh: „Greenpeace und seine Verbündeten haben dazu beigetragen, über 55 Millionen Greenfreeze-Kühlschränke weltweit zu verkaufen. Seit 2000 hat Greenfreeze maßgebliche internationale Verbreitung durch Coca-Cola, Unilever, McDonald's und andere Konzerne gefunden. (...) Die Übernahme der Greenfreeze-Technologie durch die führenden japanischen Hersteller könnte die Totenglocke für umweltzerstörende Kühlgeräte sein."

Der Verbreitung des FCKW-freien Kühlschranks in China weist Stafford so auch eine Vorreiterrolle bei der Durchsetzung von umweltfreundlichen Technologien zu: „Das Wettrennen um die Einführung des Greenfreeze in China bietet wichtige Erfahrungen für Unternehmen, Regierungen, Umweltschützer und Berater, wie man Märkte für ökologische Produkte in Entwicklungsländern erschließen kann."³¹

Welpark Antarktis

Am 4. Oktober 1991 wurde der Traum vieler Umweltschützer wahr: Auch die letzten Antarktis-Vertragsstaaten unterzeichneten endlich ein Umweltschutzabkommen für den eisigen Kontinent. Das Abkommen verbietet nicht nur den Rohstoffabbau in der Antarktis für die folgenden 50 Jahre, sondern erkennt auch die Natur als Wert an sich an.

Zu diesem Schwenk der Vertragsstaaten in Richtung Umweltschutz hatten zwei Schiffsunfälle im Jahr 1989 beigetragen: die „Exxon Valdez“-Katastrophe in Alaska und die Havarie der „Bahia Paradiso“ in der Antarktis. Beide Unfälle bewiesen, was für eine unkontrollierbare Situation entsteht, wenn große Mengen Öl in schwer zugängliche Gewässer gelangen. Daraufhin entschloss sich Australien, das Rohstoffabkommen für die Antarktis (CRAMA), das sechs Jahre lang ausgehandelt worden war, zu blockieren. Dabei enthielt das CRAMA dank der Arbeit der Umweltgruppen bereits die strengsten Umweltauflagen, die je in einem internationalen Dokument fixiert wurden. Aber, wie der australische Außenminister Gareth Evans sagte: „Die einzig vernünftige Reaktion ist, die bloße Möglichkeit eines Abbaus, die die CRAMA noch offen gelassen hat, zu verhindern.“ Außerdem gab Evans zu, dass der Druck, den Gruppen wie Greenpeace und die australische „Conservation Foundation“ auf seine Regierung ausgeübt hatten, sehr große Wirkung gehabt habe. „Wir fürchteten, dass der Umweltschutz der Antarktis schon unter dem Versuch, Rohstoffabbau zu planen, leiden würde.“³¹

³¹⁾ Edwin R. Stafford, Driving Environmental Innovation Diffusion in China: The Case of Greenfreeze, In preparation for Business Horizons (2002), S. 1.



1989: Greenpeace-Aktion in der Antarktis gegen den Bau einer französischen Landebahn.

Auch in Deutschland setzte sich Greenpeace aktiv für das Zustandekommen des Umweltabkommens ein. Mit einer Briefsendung 1991 bewog Greenpeace 250.000 Menschen dazu, an Wirtschaftsminister Möllemann (FDP) zu schreiben. Möllemann, dessen Ministerium sich die Möglichkeit zum Rohstoffabbau in der Antarktis stets offen halten wollen, zeigte sich von der Aktion sehr beeindruckt und sprach sich daraufhin für ein dauerhaftes Abbauverbot aus. Das Einlenken der Japaner folgte kurz darauf, und nachdem auch die USA zugestimmt hatten, war der Weg für das Abkommen frei.

Es ist nicht übertrieben zu behaupten, dass ohne die Arbeit von Greenpeace das Umwelt-

abkommen nicht zustande gekommen wäre. Bereits 1983 erklärte Greenpeace den Schutz des sechsten Kontinents zum zentralen Anliegen und startete eine Kampagne für einen Weltpark Antarktis. 1987 errichtete die Umweltschutzorganisation stellvertretend für die Weltöffentlichkeit eine eigene Station in der Antarktis, in der bis 1991 jeweils ein vierköpfiges Team überwinterte, und dokumentierte auf Expeditionen die Zerstörung des letzten unberührten Kontinents. Die Greenpeace-Station und die Expeditionen in der Antarktis hatten Vorbildcharakter, denn sie genügten den strengsten Sicherheitsvorschriften – und das hatte seinen Preis: Der Stationsbetrieb kostete Jahr für Jahr 2.703.000 DM, die Expedition 1991 2.565.000 DM.³²

Im Vorfeld der Weltklimakonferenz in Kyoto 1998 dokumentierte die Crew des Greenpeace-Schiffs „Arctic Sunrise“ erste Anzeichen eines Klimawandels im ewigen Eis.

Im selben Jahr wurde auch die Vision vom Weltpark Antarktis Realität: Mit der endgültigen Ratifizierung des Umweltschutzabkommens der Antarktis-Vertragsstaaten wurde der sechste Kontinent am 14.1.1998 zum Naturreservat. Die Erkenntnis, dass die Antarktis ein schützenswerter Kontinent ist, hat sich durchgesetzt. Internationale Forschung im größten „Freilichtlabor“ und „eisigen Geschichtsbuch“ gilt mittlerweile als weitaus größerer Beitrag zur Zukunft der Menschheit als die Zerstörung der Region durch Rohstoffausbeutung. Greenpeace hatte 13 Jahre lang alles darangesetzt, dass der erste Weltpark der Erde Wirklichkeit werden konnte, und feierte nun das Ende einer erfolgreichen Kampagne.

Brent Spar, 1995

Die ausgediente Shell-Ölplattform „Brent Spar“ wurde am 30. April 1995 von Greenpeace besetzt. Es folgte ein wochenlanges medienträchtiges Spektakel um Räumung und Wiederbesetzung, um europaweite Proteste gegen die Versenkung der ausgedienten Plattform, um einen Messfehler von Greenpeace.

³¹⁾ Johanna Wesnig, Durchbruch im Jahr 1991 – eine Bilanz; in: Jochen Vorfelder, Eispatrouille – Greenpeace in der Antarktis, Hamburg 1992, S. 190.

³²⁾ Greenpeace Jahresrückblick 1991, S. 14.

Während der Auseinandersetzung äußerten sich viele Politiker in Europa positiv über die Greenpeace-Aktion. Am 14. Mai begrüßte die EU-Umweltkommissarin Ritt Bjerregard die Besetzung der Brent Spar und sprach sich gegen die Versenkung aus. Der dänische Umweltminister Svend Auken äußerte sich sogar generell gegen die Versenkung von Plattformen. Am 23. Mai bezog auch die damalige deutsche Umweltministerin Angela Merkel überraschend deutlich Position: „Es kommt selten vor, dass ich mit Greenpeace einer Meinung bin, aber in diesem Falle schon. Wenn die Brent Spar eine deutsche Plattform wäre, hätten wir keine Genehmigung zur Versenkung gegeben. Die deutsche Delegation wird ein generelles Versenkungsverbot bei der Nordseeschutzkonferenz zur Sprache bringen und sich für eine solche Lösung aussprechen.“³³ Es blieb nicht bei diesen Äußerungen. Der nordrhein-westfälische Landesverband der Jungen Union rief am 24. Mai, einen Tag nach der Räumung der Brent Spar, als erste politische Gruppe in der Bundesrepublik dazu auf, Shell-Tankstellen weiträumig zu umfahren. Wenige Tage später äußerten weitere Politiker Verständnis für einen Boykott. Eine von Greenpeace beim EMNID-Institut in Auftrag gegebene Umfrage zeigte, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung gegen die Versenkung der Brent Spar war. 74 Prozent der Bundesbürger erklärten ihre Bereitschaft, Shell-Tankstellen aus Protest zu boykottieren.

Als bald schlossen sich Politiker und Politikerinnen aller Schattierungen (von CSU bis Grüne) dem Boykottaufruf an. Der Druck der Öffentlichkeit zeigte Wirkung. Am 20. Juni 1995 gab der Ölkonzern Shell seinen Verzicht auf die Versenkung der Plattform bekannt.

Der eigentliche Erfolg dieser Kampagne, nämlich das Moratorium der OSPAR (Oslo-Paris-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt) vom 29. Juni 1995 für das Versenken von Plattformen, fand längst nicht mehr so ein großes Medienecho.

Bereits am 9. Juni 1995, während die Auseinandersetzung um die Brent Spar in vollem Gange war, konstatierten die Umweltminister der Nordseeanrainerstaaten, sie seien „sich bewusst, dass eine wachsende Zahl von Offshore-Plattformen in der Nordsee das Ende ihrer Einsatzzeit erreichen. Selbst wenn die Plattformen von giftigen Materialien gereinigt und auf See gelassen werden, stellen



sie eine Gefahr für die marine Umwelt dar. Die Entsorgung solcher Anlagen an Land mit unvermeidbaren Rückständen stünde in Übereinstimmung mit allgemein üblichen Regelungen des Abfall-Managements.“³⁴

Drei Wochen später, am 29. Juni, kam auf dem OSPAR-Treffen kein einstimmiges Versenkungsverbot ausgedienter Offshore-Anlagen zustande. Aber die Mehrheit der Vertragsstaaten einigte sich darauf, die Versenkung von Öl- und Gasförderanlagen in Nord-

Erfolgreicher Greenpeace-Protest gegen das Versenken der Ölplattform ›Brent Spar‹ 1995 in der Nordsee.

³³) Jochen Vorfelder: Brent Spar oder die Zukunft der Meere, München 1995, S. 132.

³⁴) Paragraph 54 of the 4th Ministerial Declaration for the Protection of the North Sea adopted in Esbjerg, Denmark, 9.6.1995.

see und Nordostatlantik für zwei Jahre auszusetzen. Nur Großbritannien und Norwegen lehnten ein generelles Versenkungsverbot ab. Ein konferenzerfahrenes Delegationsmitglied von der Bundesanstalt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) schätzte die Lage nach der Konferenz positiv ein: „Die Norweger würden ein absurdes Projekt wie die Brent Spar nie ins Auge fassen. Ihnen geht es im Grunde nur um die riesigen Betonsöckel ihrer Plattformen. Nun, mit diesen massiven Klötzen auf dem Meeresgrund könnte man zur Not leben. Und die Briten? Für die ist es zunächst ein finanzielles Problem, und deshalb sträuben sie sich mit Händen und Füßen. Das erinnert mich an ihre Haltung in der Frage der Dünnsäureverklappung. Da waren die Briten auch die Letzten, die schließlich mitgezogen wurden. Ich schätze, sie in der Plattform-Frage auf politischer Ebene zum Einlenken zu bewegen, wird noch zwei bis vier Jahre dauern. Aber es gibt kein Zurück.“³⁵

Drei Jahre später sollte es tatsächlich zum krönenden Abschluss kommen – mit dem Beschluss der 15 Anrainerstaaten des Nordostatlantiks, dass künftig niemand mehr ausgediente Öl- und Gasplattformen im Meer versenken darf. Der Erfolg auf der OSPAR-Konferenz in Sintra bei Lissabon im „Jahr der Meere“ 1998, so urteilten die Medien einstimmig, sei in erster Linie Greenpeace zu verdanken.

So schrieb die Mittelbayerische Zeitung aus Regensburg: „Die Beschlüsse der Meereskonferenz sind unbestreitbar das große Verdienst von Greenpeace. Zwei Jahrzehnte jagten die Schiffe unter der Flagge des Regenbogens die Giftfrachter der Industriegiganten, rückten Greenpeace-Aktivisten mit halsbrecherischen Aktionen die Umweltsauereien in den Blickpunkt der Öffentlichkeit, agierten Greenpeace-Wissenschaftler auf den ‚Meeres-Verschmutzungs-Konferenzen‘ als Anwalt der Weltmeere. Dass man Dumping auf hoher See heute nicht mehr als Teil einer

Lösung, sondern als Teil eines Problems begreift, ist ebenso ein Greenpeace-Erfolg wie das Verbot der Versenkung Hunderter von Ölplattformen.“³⁶

Die Westfälische Rundschau aus Dortmund urteilte: „Greenpeace war und ist wichtiger Motor des Schutzes der Meere. Ohne die gewagten Aktionen dieser Organisation hätte beispielsweise ein Verbot der Verklappung der widerwärtigen Dünnsäure auf hoher See weit länger auf sich warten lassen.“³⁷

Auch die Kontroverse um die endgültige Entsorgung der Brent Spar zog sich bis in das Jahr 1998. Rémi Parmentier, Chef-Lobbyist von Greenpeace, beschrieb den Entscheidungsprozess innerhalb von Shell wie folgt: „Im Januar 1998 wurde dem Konzern Shell nach gründlichem Nachdenken endgültig bewusst, dass die für die Umwelt verträglichste Variante die Weiternutzung der Anlage als Kai-Erweiterung in der Nähe von Stavanger in Norwegen sei. Auf Shells Liste der sieben Möglichkeiten war die Versenkung im Meer von allen Standpunkten aus (einschließlich der Emissionen an Kohlendioxid) die schlechteste – abgesehen vielleicht von den Kosten.“

Wichtig ist aber, dass es Greenpeace von Anfang an nicht nur um die Brent Spar, sondern um den Meeresschutz insgesamt ging. Denn in den folgenden Jahren standen weitere 400 Plattformen zur Versenkung bereit. Bei einem Treffen zwischen Greenpeace-Vertretern und einer hochrangigen Delegation der deutschen Shell am 1. Juni 1995 in der Hamburger Zentrale des Ölkonzerns legte der internationale Greenpeace-Kampagnenchef Ulrich Jürgens die Beweggründe zur Besetzung der Brent Spar ausführlich dar: „Shell ist wahrscheinlich so gut oder schlecht wie alle anderen Öl-Multis auch. Sie sind allerdings unser derzeitiger Kampagnen-Gegner, weil Ihre Plattform Brent Spar, Ihre derzeitigen Versenkungsabsichten, die Zukunftsaussichten der Nordsee insgesamt verschlechtern. Es

³⁵) Jochen Vorfelder: Brent Spar oder die Zukunft der Meere, München 1995, S. 190.

³⁶) Mittelbayerische Zeitung (Regensburg), 24.7.98, Da lacht der Regenbogen.

³⁷) Westfälische Rundschau (Dortmund), 24.7.98, Teilerfolge zum besseren Schutz der Meere. Treffen ohne Merkel.

geht uns um den Zustand der Meere; die Brent Spar, isoliert als Einzelfall betrachtet, interessiert uns überhaupt nicht. Es geht daher nicht darum, ob auf Ihrer alten Plattform nun 150 oder 5.000 Tonnen Giftstoffe lagern. Sie müssen begreifen, dass Ihre Brent Spar ein zentrales Pilotprojekt darstellt. Shell ist nur die erste der über ein Dutzend Mineralölgesellschaften, die ihre Nordsee-Plattformen entsorgen müssen. Wenn Sie es mit Hilfe der britischen Regierung durchdrücken, die Brent Spar zu versenken, stehen ein Dutzend anderer Gesellschaften mit ihren Offshore-Ruinen Gewehr bei Fuß. Ihre Brent Spar ist nur das Symbol für einen ganzen Haufen von Schrott und Müll, der eindeutig an Land und nicht auf hoher See entsorgt werden muss. Das ist unsere zentrale politische Forderung, die Sie überdenken und erfüllen sollten.“³⁸

Ebenso wertete es Grant Jordon, Professor für Politik und internationale Verbindungen an der Universität Aberdeen: „Tatsache ist, dass der Greenpeace-Erfolg nicht das Produkt der Ereignisse im Mai und Juni 1995 war, sondern des generellen Interesses für das Anliegen der Meeresverschmutzung in den vorangegangenen zwei Jahrzehnten. Die Brent-Spar-Kehrtwende war nicht das Ergebnis der kurzfristigen Greenpeace-Aktivitäten während der Besetzung und der damit verbundenen Öffentlichkeit, sondern der langfristig angelegten Änderung der öffentlichen Meinung in Sachen Müllversenkung im Meer. Wie Chris Rose (Kampagnen-Chef, Greenpeace Großbritannien, A.d.V.) sagte: ‚Die Brent-Spar-Kampagne hat diese Themen nicht geschaffen, sie hat sie nur deutlich herauskristallisiert‘. (...) Die Ereignisse von 1995 haben nicht die Meinungen geändert, aber sie haben die Strukturen verändert, in denen Entscheidungen getroffen wurden.“³⁹

Für den Greenpeace-Anwalt Michael Günther signalisierte die Brent Spar eine Wende im Völkerrecht: „Hochrangige Rechtsgüter, wie der nachhaltige Schutz der Meeresumwelt, werden auch auf hoher See künf-

tig nicht mehr zur Disposition einzelner Staaten stehen – und zwar auch dann nicht, wenn die betreffenden Länder den Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt nicht beigetreten sind oder Vorbehalte geäußert haben. Das Völkergewohnheitsrecht entwickelt sich fort mit den Auffassungen der Völkerrechtssubjekte. Im Fall Brent Spar hatten sich eine Reihe von Regierungen die Auffassung von Greenpeace und der Greenpeace unterstützenden öffentlichen Meinung zu Eigen gemacht und die britischen Lizenzen zur Beseitigung der Plattform öffentlich beanstandet. Damit beginnt sich eine Rechtsauffassung durchzusetzen, der zufolge die Meere das gemeinsame Erbe der Menschheit sind. Jede vermeidbare nachhaltige Störung ist ein Eingriff in das Recht künftiger Generationen, keine schlechteren Lebensbedingungen vorzufinden als sie die Menschheit gegenwärtig hat. Niemand, weder ein Staat noch ein Großkonzern, hat das Recht, sich darüber hinwegzusetzen.“⁴⁰

Die Funktion der Repräsentation öffentlicher Interessen wird den NGOs sowohl von öffentlicher als auch von offizieller Seite zuerkannt, wie die Wissenschaftler Schmidt/Take darlegen: „Die Gründe für die öffentliche Anerkennung liegen in der thematischen Ausdifferenzierung politischer Entscheidungsmaterien und der zunehmenden Partikularisierung von Interessenlagen, die dazu führen, dass die Parteien mit ihren programmatischen Generalisierungsansprüchen und die national hochaggregierten Interessenverbände diesen neuen Herausforderungen nicht mehr gerecht werden. Die Öffentlichkeit traut deshalb in steigendem Maße den ‚issue‘-orientierten NGOs zu, auf die neuen Probleme in angemessenerer Weise zu reagieren, was auch den Erfolg der Brent-Spar-Kampagne von Greenpeace erklärt. Sie zeigte, dass weder multinationale Konzerne noch Minister beim Treffen weit reichender Entscheidungen intervenierende NGOs ignorieren können, wenn deren Kampagnen Rückhalt

³⁸) Vorfelder, S. 128f.

³⁹) Grant Jordon: Indirect causes and effects in policy change: The Brent Spar Case, in: Public Administration, vol. 76, Winter 1998, S. 737.

⁴⁰) Das Greenpeace-Buch/C.H.Beck/S. 64 „Greenpeace und das Recht“/Michael Günther.

in der Öffentlichkeit finden. Shell sah sich, nach eigener Aussage, gezwungen, dem ‚internationalen Druck‘ (so der Vorsitzende von Shell Deutschland, Peter Duncan) nachzugeben, nachdem der Kampf um die öffentliche Meinung verloren war. Man ist seitdem bei Shell bemüht, eine Lösung für Brent Spar in Abstimmung mit den Umweltverbänden zu finden. Duncan bezeichnet dieses Vorgehen ‚als Bestandteil unserer Bemühungen, gesellschaftliche Strömungen aufzufangen‘.⁴¹

So äußerte sich Duncan auch nur ein Jahr nach der Brent-Spar-Kampagne sehr positiv über die Umweltschutzorganisation, die seinem Konzern so hart zugesetzt hatte: „Ich möchte Ihnen gerne meine Anerkennung dafür aussprechen, dass Sie fest hinter dem Prinzip von Gewaltfreiheit stehen und im Gegensatz zu anderen sehr schnell Gewaltakte im Zusammenhang mit der Brent-Spar-Kampagne verurteilt haben, und ich schließe hierin auch den Idealismus und Mut vieler Ihrer Mitglieder ein.“⁴²

Allerdings kamen nach der Brent-Spar-Kampagne Fragen zur Legitimität solcher Aktionen auf. Greenpeace wurde die Legitimation abgesprochen, auf politische Instanzen und Wirtschaftsverbände Druck auszuüben.

Darauf erwiderte die Wissenschaftlerin Marianne Beisheim: „Zentral ist dabei die Frage, ob eine NGO als Interessengruppe gegenüber anderen Interessengruppen einfach nur ihre Position durchsetzt oder ob sie eine kollektiv bindende Entscheidung getroffen hat. Am Beispiel des ‚Brent Spar‘-Falles lässt sich dieser Unterschied gut verdeutlichen: Zwar hat Greenpeace gegenüber Shell das Ziel der Nicht-Versenkung erreicht, aber die entsprechende, von der Regierung von Großbritannien beschlossene Erlaubnis (also nicht das Gebot) für die Versenkung ist immer noch gültig, und Greenpeace kann auch keine äquivalente gegenteilige Entscheidung herbeiführen. Hier von einer ‚Deklassierung der Staatsgewalt‘ zu sprechen, weil die ‚Dinge‘ an den gewählten und

beauftragten Vertretern vorbeiliefen, läuft am realen Geschehen vorbei. Zwar hatten diese Vertreter beschlossen, dass die ‚Brent Spar‘ versenkt werden dürfe, aber nicht, dass dies auf alle Fälle so geschehen müsse. Und schon gar nicht hat Greenpeace ein Verbot der Versenkung verbindlich ‚entschieden‘. Und in diesem Sinne ist der Name der NGOs als Non-Governmental Organizations in der Tat nicht ‚verniedlichend‘, sondern bezeichnet ein Faktum – wie auch die Haltung der französischen Regierung in der Frage der Atomtests belegt hat.

Solange ihre Arbeit reine Interessenartikulation im Rahmen geltender Gesetze bleibt und solange sie keine gesamtgesellschaftlich verbindlichen Entscheidungen treffen (können), haben NGOs kein Legitimationsproblem.“⁴³

Weiter argumentiert Beisheim: „Gerade im Umweltbereich kommt es durch Marktversagen zu externen Effekten wirtschaftlicher Tätigkeit, die oft nicht oder nur unzureichend durch staatliche Maßnahmen geregelt sind. NGOs erbringen hier als Interessengruppen besondere Leistungen, indem sie auf diese Probleme aufmerksam machen und auf deren Regelung drängen oder auch Druck auf die Industrie ausüben, selbst Lösungen zu erarbeiten. Sie bringen neue Themen auf die politische Agenda, sie stellen alternative Informationen für Politiker und Bürger zur Verfügung oder unterstützen lokale Projekte, um Politiken zu implementieren. Gerade diese Leistungen und das spezifische Potenzial der NGOs an Unabhängigkeit, Flexibilität und Bürgernähe werden in der Diskussion oft als unverzichtbar dargestellt.“

Mit diesen Leistungen bei der Vorbereitung der Politikfindung steigern NGOs nach Meinung Beisheims ihre Legitimität: „NGOs spielen in diesen Prozessen der öffentlichen Meinungsbildung eine wichtige Rolle und tragen mit ihrem Vorhandensein und ihren Aktionen mehr oder weniger direkt zum

⁴¹ Hilmar Schmidt/Ingo Take, Demokratischer und besser? Der Beitrag von Nichtregierungsorganisationen zur Demokratisierung internationaler Politik und zur Lösung globaler Probleme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 43/97, 17.10.1997, S. 14f.

⁴² Greenpeace Magazin 3/96, S. 59.

⁴³ Marianne Beisheim, Nichtregierungsorganisationen und ihre Legitimität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 43/97, 17.10.1997, S. 21-29.

Legitimationsprozess der politischen Ordnung bei. Umgekehrt steigern NGOs ihre Legitimität über das Recht der Bürger, sich ihrer als Mittel zu bedienen, in der Öffentlichkeit und gegenüber der Regierung auf ihre Präferenzen aufmerksam zu machen. (...) Ulrich Beck spricht mit Blick auf die NGOs von einem Bündnis, das sich ‚für eine im höheren Sinne legitime Sache [einsetzt]: die Rettung der (Um-)Welt‘. Das Überlebensinteresse mache den hochlegitimen Allgemeinheitsanspruch geltend, alle bedrohenden Gefahren abzuwenden. Beck kritisiert nicht etwa die Legitimationsprobleme von Greenpeace, sondern behauptet, dass Greenpeace vielmehr ‚das längst entstandene Legitimations- und Machtvakuum des politischen Systems zum Vorschein‘ bringe.“

Auch der konservative Journalist Konrad Adam beschreibt, wie NGOs Staatsaufgaben übernehmen, weil Behörden oder Regierungen versagen: „Was Organisationen wie Amnesty International, Greenpeace, Ärzte ohne Grenzen oder der Worldwide Fund for Nature besorgen, der Einsatz für die Menschenrechte also und für die Rechte der Natur, sind klassische Staatsaufgaben; und wirklich greifen die Behörden ja auch gern auf die Sachkunde und das Ansehen der NGO's zurück, wenn sie sich ihrer Elementaraufgaben entsinnen und sich dazu herbeilassen, einen Vertrag zum Schutz von Mensch und Tier, von Feuer, Wasser, Luft und Erde zu schließen. Man muss kein Anhänger von Thomas Hobbes sein, um in der Verteidigung von Leben und Gesundheit erste Pflicht des Staates zu begreifen; wie man umgekehrt kein Anarchist sein muss, um anzuerkennen, dass die erwähnten Gruppierungen für den Erhalt von Grund- und Menschenrechten mehr geleistet haben als alle gewählten Regierungen.“⁴⁴

In dasselbe Horn stößt die „Welt“: „Elementare Aufgaben wie die Verantwortung für Leib und Leben seiner Bürger überlässt er (der deutsche Staat, A.d.V.) Nichtregierungsorganisationen wie Amnesty Interna-

tional oder Greenpeace, die ihr Ansehen ja nicht auf irgendwelchen Neben Bühnen erworben haben, sondern im Zentrum des Terrains, für das der Staat ursprünglich einmal Zuständigkeit beansprucht hatte, beim Schutz der Menschenrechte nämlich und bei der Verteidigung einer lebenswerten Umwelt. Wer es mit der Ökologie und dem Folterverbot ernst meint, hält sich schon längst nicht mehr an die Behörden. Er engagiert sich anderswo oder resigniert.“⁴⁵

Wasser auf die Mühlen der Greenpeace-Kritiker war der Messfehler, der im Herbst 1995 die Medien beschäftigte. Bis zum 18. Juni hatte Greenpeace immer von 100 bzw. 130 Tonnen an Schadstoffen in der Brent Spar gesprochen. Durch eine fehlerhafte Messung durch Greenpeace-Wissenschaftler kam am 19. und 20. Juni der Verdacht auf, in der Brent Spar befänden sich 5.500 Tonnen Schadstoffe. Das war falsch. Für diesen Messfehler entschuldigte sich der Geschäftsführer von Greenpeace England, Peter Melchett, im September 1995 bei Shell⁴⁶. Doch die „5.000 Tonnen“ hatten sich längst verselbständigt. Und so erhielt Greenpeace im Herbst 1995 immer wieder den Vorwurf, die Kampagne auf dieser falschen Zahl aufgebaut zu haben. Heiligabend 1995 titelte die „Welt“: „Umwelthysterie wegen eines Rechenfehlers“. Nein, der Messfehler geschah fünf Wochen nach der Besetzung, da war die öffentliche Empörung über die Müllversenkung im Meer schon sehr hoch. Der Messfehler hat Greenpeace geschadet, da das höchste Gut der Umweltorganisation die Glaubwürdigkeit ist. Aber alle Vorwürfe, man habe in Sachen Brent Spar die Öffentlichkeit bewusst getäuscht, sind falsch.

Greenpeace ist trotz allem die Organisation mit den höchsten Werten an Glaubwürdigkeit geblieben. Das belegen Umfragen, die seit Jahren für NGOs und speziell Greenpeace extrem positive Werte verzeichnen. Eine Umfrage der Edelman PR Group in Großbritannien, Frankreich, Deutschland und den USA hat im Januar 2002 ergeben, dass

⁴⁴) Konrad Adam, Volkes Ohr und Volkes Stimme. Worauf gründet das Ansehen und der Einfluss der NGO's?, ohne Ort und Datum.

⁴⁵) Die Welt, 29.9.01, Den eignen Bürger untergräbt der Staat.

⁴⁶) Brent Spar und die Folgen, Verlag Die Werkstatt 1997, S. 35.

die Glaubwürdigkeit von Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace und amnesty international nach wie vor groß ist, in Europa liegt sie weit über der von Regierungen und Unternehmen.⁴⁷ Und in einer repräsentativen Umfrage von April 2003 liegt Greenpeace zusammen mit ADAC und Polizei auf der Liste der vertrauenswürdigen Institutionen ganz oben⁴⁸.

Bei einer vom Institut Forsa im Jahr 1999 durchgeführten Jugend-Umfrage kam heraus, dass amnesty international und Greenpeace bei den 15- bis 20-Jährigen besonders viel Vertrauen genießen, hingegen nur jeder Vierte die Bundesregierung für vertrauenswürdig hält. Deswegen interessierten sich junge Leute kaum für Politik schlussfolgert die WAZ aus Essen: „Vielleicht kommt es ja auch auf die Art an, wie Politik gemacht wird. Organisationen wie Greenpeace und Amnesty stehen bei den jungen Leuten hoch im Kurs, weil sie weit weg vom Ortsvereins-Image sind. Sie engagieren sich jeweils für konkrete Einzelfälle, Erfolg oder Misserfolg ist schnell sichtbar. Das kann gerade Jugendliche zum Engagement motivieren.“⁴⁹

Dietrich Thränhardt sieht die hohen Prestigewerte darin begründet, dass „Greenpeace mit seinen Aktionen optimal zwei Bedürfnissen entgegen [kommt], die in der entzauberten Welt (Max Weber) und angesichts der von Kompromissen lebenden und nur in Ausnahmefällen moralisch anziehenden Politik nicht gestillt werden: der Sehnsucht nach Heroismus und nach Reinheit. Greenpeace verwirklicht in symbolischer direkter Aktion Prinzipien, die in der Politik meist nur schrittweise durchgesetzt werden können, was einen halbherzigen und wenig glaubwürdigen Eindruck macht.“⁵⁰

Auch in einer Studie zum „Umweltbewusstsein in Deutschland 2000“ der Universität Marburg⁵¹ kommt heraus: „In diesen

Fragen für kompetent halten die Bürger am ehesten die Nicht-Regierungsorganisationen wie Greenpeace oder Bund Naturschutz. Negativ beurteilt werden dagegen Gewerkschaften, Kirchen und Industrie.“⁵²

Diese gesellschaftliche Unterstützung bezeichnet Beisheim als den zentralen legitimierenden Faktor für Umwelt-NGOs: „Diese kann sich z.B. ganz direkt in der Mitgliedschaft in Umweltschutzinitiativen ausdrücken: Das Bundesumweltministerium registrierte 1992 mehr als vier Millionen Menschen als Mitglieder von lokalen, regionalen und bundesweiten Umwelt- und Naturschutzverbänden. Die großen Parteien dagegen hatten zu diesem Zeitpunkt nur rund zwei Millionen Mitglieder. Und auch Umfragen zeigen hohe gesellschaftliche Unterstützung etwa für Greenpeace. NGOs werden von der Gesellschaft auch mit Machtmitteln ausgestattet, so zum Beispiel mit Spenden, mit der Unterstützung von Aktionen wie Briefkampagnen, Boykottaktionen, aber auch mit Glaubwürdigkeitskredit und Definitionsmacht. Diese ständige gesellschaftliche Kontrolle durch die Öffentlichkeit hat auch eine legitimierende Wirkung. Matthias Kettner fasst die Tatsache, dass NGOs ‚der Wahrnehmung der politisch relevanten Öffentlichkeit ausgesetzt sind, um deren Gunst sie konkurrieren und deren kollektive Meinungsbildung sie ebenso anregen, wie sie ihr standhalten müssen‘ unter dem Begriff der ‚kontextuellen Legitimation‘.“⁵³

In ihrem Fazit urteilt Beisheim abschließend: „All diesen Argumenten gemeinsam ist die Erkenntnis, dass NGOs Leistungen erbringen, die Staaten allein offenbar nicht erzielen. (...) Legitimität von Umwelt-NGOs ist vorhanden, solange es ihnen gelingt, die Gesellschaft zu überzeugen, dass ihr Bestehen und ihre Arbeit notwendig und die bestmögliche ist, um eine effektive Umweltpoli-

47) http://www.zeit.de/2002/08/Politik/print_200208_globalisierung.html Politik 08/2002.

48) Umfrage McKinsey, Stern April 2003.

49) WAZ (Essen), 22.7.99, Junge Leute interessieren sich kaum für Politik.

50) Dietrich Thränhardt, Globale Probleme, globale Normen, neue globale Akteure, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS), 33. Jg., 1992, Heft 2, S. 229.

51) Umweltbewusstsein in Deutschland 2000, Udo Kuckartz, Uni Marburg.

52) Süddeutsche Zeitung, 25.7.2000, Wichtig – aber nicht aktuell. Wie die Deutschen es mit dem Umweltschutz halten.

53) Marianne Beisheim, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B43/97, S. 27.

tik zu gewährleisten. (...) Die von den NGOs erbrachten Leistungen [können] dabei sowohl ihre eigene Legitimität als auch die Legitimität nationaler oder internationaler Politik stärken.“⁵⁴

Olympische Spiele in Sydney 2000

Ein Architekturwettbewerb 1992 für das Olympische Dorf war letztlich der Startschuss für die ersten „grünen“ Olympischen Spiele. Unter mehr als 100 Teilnehmern, zu meist große Baukonzerne und Entwicklungsgesellschaften, überzeugte ein anonym eingereichter Entwurf das australische Bewerbungskomitee und kam in die Endrunde der letzten fünf – der Entwurf des australischen Greenpeace-Büros für ein Öko-Athletendorf. Greenpeace wollte damit zeigen, was eine Stadt mit ehrlichem Umweltengagement erreichen kann.

Umweltbewusste Architekten und Stadtplaner wurden befragt, ihre Ideen und Erfahrungen aus der Praxis gesammelt. Die Vorbereitung für den Wettbewerb waren umfangreich: Der Greenpeace-Entwurf sah vor, dass das gesamte Gebiet autofrei ist, eine vollständige Energieversorgung aus regenerativen Energiequellen gewährleistet wird und alle eingesetzten Baumaterialien nach den neuesten baubiologischen Standards ausgewählt sind. Die Ver- und Entsorgung des Geländes sollte so ressourcenschonend wie möglich erfolgen. Das gesamte Baukonzept sollte außerdem als internationales Schaufenster für die modernsten Umwelttechnologien dienen.

Viele engagierte Ideen und Innovationen haben dazu beigetragen, dass eine umfassende und praxisnahe Planung der „Grünen Spiele“ möglich wurde. Die Umweltschutzaspekte der Olympischen Spiele wurden nach einigen Schwerpunktthemen beurteilt: erneuerbare Energien, Energieeffizienz, öffentliche Verkehrsmittel, Altlastensanierung, PVC-freie Materialien, Müllvermeidung, effizientes Wasser- und Abwassermanagement, Schutz gefährdeter Arten und Verwendung von Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft.

Ergebnis: Das Olympische Dorf zählte im



Jahr 2000 zu einer der größten solar versorgten Siedlungen der Welt. Das neu gebaute Stadtviertel war zu rund 80 Prozent PVC-frei und während der Olympiade für den öffentlichen Autoverkehr gesperrt. Damit ist es ein hervorragendes Beispiel für zukunftsorientierte Stadtplanung.

Seit Greenpeace sich an der Vorbereitung der Olympischen Spiele in Sydney beteiligt hat, werden auch andere Länder, die sich für eine Austragung der Olympiade bewerben, mit zahlreichen Informationen versorgt, um die Idee der „Grünen Spiele“ weiterzutragen.

Der damalige IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch sagte in seiner Rede bei der ersten Konferenz für „Sport und Umwelt“ 1996: „Das Internationale Olympische Komitee ist entschlossen, die Umwelt als dritte Dimension für die Olympiade aufzunehmen, die ersten beiden sind Sport und Kultur.“

Seit dem Jahr 2001 wird nun eine deutsche Bewerbung für die Austragung der Olympischen Spiele 2012 diskutiert. Für Greenpeace Deutschland ist wichtig, dass die gute Vorgabe in Bezug auf die Umweltfreundlichkeit der Spiele von Sydney dann noch einmal

Ökologische Materialien wie z.B. Recyclinggranulat machen Sydney zur ersten »grünen« Olympiade.

⁵⁴) Ebenda, S. 29.

übertroffen wird. Die Umweltorganisation berät das Internationale Olympische Komitee (IOC) und die nationalen Komitees (NOKs) weiter.

Kein Patent auf Leben

Greenpeace wendet sich seit Jahren gegen die Patentierung von Menschen, Tieren, Pflanzen und ihren Genen. Die Umweltschützer fordern die generelle Überarbeitung der EU-Genpatentrichtlinie und ein Verbot von Patenten auf Leben. Ein großer Teilerfolg wurde im Juli 2002 erzielt: Das skandalöse Embryo-Patent, das Greenpeace im Februar 2000 aufgedeckt und gegen dessen Erteilung die Organisation Einspruch erhoben hatte, wurde nach drei Tagen öffentlicher Anhörung in wesentlichen Teilen zurückgenommen. Das Europäische Patentamt (EPA) in München hatte dieses Patent der Universität Edinburgh

Vor dem Europäischen Patentamt errichtet Greenpeace eine Mauer gegen die Patentierung von Menschen-Genen.



auf menschliche Embryonen bereits am 8. Dezember 1999 unter der Nummer EP 695 351 erteilt. Beansprucht wird die Entnahme von Zellen aus menschlichen Embryonen, die gentechnische Manipulation dieser Zellen und sogar die „Züchtung“ von gentechnisch manipulierten Menschen aus diesen Zellen. *Nach der Bekanntmachung des Patents durch Greenpeace kamen Einsprüche aus allen Tei-*

len der Gesellschaft. Dazu zählten neben Greenpeace die Bundestagsfraktion der PDS (Berlin), der Ökumenische Rat der Kirchen in Österreich, das Bundesministerium der Justiz, die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, der Staatssekretär des niederländischen Wirtschaftsministeriums, die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die italienische Regierung und andere. Greenpeace erfüllte also die wichtige Rolle der außerparlamentarischen Umweltpolizei, die Behörden auf die Finger schaut, um den Ausverkauf des Erbgutes zu stoppen.

Der Widerruf des Patents wurde in vielen Kommentaren als Erfolg der Arbeit von Greenpeace verbucht.

So kommentierte Achim Bahnen, Redakteur der konservativen Frankfurter Allgemeinen Zeitung, am 25. Juli 2002: „Das Bemerkenswerte an der gestrigen Entscheidung ist hingegen der Prozess, der zu ihr führte. Es ist müßig zu spekulieren, wer außer Greenpeace den Skandal der Patenterteilung vielleicht noch bemerkt und Einspruch dagegen eingelegt hätte. Jetzt kann sich die Umweltorganisation zu Recht rühmen, mit der öffentlich wirksamen Aktion einen Vorgang ans Licht gebracht zu haben, der sonst vielleicht unbenutzt geblieben wäre. (...) Wenn das Patentamt nun stolz und von allen Selbstzweifeln unberührt behauptet, im Streit um das ‚Edinburgh-Patent‘ habe sich ‚das im Europäischen Patentübereinkommen verankerte Einspruchsverfahren erneut als wirksames und transparentes Rechtsmittel zur Überprüfung der von der EPA erteilten Patente erwiesen‘, dann gilt es daran zu erinnern, dass erst der öffentliche Protest das Amt zur Transparenz und Korrektur seiner Fehlentscheidung gezwungen hat.“⁵⁵

Die Süddeutsche Zeitung schrieb zum selben Vorgang: „Bei der Vergabe des ‚Edinburgh Patents‘ hat das Patentamt einen schweren Fehler eingestanden. Es gehört zu den Absurditäten, dass das Patentamt einen schweren Fehler nicht korrigieren kann, über Einsprüche in einem internen Gericht entschieden werden muss, Kontrollinstan-

⁵⁵ FAZ, 25.7.02, EP 0695 351. Auch ein entschärftes Patent schützt keine Embryonen.

zen fehlen; Greenpeace hat dieses Wächteramt übernommen. In der EU ist das alles bekannt.“⁵⁶

Auch das Deutsche Ärzteblatt widmet sich dem Präzedenzfall für die Ethik: „Dass das Europäische Patentamt wesentliche Teile seines Ende 1999 erteilten ‚Edinburgh‘-Patents revidiert hat, ist kein Zufall. 14 Organisationen, darunter die deutsche, die niederländische und die italienische Regierung sowie Greenpeace, hatten vehement gegen das Patent protestiert. Es schützt ein Verfahren, mit dem sich Stammzellen von anderen Zellen trennen lassen. Dazu müssen die Stammzellen gentechnisch verändert werden. Der manipulierte menschliche Embryo hätte somit patentiert werden können. (...) So hatte das 1994 von der Universität Edinburgh (die mit dem australischen Forschungsunternehmen ‚Stem Cell Sciences‘ verbunden ist) angemeldete Patent alle tierischen Zellen, einschließlich menschlicher Zellen, in den Antrag einbezogen. Die betreffende Passage im englischen Originaltext hatten die Patentprüfer angeblich übersehen. Erst Greenpeace hatte den ‚Fehler‘ nach der Patenterteilung entdeckt und Einspruch erhoben.“

In der Neuen Westfälischen Zeitung aus Bielefeld bedankte sich Pastor Ulrich Pohl bei Greenpeace: „Auf Betreiben von Greenpeace und anderen hat nun das Europäische Patentamt in München das 1999 erteilte Patent für die Züchtung gentechnisch veränderter Menschen sowie für das Verfahren zur Züchtung embryonaler Stammzellen von Mensch und Tier widerrufen. Frank Ulrich Montgomery, Vorsitzender des Ärzteverbandes Marburger Bund, kennzeichnete die Entscheidung des Patentamts mit den Worten: ‚Die Rücknahme dieses Teufelspatents zur Züchtung von Embryonen und zum Klonen ist ein Sieg der Menschlichkeit.“⁵⁷

Der SPD-Politiker Dr. Wolfgang Wodarg (SPD) hatte bereits im Bundestag anlässlich

der Aktuellen Stunde zur Haltung der Bundesregierung zur Patentvergabe des Europäischen Patentamtes auf Genmanipulation menschlichen Erbguts Greenpeace ausdrücklich gelobt. „Ich möchte zu dieser Entscheidung des Europäischen Patentamtes noch etwas hinzufügen. Ich sage es in aller Deutlichkeit: Ich halte es nicht für ein Versehen, sondern für ein Verdienst von Greenpeace – insbesondere von Herrn Then, dem ich auf diesem Wege ganz besonders für seine Hartnäckigkeit danken möchte, dieses Thema an die Öffentlichkeit zu bringen –, dass herausgekommen ist, dass das Europäische Patentamt zweimal absichtlich bei ein und derselben Patenterteilung darauf hingewirkt hat, dass menschliches Gewebe, menschliche Stammzellen, patentiert werden können.“⁵⁸

Bei der Kampagne „Kein Patent auf Leben“ im Jahr 2000 stieß Greenpeace auf breite gesellschaftliche Unterstützung. So teilte der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland die Besorgnis der Umweltschützer „über die neuesten Entwicklungen im Bereich der Gentechnik und der Patentierung von Leben. Wir begrüßen Ihre Initiative und sind selbstverständlich bereit, eine entsprechende Kampagne von Greenpeace zu unterstützen und von unserer Seite alles zu tun, um gegen die Patentierung von Leben einzutreten“⁵⁹. Auch die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche lehnte die „Patentierung von pflanzlichen, tierischen und menschlichen Genen, gentechnisch veränderten Organismen oder gentechnischen Verfahren“ ab.⁶⁰ Die Münchener Evang.-Luth. Kirchengemeinde St. Lukas rief am 8. März 2000 zu einem Abendgebet zum Thema „Patent auf Leben?“ auf. In ihrer Ankündigung teilte die Gemeinde mit: „Wir freuen uns auch, dass wir zur Vorbereitung bzw. zur Mitwirkung Greenpeace, ‚Kein Patent auf Leben‘ und das Umweltreferat der Evang.-Luth. Kirche in Bayern gewinnen konnten.“⁶¹

56) Süddeutsche Zeitung, 25.7.02, Der patentierte Mensch.

57) Neue Westfälische (Bielefelder Tageblatt), 27.7.02, Zum Sonntag. Danke, Greenpeace!

58) Redebeitrag von Dr. Wolfgang Wodarg anlässlich der Aktuellen Stunde im Bundestag (24.02.2000).

59) Brief des Islamrats für die Bundesrepublik Deutschland an B. Behrens/S. Flothmann, 28.2.2000.

60) Schreiben vom 17.2.2000.

61) Fax an C. Then, 3.3.2000.

Auch gegen die Entscheidung des Europäischen Patentamtes, das so genannte Brustkrebs-Gen patentrechtlich zu schützen, protestierten Patienten, Ärzte, Wissenschaftler und Politiker. Die Ärztekammern in Deutschland und Österreich unterstützen die Greenpeace-Einsprüche gegen die Patenterteilung des von der Firma Myriad mehrfach patentierten Gens (BRCA1, breast cancer, engl. Brustkrebs), das eine zentrale Rolle bei der Entstehung und Diagnose bestimmter Brustkrebs-Erkrankungen spielt. Der Bundesärztekammerpräsident Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe wies darauf hin, dass diese Patentertei-



Im Februar 2002 erheben Greenpeacer Einspruch gegen ein patentiertes Brustkrebs-Gen.

lung (Patent EP0705 903) dank der Recherchen von Greenpeace bekannt geworden sei. „Wir fordern gemeinsam mit Greenpeace den Widerruf des Patents und unterstützen den Appell an den Deutschen Bundestag und die Europäische Union, die Patentierung von Genen generell zu verbieten“, so der BÄK-Präsident.⁶²

Auch die Deutsche Gesellschaft für Humangenetik (Würzburg) sowie die entsprechenden Vereinigungen in Belgien, Frankreich

und den Niederlanden haben sich gegen die Patente von Myriad ausgesprochen. Das Europäische Parlament sowie die Bioethik-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages lehnen Patente auf menschliche Gene als unethisch ab.

Allgemein haben die Weltärztekammer, Bauernverbände, Vertreter der Weltbank und die Entwicklungshilfeorganisation der UNO, die UNDP, an der zunehmenden Patentierung von Lebewesen scharfe Kritik geübt. So heißt es im „Bericht über die menschliche Entwicklung 1999“: „Der unerbittliche Vormarsch der Rechte auf geistiges Eigentum muss gestoppt und in Frage gestellt werden.“⁶³ Der Europarat beschloss in seiner Empfehlung „Biotechnologie und geistiges Eigentum“: „Die Versammlung vertritt die Ansicht, dass Pflanzen, Tiere, menschliche Gene, Zellen, Gewebe und Organe weder als Erfindungen betrachtet, noch Monopolen unterworfen werden können, die durch Patente gewährt werden.“⁶⁴

In einem Leserbrief an den Berliner Tagesspiegel 2001 erklärte Andreas Troge, der Präsident des Umweltbundesamtes, seine Wertschätzung für Greenpeace und distanzierte sich von einer zuvor veröffentlichten Meinungsäußerung eines seiner Mitarbeiter: „Der Leserbrief meines Mitarbeiters, Dr. Martin Mieschendorf, zur EG-Biopatentrichtlinie gibt nicht die Meinung des Umweltbundesamtes wieder. Insbesondere distanzieren wir uns von dem Satz: ‚Die Opposition von Greenpeace ist undemokratisch und unethisch.‘ Im Gegenteil: Wir schätzen die Arbeit von Greenpeace und anderen Nichtregierungsorganisationen sehr und zweifeln weder an ihrem Demokratieverständnis noch an der Gemeinnützigkeit ihres Wirkens.“⁶⁵

Und in einem Interview mit dem PublikForum äußerte sich die aus Indien stammende Soziologin Shalini Randeria, die 2002 als Professorin an der Universität München lehrte, über Konzerne, den freien Welthandel und die Dritte Welt. Die Autorin des Buches

⁶² Pressemitteilung der Bundesärztekammer, 20.6.2001.

⁶³ Bericht über die menschliche Entwicklung 1999, UNDP, Bonn 1999, S. 89.

⁶⁴ Recommendation 1425 (1999).

⁶⁵ Der Tagesspiegel, Berlin, 3.6.2001.

„Das Recht im Globalisierungsprozess“ antwortete auf die Frage, „wie wichtig (...) der Druck der hiesigen Verbraucher oder der UNO auf die Multis [ist], soziale Menschenrechte einzuhalten“:

„Wichtig. (...) Und ein Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen klagte erfolgreich gegen den amerikanischen Chemiekonzern W.R. Grace und das US-Landwirtschaftsministerium wegen ‚Biopiraterie‘. Das Patent des Schädlingsbekämpfungsmittels aus dem Öl von Samen des indischen Neembaums wurde schließlich durch das Europäische Patentamt widerrufen. Das ist auch dem Druck von Greenpeace zu verdanken.“⁶⁶

TBT – Dauergift im Meer

Die Greenpeace-Kampagne gegen das Dauergift TBT konnte im Herbst 2001 einen wichtigen Erfolg verbuchen: Die Mitgliedsländer der Internationalen Schifffahrtsorganisation (IMO) beschlossen ein globales Verbot des TBT-Einsatzes in Schiffsfarben. Demnach dürfen Schiffe ab Januar 2003 nicht mehr mit TBT-haltiger Farbe gestrichen werden, ab 2008 müssen auch Altanstriche entfernt oder zumindest sicher versiegelt werden.

Neben der toxischen Wirkung für Meeresorganismen wirkt TBT bereits in kleinsten Konzentrationen schädigend auf das Hormonsystem von Menschen und Tieren. Das Gift wird Schiffsfarben beigemischt, um den Bewuchs der Bordwände mit Algen und Meerestieren zu verhindern. Die Weltgesundheitsorganisation zählt das Umwelthormon zu den giftigsten Stoffen, die der Mensch heute in die Umwelt freisetzt.

Seit 1999 hatte Greenpeace mit zahlreichen Aktionen in deutschen Nord- und Ostseehäfen auf das TBT-Problem aufmerksam gemacht. Die Umweltschützer entdeckten im Schlick dieser Häfen, aber auch in Fischen, Wattwürmern und Seehunden hohe Konzentrationen des Giftstoffes. Der schleswig-holsteinische Minister für Umwelt, Natur und Forsten, Klaus Müller, wies auf dem Seglertag 2001 in Owschlag auf die von Greenpeace

durchgeführten Analysen hin und forderte von den Seglern ein Umdenken: „Bei Untersuchungen, die zum Teil in ausschließlich von Sportbooten genutzten Häfen durchgeführt wurden, hat Greenpeace noch 1999, zehn Jahre nach dem EU-weiten Verbot von TBT für Sportboote unter 25 Metern, auffällig hohe Konzentrationen im Sediment gefunden. Dies weist leider darauf hin, dass TBT-haltige Farben weiter von einigen Bootsbesitzern verwendet werden. Das haben auch Untersuchungen in schleswig-holsteinischen Sportboothäfen gezeigt. Für die Sportschiffahrt sind umweltschonende Antifouling-

Durch Proteste wie 1999 in Bremerhafen erwirkt Greenpeace ein Verbot des hochgiftigen TBTs in Schiffsfarben ab 2003.



Anstriche ohne TBT und seit einiger Zeit auch ohne die ebenfalls schädlichen Kupferverbindungen oder andere organische Biozide vorhanden. (...) Nutzen Sie bitte diese umweltfreundlichen Einkaufsmöglichkeiten.“⁶⁷ Sein Hamburger Kollege, der Umweltsenator Alexander Porschke (GAL), hatte sich bereits 1999 der Initiative für ein internationales TBT-Verbot, „das auch von den Umweltschutzorganisationen WWF und Greenpeace zu Recht gefordert wird“, angeschlossen. „Die Unterstützung dieses weltweiten Verbotes kann gar nicht breit genug sein“, erklärte Porschke.⁶⁸

⁶⁶) Publik-Forum 11.10.02, Biopiraten auf dem Weg in den Süden.

⁶⁷) Rede des Ministers für Umwelt, Natur und Forsten des Landes Schleswig-Holstein Klaus Müller, Seglertag 2001, 3.3.2001, Owschlag.

⁶⁸) Pressemitteilung der Hamburger Umweltbehörde, 13.10.1999.

Greenpeace protestierte auch bei Schiffseignern: So empfingen am 13.11.1999 sieben Schlauchboote das Kreuzfahrtschiff „Queen Elizabeth 2“, als es in die Wesermündung einfuhr. Aktionisten sprühten auf den Schiffsrumpf „God save the Queen from TBT“. Nach der mehrstündigen Protestaktion erklärte die Reederei des Schiffes, Cunard Lines, ihren Verzicht auf die Verwendung des Dauergiftes. Cunard-Vertreter versicherten Greenpeace schriftlich, dass der berühmte Luxusliner bei dem 2001 fälligen Neuanstrich von seinem giftigen TBT-Altanstrich befreit und mit TBT-freier Farbe lackiert wird.⁶⁹

Greenpeace fand TBT sogar in Alltagsgegenständen, wie zum Beispiel Babywindeln, Sporttrikots oder Luftmatratzen. Ein erneuter Greenpeace-Test von Windeln im Jahr 2001 zeigte, dass bis auf ein Produkt alle inzwischen frei von dem Schadstoff sind. Endlich 2002 entschloss sich auch die IMO, die Schifffahrtsorganisation der UN, zum TBT-Verbot weltweit.

1.3 Gesetze und Verordnungen als Folge von Greenpeace-Kampagnen

Eigentlich müsste man an dieser Stelle erneut den Antarktis-Schutzvertrag, das Verbot des Schiffsanstriches TBT und das Versenkungsverbot für Ölplattformen von Sintra aus Abschnitt 1.2. als lobenswerte, legislative Folgen des Greenpeace-Engagements erwähnen. Aber wie Gesetzgeber sich der Greenpeace-Anliegen annehmen, soll an anderen Beispielen verdeutlicht werden.

Das Walfangmoratorium und andere Gesetze zum Schutz der Meere

Der Beschluss der Internationalen Walfangkommission (IWC) 1982, die kommerzielle Jagd auf Wale vorerst zu beenden und mit der Jagdsaison 1986 ganz auszusetzen, gehört zu den größten Erfolgen der Greenpeace-Ge-

schichte. Um diesen Erfolg muss jedoch Jahr für Jahr wieder gerungen werden. Zwar bleibt das Moratorium wohl noch bestehen, weil man sich nicht auf ein Management einer „nachhaltigen“ Jagd einigen kann, aber schon die beiden Schlupflöcher des Abkommens – die Jagd zu „wissenschaftlichen Zwecken“ und aus traditionellen Gründen – bereiten Greenpeace jedes Jahr aufs neue Kopfschmerzen. Die Japaner töten unter dem Vorwand der Wissenschaft sogar in Schutzgebieten, die Norweger schieben die angebliche Walfangtradition vor ihre kommerziellen Interessen. Und 2003 hat Island die Waljagd zu „wissenschaftlichen Zwecken“ wieder aufgenommen.

Und alle Jahre wieder versuchen die Walfangnationen Greenpeace um den Beobachterstatus in der IWC und beim Washingtoner Artenschutzabkommen CITES zu bringen. Doch der gute Ruf und die kompetente Walschutzarbeit der vergangenen Jahrzehnte schützen die Organisation vor diesen Angriffen. Immer und immer wieder werden die Anträge auf Ausschluss abgeschmettert.

So heißt es in einem Antrag der SPD-Fraktion und der Grünen vom März 2000: „Der Bundestag bittet die Bundesregierung, sich entsprechend der langjährig international üblichen Praxis weiterhin für einen gesicherten Beobachterstatus von Nicht-Regierungsorganisationen bei der CITES und IWC einzusetzen.“⁷⁰ Der Antrag übernimmt zudem beinahe wortwörtlich die Greenpeace-Forderungen: „Die Wiederaufnahme des kommerziellen Walfangs ist vor diesem Hintergrund nicht zu verantworten. Die Bundesregierung sollte weiterhin ihren Einfluss innerhalb und außerhalb der EU geltend machen, damit sowohl im Washingtoner Artenschutzabkommen als auch innerhalb der IWC ein optimaler Schutz der Wale gewährleistet bleibt. Vorrangiges Ziel sollte dabei die Aufrechterhaltung und konsequente Umsetzung des weltweiten Walfangmoratoriums und Handelsverbots mit Walprodukten sein.“

In der Sitzung des Deutschen Bundestags am 23. März 2000 forderte die SPD-Abgeord-

⁶⁹ ADN, 13.11.1999, Deutschland: Luxusliner „Queen Elizabeth“ künftig ohne giftigen Anstrich.

⁷⁰ Deutscher Bundestag – 14. Wahlperiode – Drucksache 14/2985, 21.3.2000.

nete Anke Hartnagel, den Schutz der Wale dauerhaft sicherzustellen: „Wenn man an Wale denkt, dann sieht man immer die Greenpeace-Aktivisten vor sich, zum Beispiel im Einsatz gegen japanische Walfänger. Ich glaube, die Bilder kennen fast alle. Sie sind natürlich sehr beeindruckend. Um es gleich ganz klar zu sagen: Der Walfang, den die Japaner vornehmen, ist illegal. Die so genannten Forschungszwecke dienen hier lediglich als Alibi. Das Problem ist zudem, dass die Japaner im antarktischen Schutzgebiet jagen und damit auch gegen das Moratorium der Internationalen Walfangkommission verstoßen. Deshalb habe ich volles Verständnis für die Aktionen der Walschützer. Zumindest für die SPD-Fraktion, aber, so denke ich, auch für einen Großteil dieses Hauses, möchte ich an dieser Stelle den Greenpeace-Aktivisten ausdrücklich Respekt zollen.“ (Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der PDS)⁷¹

Bereits ein Jahr zuvor hatte sich Frau Hartnagel deutlich für Greenpeace eingesetzt, als in Norwegen während der Aktionen gegen Walfänger Greenpeace-Aktivisten verhaftet worden waren: „Norwegen muss die Gefangenen (Greenpeace-Aktivisten, A.d.V.) sofort aus der Militärhaft entlassen und ihnen den Zugang zu ihren Rechtsanwälten gewähren. Ferner ist erklärungsbedürftig, warum die norwegische Regierung ein Schiff in internationalen Gewässern beschlagnahmte ließ. Bisher liegen keine Erkenntnisse vor, dass die Greenpeace-Aktivisten internationales Recht missachtet hätten. [...] Es ist mir völlig unverständlich, dass einerseits Norwegen das Greenpeace-Schiff beschlagnahmt und die gesamte Besatzung verhaftet hat, gleichzeitig aber nicht gegen die Schützen auf dem Walfänger vorgegangen ist.“⁷²

Neben der fortgesetzten Lobbyarbeit überwachten die Umweltschützer das Walschutzgebiet im Südpolarmeer. Am 14. Dezember 2001 spürte das Greenpeace-Schiff „Arctic Sunrise“ die japanische Walfangflotte inner-

halb des Schutzgebietes auf. Die Greenpeace-Aktivisten stellten sich in Schlauchbooten zur Rettung der Wale den japanischen Fangschiffen entgegen. Eine ähnliche Aktion zwei Jahre zuvor hatte der ehemalige Regierungssprecher Klaus Bölling⁷³ in der B.Z. wie folgt kommentiert: „Der Mann riskierte dabei, wie vor ihm so manche andere Greenpeace-Aktivisten, sein Leben. Das ist, in den letzten Tagen des Jahres, die Geschichte vom braven Mann. Die vielen Tierfreunde, die es in Berlin gibt, werden ihm Respekt zollen.“⁷⁴

Japaner widersetzen sich dem Walfangverbot, was Greenpeace immer wieder auf den Plan ruft, hier im Januar 2000 im Südpazifik.



Auch im Bereich der Fischerei hat Greenpeace Erfolge vorzuweisen. So forderte 1987 die US-amerikanische Fischereibehörde nach Protesten von Greenpeace die Krabbenfischer auf, ihre Netze so zu verändern, dass Schildkröten ungefährdet bleiben. 1989 verabschiedeten die UN eine Resolution für ein Verbot

71) Deutscher Bundestag – 14. Wahlperiode – 95. Sitzung, Berlin, 23.3.2000, Anke Hartnagel (SPD).

72) Pressemitteilung von Anke Hartnagel, MdB vom 13.7.1999.

73) Von 1974 bis 1981 war Klaus Bölling Regierungssprecher unter dem Kanzler Helmut Schmidt (SPD). Danach war er für ein Jahr Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der DDR. Heute arbeitet Klaus Bölling als Journalist und Publizist.

74) B.Z., 21.12.1999, Der Greenpeace-Held und wir.

der Treibnetzfisherei, die Greenpeace zusammen mit den USA, Neuseeland und einigen Südpazifikstaaten erarbeitet hatte. 1991 wurde ein entsprechendes Moratorium beschlossen. 1995 verabschiedeten die Vereinten Nationen ein Abkommen, an dessen Ausarbeitung Greenpeace mitgewirkt hat und das erste internationale Standards für eine nachhaltige Fischerei festlegt.

Und 1998 trugen die erneuten Aktionen von Greenpeace gegen Treibnetze im Mittelmeer Früchte: Am 8. Juni 1998 stimmten die EU-Landwirtschafts- und Fischereiminister in Luxemburg nach langen Debatten für ein Verbot dieser destruktiven Fangmethode. Ab dem 1. Januar 2002 sollten demnach die großen Todeswände aus allen europäischen Gewässern verschwunden sein. Ein großer Sieg für die Meere und ihre Bewohner – ein großer Erfolg der Greenpeace-Arbeit.

1982: Greenpeace-Protest gegen das Versenken von Atommüll-Fässern auf hoher See.



London-Konvention: Keine Müllversenkung im Meer

Als Greenpeace die Chemie- und die Atomindustrie Ende der siebziger Jahre erstmals aufforderte, ihre hochgiftigen Abfälle nicht mehr

zu verbrennen oder zu versenken, erklärten deren Vertreter, es sei unmöglich, diese ökologische Anforderung zu erfüllen. Rund 20 Jahre später sollten die Greenpeace-Forderungen Bestandteil der internationalen Politik werden.

Rémi Parmentier, Chef-Lobbyist von Greenpeace International, ist überzeugt: „Die existierenden Restriktionen für das Versenken und Verbrennen von Müll auf und in den Meeren wäre nicht zu Stande gekommen, wenn Greenpeace nicht die Kampagne mit diesem Ziel in den siebziger, achtziger und neunziger Jahren vorangetrieben hätte.“⁷⁵

Die Wissenschaftler Schmidt und Take führen die London-Konvention⁷⁶ als ein Beispiel dafür an, dass „Umweltschutzorganisationen (...) aus diesem ‚Aufdeckungskonflikt‘ oft als Sieger hervorgegangen (Basler Giftmüll-Konvention, Verbot der Dünnsäureverklappung auf See, Moratorium überirdischer Atomtests etc.)“⁷⁷ seien. ‘

Begonnen hatte der Konflikt bereits 1978, als die ‚Rainbow Warrior‘ zu ersten Einsätzen gegen die Verklappung von britischem Atom-müll ausfuhr. Parmentier beschreibt die ersten Aktionen wie folgt: „Ohne die Hartnäckigkeit der Greenpeace-Mitglieder in den kommenden Jahren hätte es als Anekdote geendet: Ein Gummi-Schlauchboot von der ‚Rainbow Warrior‘ fährt unter die Versenkungs-plattform des Frachters ‚Gem‘ und wird durch ein Fass zertrümmert, das radioaktiven Müll enthalten soll. Sonst war eigentlich nichts los im Sommer 1978.“

Sommer für Sommer begleiteten die Umweltschützer die Verklappungsschiffe auf ihrer Fahrt. 1982 kam es, nach dramatischen Aktionen gegen die Atommüllverklappungsschiffe Gem (Großbritannien), Scheldeborg und Rijnborg (Niederlande), bei denen Schlauchboote von abgeworfenen Atommüllfässern getroffen und deren Insassen ins Wasser geschleudert werden, zu einem ersten Erfolg: Am 22. September gab die niederländische

⁷⁵ Rémi Parmentier: Greenpeace and the Dumping of Waste at Sea: A case of Non-State-Actors' Intervention in International Affairs, in: International Negotiation 4, 1989, S. 433.

⁷⁶ LDC; weltweite Übereinkunft zur Verhütung von Meeresverschmutzung durch Verklappung, heute London Convention, LC).

⁷⁷ Hilmar Schmidt/Ingo Take: Demokratischer und besser? Der Beitrag von Nichtregierungsorganisationen zur Demokratisierung internationaler Politik und zur Lösung globaler Probleme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 43/97, S. 16.

Regierung ihren Rückzug aus der Atommüllverklappung bekannt.

Mitte der achtziger Jahre zahlte sich die Hartnäckigkeit von Greenpeace endlich aus. Im Februar 1983 beschlossen die Vertragsstaaten der London-Konvention mit großer Mehrheit ein zehnjähriges Moratorium für die Atommüllverklappung. Allein Großbritannien weigerte sich, dem Beschluss zu folgen. Dort gelingt es Greenpeace, die National Union of Seamen (NUS) und die International Transport Federation (Internationale Transportarbeitergewerkschaft, ITF) davon zu überzeugen, jegliche Beförderung und Verladung von Atommüll zu boykottieren. Das hatte zur Folge, dass das jährliche Verklappungsprogramm abgesagt wurde. 1983 war das erste Jahr des Atomzeitalters ohne (offizielle) Atommüllverklappung.

In den folgenden zehn Jahren gelang es Greenpeace, den Mitgliedsstaaten der LDC/LC die Auswirkungen der Gift- und Atommüllverklappung deutlich zu machen. Greenpeace International nahm an den Beratungstreffen der London-Konvention seit 1983 teil. Und immer wieder versuchten einige Länder, angeführt von Frankreich und Großbritannien, diese Teilnahme im Experten-Rat zu verhindern mit der Begründung, dies sei ein Gremium von Regierungen. Sie wollten damit Greenpeace verbieten, schriftliche Anträge einzureichen und auf der Eröffnungssitzung zu sprechen. 1991 ließen Frankreich und Großbritannien ihre Bedenken fallen. Seitdem ist Greenpeace akzeptiertes Mitglied im Experten-Rat, dem „Panel of Experts“.

Die jahrelange Lobbyarbeit zahlte sich 1993 endlich aus, als die London-Konvention das seit 1983 geltende Moratorium für die Verklappung von Atommüll in ein endgültiges Verbot mit weltweiter Geltung umwandelte. Rémi Parmentier: „Nach einem Jahrzehnt der Konfrontation einigten sich die Vertragsstaaten im November 1993 auf eine Änderung der London-Konvention dahin gehend, dass die Versenkung von Industrieabfällen und die Verbrennung auf See und – mit

einer Mehrheitsentscheidung – die Versenkung von radioaktiven Abfällen verboten werden sollte. Die drei Änderungsanträge wurden geltendes Recht für die Vertragsstaaten der London-Konvention und des UNCLOS-Abkommens (Law of the Sea Convention) am 20. Februar 1994. Mit anderen Worten, sie sind in praktisch der ganzen Welt Gesetz.“⁷⁸

Giftmüll/Basel-Konvention

Als sich Greenpeace International Ende 1988 dazu entschloss, den internationalen Giftmüllschiebern das Handwerk zu legen, setzten die Umweltschützer ihre Hoffnung auf die Vereinten Nationen, die eine global geltende Konvention zum Thema in Arbeit hatten: das „Baseler Übereinkommen zur Kontrolle grenzüberschreitender Transporte gefährlicher Abfälle“. Um die Regierungen weltweit von der Notwendigkeit einer wirkungsvollen internationalen Konvention zu überzeugen, erstellte Greenpeace für die Sitzung der UNEP (United Nations Environmental Program, Umweltabteilung der UN)-Arbeitsgruppe im März 1989 eine Bestandsaufnahme über den internationalen Müllhandel, der zwischen 1986 und 1988 einen Umfang von mehr als sechs Millionen Tonnen Abfall umfasste.⁷⁹

Doch während der Verhandlungen in Basel wurde schnell deutlich, dass die Vertreter Japans, der USA und westeuropäischer Regierungen ihren Industrien den billigen Entsorgungsweg in die arme Welt freihalten wollten. Daraufhin verließen alle afrikanischen Delegierten unter Protest und ohne Unterschrift den Basler Verhandlungssaal. Sie entwickelten eine eigene Konvention über den Müllimport nach Afrika. Im Februar 1991 unterzeichneten alle 41 Mitglieder der Organisation Afrikanischer Staaten (OAU) in Malis Hauptstadt Bamako eine Konvention, die den Import von Abfällen aller Art nach Afrika verbietet. Die EG musste sich verpflichten, 69 afrikanische, karibische und pazifische Staaten (AKP-Gruppe) künftig von Mülleinfuhren zu verschonen. Das Verbot

⁷⁸⁾ Rémi Parmentier: Greenpeace and the Dumping of Waste at Sea: A case of Non-State-Actors' Intervention in International Affairs, in: International Negotiation 4, 1989, S. 439.

⁷⁹⁾ Jim Vallette und Andreas Bernstorff, Der internationale Müllhandel: Eine Bestandsaufnahme von Greenpeace, Basel 1989.



1992 sorgen Greenpeacer für den Rücktransport von illegalem Giftabfall aus Rumänien zu den deutschen Produzenten.

wurde als § 39 in dem wichtigen Finanz- und Handelsabkommen Lomé IV zwischen der EG und den ehemaligen Kolonien der heutigen EU-Staaten eingebaut.

Auch außerhalb Afrikas gab es für die Greenpeace-Giftmülldetektive genug zu tun. Unmittelbar nach der Öffnung seiner Grenzen zum Westen war Polen 1989 einer wahren Müllschwemme ausgesetzt. Zum ersten Mal arbeitete Greenpeace mit einer Staatsregierung zusammen. Warschau nahm nach kurzem Zögern das – stillschweigende – Kooperationsangebot der Umweltschützer an und sorgte dann von sich aus

für Transparenz. Erfolg: Polens Westgrenze war schließlich für Müllschieber so gut wie dicht. Die Giftströme wurden ins Baltikum, nach Weißrussland, in die Ukraine und nach Südosteuropa umdirigiert.

Greenpeace organisierte weltweit Rückholaktionen unter dem Motto „Return to Sender“, um die Öffentlichkeit für die Problematik zu sensibilisieren. Im September 1992 sammelten die Umweltschützer unter Anleitung von Andreas Bernstorff in Zusammenarbeit mit den zuständigen rumänischen Umweltbehörden in Sibiu (Hermannstadt) illegal verbrachte Abfälle ein und transportierten sie zurück nach Deutschland. Es handelte sich dabei um Insektizide und Beizmittel. Die Abfälle stammten von ehemaligen Staatsbetrieben der DDR, aber auch von der Firma Bayer.

Dazu erklärte Arnold Vaatz (CDU), Staatsminister für Umwelt und Landesentwicklung, am 13.10.1992 gegenüber dem Sächsi-

schen Landtag; „Erst mit der Lagerung, mit der offensichtlichen Entladung in Rumänien, bei deren Feststellung uns Greenpeace in dankenswerter Weise unterstützt hat, konnte die Entledigungsabsicht tatsächlich nachgewiesen werden.“⁸⁰

Der damalige Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) erinnerte sich 1996 an die Giftmüll-Rückholaktion: „Greenpeace war nicht ganz unbeteiligt daran, dass ich im April nach Sibiu (Hermannstadt) fuhr, um den Rücktransport von 430 Tonnen Giftmüll nach Deutschland zu veranlassen: Die Organisation hatte den Schmuggel nach Rumänien aufgedeckt. Die Fässer mit Altpestiziden waren teilweise aufgeplatzt oder durchgerostet. Die Rückholaktion war eine Entschuldigung für den illegalen Gifttransfer und der Beginn einer deutsch-rumänischen Kooperation auf den Gebieten Schadstoffemissionen und Gewässerqualität. Zugleich machten wir damit deutlich, dass wir Giftmüllexporte nicht dulden.“⁸¹

Anlässlich der fünften Basel-Vertragsstaatenkonferenz blickte Klaus Töpfer, mittlerweile UNEP-Direktor, auf die Entstehungsgeschichte der Basel-Konvention und auf seine eigene Beteiligung als damaliger deutscher Umweltminister zurück.

„Ich möchte aber auch unsere Freunde von Greenpeace erwähnen. Ich erinnere mich sehr gut an die Zeit vor zehn Jahren. Es war eine harte Zeit für einen Bundesumweltminister. Ich wurde für den illegalen Export giftiger Abfälle von Deutschland nach Rumänien angegriffen. Ich stand in der Kritik für abgelaufene Pestizide, die illegal als Handelsgut nach Albanien gegangen waren – und ich hatte die riesige Aufgabe, diesen Müll nach Deutschland zurückzubringen. Das war nur möglich durch die große öffentliche Unterstützung.“⁸²

Für die von Töpfer erwähnte Rückholaktion aus Albanien erhielt Greenpeace sogar richterliches Lob (siehe auch Abschnitt 1.1.). Zeitgleich zu der Aktion im März 1994 beschlossen die Teilnehmerstaaten der Basel-

⁸⁰ Sächsischer Landtag, 1. Wahlperiode – 53. Sitzung, 13.10.1992, Drucksache S. 3659.

⁸¹ Greenpeace Magazin, 3/96, S. 48.

⁸² UNEP Executive Director Klaus Töpfer's Speech at the Ministerial Segment of the 5th Conference of the Parties to the Basel Convention, Basel, 9.12.1999.

Konvention ein ausnahmsloses Verbot für alle Giftmüllexporte aus reichen Industrieländern nach Osteuropa und in die so genannte Dritte Welt. Exporte zum Zweck des Recyclings unterlagen ab sofort einer strengen Überwachung und waren ab 1998 ganz verboten.

Dass er die Basler Konvention für einen großen Erfolg hält, betonte Klaus Töpfer bei seiner Rede 1999 ausdrücklich: „Die Konvention (...) bewies in diesen zehn Jahren, dass sie von Vorteil für die Qualität der Problemlösung und für die Handlungsweise weltweit ist. Sie arbeitet in einem offenen, sehr transparenten Prozess, schließt alle Nationen auf gleicher Höhe ein und umfasst alle Teile der Gesellschaft: Nichtregierungsorganisationen, Industrie, Wissenschaft, Handel u.a. Und die Konvention, die Basel-Konvention, beweist und wird in der Zukunft beweisen, dass die Globalisierung notwendigerweise mit einer neuen Kultur der Solidarität verbunden sein muss, mit Respekt für regionale Eigenheiten und mit Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen.“

Nach dem Verbot der Hochseeverbrennung und der Meeresverklappung durch die London-Konvention ist dank der Basel-Konvention auch das „Recycling-Schlupfloch“ für Giftmüllexporte geschlossen, was ihr globale Bedeutung verleiht. Damit können Müllvermeidung und Entgiftung der Produktion verstärkt durchgesetzt werden. Die Industrien der reichen Länder werden gezwungen, mehr Verantwortung und die Folgekosten auf sich zu nehmen, anstatt sie an Schwächere weiterzureichen.⁸³

Dass Greenpeace auf die Entstehung der genannten zwei Konventionen einwirken konnte, steht für Britta Meinke, die mit ihrer Dissertation „Mehrebenenregulierung durch internationale Umweltregime“ eine der zentralen Arbeiten zu dem Themenkomplex verfasst hat, außer Frage: „Die Umweltschutzorganisation nahm nicht nur an den Verhand-

lungen der Londoner und Baseler Konvention teil, sondern war auch zu den Vertragsstaatensitzungen regionaler Regime zugelassen. So gelang es ihr nicht nur, die Einbringungsproblematik mit der grenzüberschreitenden Abfallproblematik zu verknüpfen, sondern auch, an der ‚Politik des koordinierten Alleingangs‘ in beiden Problemfeldern entscheidend mitzuwirken. Dass Greenpeace an der Verbreitung der Verbotspolitik für das Einbringen, Verbrennen der Seebettbeseitigung und die Einfuhr von gefährlichen Abfällen auf der regionalen Ebene beteiligt gewesen sein muss, zeigt sich daran, dass in fast allen Regimen, in denen diese Politiken als Reaktionen auf die Annahme der globalen Baseler Konvention vereinbart wurden, die Bamako-Konvention als Modell herangezogen wurde.“⁸⁴ Meinke hält es für „geradezu bezeichnend, dass Greenpeace, eine NGO mit weltweit 24 nationalen Büros, einer internationalen ‚Ocean Dumping Campaign‘ und einer ‚Toxic Waste Trade Campaign‘ und einem Beobachterstatus für die Verhandlungsprozesse der meisten regionalen Regime im Problemfeld ‚Einbringen von Abfällen auf See‘ und ‚Grenzüberschreitende Verbringung von gefährlichen Abfällen‘, von einer ‚Klonung von Bamako‘ sprach und den horizontalen Diffusionsprozess so offensichtlich beim Namen zu nennen wusste. Bei einer Beurteilung der Bedeutung zentraler Akteure muss also auch dem Umstand Rechnung getragen werden, dass einige von ihnen aufgrund ihres unterschiedlichen Zugangs zu Entscheidungsforen im Orwellschen Sinne ‚zentraler als zentral‘ sein können.“⁸⁵

Diuron und der Grundwasserschutz

Erfolg für den Greenpeace-Einsatz für giftfreies Grundwasser: Mitte April 1996 entschied die Biologische Bundesanstalt (BBA) in Braunschweig, zuständig für die Zulassung von Pestiziden, das Pflanzengift Diuron dürfe nicht weiter als Unkrautkiller auf Bahn-

⁸³⁾ Andreas Bernstorff, Global denken – Global handeln: Eine Bilanz der Giftexport-Kampagne, in: Das Greenpeace Buch, hrsg. von Greenpeace, München 1996, S. 138-151.

⁸⁴⁾ Britta Meinke, Mehrebenenregulierung durch internationale Umweltregime. Die Entstehung und Weiterentwicklung der globalen und regionalen Umweltregime in den Problemfeldern „Einbringen von Abfällen und Stoffen auf See“ und „Grenzüberschreitende Verbringung von gefährlichen Abfällen“. Dissertation, Berlin, November 1999, S. 391.

⁸⁵⁾ Ebenda, S. 392.

gleisen eingesetzt werden. Die Deutsche Bahn AG hatte regelmäßig Diuron auf ihren Gleisanlagen versprüht und musste diese Praxis nun einstellen. „Ein wichtiger Teilerfolg in Sachen Wasserschutz ist damit erreicht“, erklärte Wasser-Experte Jörg Naumann von Greenpeace. Das ganze Jahr über „bearbeiteten“ die Greenpeace-Gruppen mit Nachdruck weitere Diuron-Kunden. Sie durchforsteten Bau- und Gartencenter nach diuronhaltigen Mitteln und brachten immer mehr Händler dazu, die Gifte aus ihren Regalen zu entfernen – darunter die Kaufhauskette Karstadt und die Baumarktketten Obi, Praktiker und Stinnes.

Darüber hinaus stiegen 1996 acht Pestizidhersteller aus der Produktion diuronhaltiger Pflanzengifte aus und orderten keinen Nachschub bei Bayer. Jörg Naumann war zuversichtlich: „Unsere Aufklärungsarbeit führt dazu, dass bald niemand mehr das Gift kauft“⁸⁶.

Als die für die Zulassung von Pestiziden zuständige Biologische Bundesanstalt (BBA) in Braunschweig im Jahr 2000 die Wiederzulassung von Diuron vorschlug, „scheiterte das Vorhaben an Greenpeace, Landesregierungen und Wasserwerken“, wie die Süddeutsche Zeitung mitteilte.⁸⁷

Die Deutsche Bahn – 1996 Greenpeace-Gegner beim Streit um das Pflanzengift Diuron, das die Bahn auf den Gleisen einsetzte – setzte trotzdem auf Spitzengespräche mit den Umweltverbänden. Die Einladung dazu erfolgte am 29. November 2001.

Um mehr Wasserschutz durchzusetzen, musste Greenpeace zähe Hintergrundarbeit auf politischem Parkett leisten. Das Europäische Parlament hatte 1994 – nach Lobbyarbeit von Greenpeace – gegen den damals neuen Anhang VI der EU-Pflanzenschutzrichtlinie geklagt, der die Zulassungsbedingungen für Pestizide regelte. Der neue Anhang hätte zur Folge gehabt, dass nur rund zehn Prozent des Grundwassers in Europa vor Pestizidbelastungen geschützt gewesen wären. Im Juni 1996 fielte der Europäische Gerichtshof in Luxemburg dann das Urteil: Er erklärte den

umstrittenen Anhang für ungültig – eine wichtige Entscheidung zum Schutz des Grundwassers.

Zur sechsten Novelle des deutschen Wasserhaushaltsgesetzes leistete Greenpeace ebenfalls politische Überzeugungsarbeit. Die vom Bundesrat und der Bundesregierung vorgelegte Version beinhaltete eine Aufweichung bestehender Umweltschutzstandards und einen klaren Rückschritt für den Schutz der Gewässer. Greenpeace setzte sich dafür ein, dass der Vermittlungsausschuss schärfere Schutzbestimmungen formulierte. Im November 1996 wurde das Gesetz dann in nachgebesserter Form verabschiedet.

Die Gebühren des Umweltinformationsgesetzes

Mit den Gebühren des Umweltinformationsgesetzes hat sich Manfred Redelfs, der Leiter der Greenpeace-Recherche-Abteilung, befasst und schließlich erreicht, dass die Gebührenverordnung für Bürgeranfragen in Niedersachsen drastisch gesenkt werden mussten. Mit dem Umweltinformationsgesetz (UIG) wurde 1994 die in deutschen Behörden übliche „Amtverschwiegenheit“ zumindest für Umweltbelange von der Regel zur begründungsbedürftigen Ausnahme⁸⁸. Das Umweltinformationsgesetz gibt Bürgern in ganz Europa das Recht, von Behörden Auskünfte über Umweltdaten im weitesten Sinne zu erfragen. Mehr Transparenz bei Verwaltungsvorgängen stärkt nicht nur die demokratischen Mitwirkungsrechte der Öffentlichkeit. Sie trägt auch dazu bei, den Kontakt zu den Bürgern zu verbessern und damit letzten Endes die Akzeptanz für das Handeln der Verwaltungen zu erhöhen. Außerdem kann nur eine informierte Öffentlichkeit ihre Beteiligungsrechte wirkungsvoll wahrnehmen.

Doch die Tücke steckt im Detail. Die Befürchtung der Autoren Schomerus, Schrader und Wegener in ihrem Vorwort zum Gesetzeskommentar UIG erwies sich als berechtigt: „Besonders anfänglich mag die vermehrte Nachfrage nach Umweltinformationen auch

⁸⁶) Greenpeace Jahresrückblick 1996, S. 30.

⁸⁷) SZ, ohne Datum (2001), Ein Blumenbinder in der Rolle des Michael Kohlhaas.

⁸⁸) Zusammenfassung aus der Tagungsdokumentation „Die transparente Verwaltung“, 5. Juli 2002, Humboldt-Universität zu Berlin.

als Störung eines bis dahin von Zugangsge-suchten unbehelligten Behördenalltags begrif-fen werden.“ Viele Behörden sahen in dem Recht, für die Bearbeitung von Anfragen eine Gebühr zu erheben, eine willkommene Abwehrmaßnahme für die Bürgeranfragen.

So antwortete der Landkreis Cuxhaven auf eine Anfrage zu Umweltdaten: „Unter Anwen-dung der Allgemeinen Gebührenordnung müsste wegen der außergewöhnlich aufwän-digen Maßnahmen eine Gebühr von mindes-tens 1.220 Euro festgesetzt werden. Ich den-ke, dass angesichts dieses Kostenbetrages Ihre Anfrage als erledigt anzusehen ist.“

Im Landkreis Vechta zeigt sich, dass die Höhe der erhobenen Gebühr mit der politi-schen Brisanz der erfragten Information kor-relierte. Greenpeace wollte 2001 von den Bau-ämtern im Regierungsbezirk Weser-Ems die Zahl der Neubauanträge für Massentierhal-tungsanlagen erfragen, aufgeschlüsselt nach Tierarten, Gemeinden und geplanten Tier-zahlen. Der Landkreis mit der höchsten Kon-zentration von Massentierhaltung in ganz Eu-ropa zierte sich, Angaben zu geplanten neuen Mastställen öffentlich zu machen, und ver-langte zunächst Gebühren von 5.600 DM (2.600 Euro). Denn auch im Sommer 2002 sah die Niedersächsische Gebührenordnung Höchstsätze von bis zu 6.130 Euro für die Be-arbeitung von Anfragen vor.

Greenpeace erhob gegen den Kostenbe-scheid aus Vechta Widerspruch und reichte eine Beschwerde bei der EU-Kommission ein, um wegen der Gebührensätze für UIG-Anträ-ge in Niedersachsen ein Vertragsverletzungs-verfahren gegen die Bundesrepublik Deutsch-land anzustrengen. Damit wurde die Umwelt-organisation zum Vertreter vieler Niedersach-sen, die sich durch zu hohe Gebühren sicher-lich von ihren berechtigten Anfragen zu Trinkwasserqualität oder Altlasten abge-schreckt gefühlt hätten. Angesichts dieses Drucks änderte das Land Niedersachsen zum 1. Juli 2002 endlich seine Gebührenordnung, woraufhin auch die Forderung gegen Green-peace auf die neue Höchstgebühr von 500 Euro reduziert wurde. Das Engagement von Greenpeace hat sich darüber hinaus aus zwei Gründen gelohnt. Denn hätte man die Bürger-

anfragen mit Mammutgebühren zum Schwe-igen gebracht, wäre das Gesetz gescheitert.

Dabei kann die Auskunftspflicht ein Schutz gegen Bestechung im Amt sein. Die Nichtregierungsorganisation „Transparency International“, die sich u.a. der Bekämpfung der Korruption verschrieben hat, weist darauf hin, dass die Länder mit der größten Trans-parenz auf dem Korruptions-Länder-Index am besten abschneiden.

Zum Zweiten zeigt sich, dass durch die Behördentransparenz Vollzugsdefizite im staatlichen Umweltschutz überhaupt erst auf-fallen. Auf die Anfrage an das Umweltminis-terium Schleswig-Holstein nach einer Liste der Firmen mit Störfallplan, u.a. mit Anga-ben zu potenziell gefährlichen Stoffen, schrieb das Ministerium lapidar zurück, die Zahlen seien nicht bekannt, und spielte den Ball zurück: „Falls Sie über weitere Informationen, die Verpflichtung aus § 11a betreffend, verfü-gen, bin ich für eine Unterrichtung dankbar.“

1.4 Anstöße in Wissenschaft und Technik

Auch hier ist nur eine Auswahl der techni-schen Innovationen dargestellt, die Green-peace auf den Weg gebracht hat. Der Green-freeze ist bereits beschrieben, und seit 2001 kämpft Greenpeace um die Einführung eines Dieselfilters für gebrauchte Dieselfahrzeuge. Diese Kampagne ist noch nicht abgeschlos-sen und bleibt daher unerwähnt.

Auf dem Weg zum chlorfreien Papier: „Das Plagiat“

Nach langen Vorarbeiten und technischen Recherchen in Zusammenarbeit mit aufge-schlossenen Papierherstellern gelang es Green-peace 1990, dünnes Kraftzellstoff enthalten-des Tiefdruckpapier für Massendruck-Objek-te aus chlorfreiem Zellstoff herzustellen. Allerdings war die Reaktion der deutschen Zeitungsverlage ernüchternd. Daraufhin be-schloss Greenpeace, selbst solches Papier pro-duzieren zu lassen. Im Herbst 1990 erklärte sich der Papierhersteller Haindl bereit, das Papier für ein Plagiat des Nachrichten-Maga-



1991 gibt Greenpeace ein Plagiat des Magazins 'Spiegel' heraus, der ersten Tiefdruckzeitschrift auf chlorfreiem Papier.

zins „Der Spiegel“ in seiner Duisburger Fabrik zu fertigen, von wo auch der echte „Spiegel“ einen Teil seines Tiefdruckpapiers bezieht.

Am 1. März 1991 wurde „Das Plagiat“ in einer Aktion vor dem Verlagshaus des „Spiegels“ der Öffentlichkeit präsentiert: Das erste Tiefdruckpapier der Welt aus chlorfrei gebleichtem Kraftzellstoff war nur unmerklich weniger weiß als das Original. Bedruckbarkeit und Festigkeit des Papiers waren so gut wie beim Original. Innerhalb der nächsten Wochen und Monate wurde es national und international als industrielle Lösung bei Papier- und Zellstoffindustrie, Grafikern, Verlagen, Druckereien und Werbeagenturen bekannt.

Im Laufe des folgenden Jahres gewann Papier aus chlorfreiem Zellstoff in allen Bereichen gewaltig Marktanteile. Zum Jahresende verkündeten „Spiegel“ und „Stern“, dass ab sofort nur noch auf Papier aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff gedruckt werde. Auch „Profil“ in Österreich schloss sich an.

Ein solch großer Kampagnenerfolg ist nicht mit einer einzelnen Aktion zu erringen. Seit 1989 hatte Greenpeace versucht, die weltweiten Papiermärkte zu beeinflussen.

Dabei sorgte die Umweltorganisation noch für zwei weitere Weltpremieren: Der weltweit ersten Zeitschrift auf chlorfreiem Offsetpapier (Greenpeace Magazin 1989) und dem chlorfreien Tiefdruckpapier (Plagiat) folgte im November 1991 das Greenpeace Papier-Dossier, die erste Broschüre der Welt auf chlorfreiem Tiefdruckpapier mit 40 Prozent Altpapieranteil.⁸⁹

Zehn Jahre nach dem „Plagiat“ wies Bundespräsident Rau im Rahmen der Verleihung des Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland an Thilo Bode auf das erste Positiv-Projekt der Umweltorganisation hin: „So schaffte Greenpeace 1991 mit der Präsentation der weltweiten Tiefdruckzeitung auf chlorfreiem Papier, einem ‚Plagiat‘ des Nachrichtenmagazins ‚Der Spiegel‘, den Papiermarkt der Bundesrepublik zu verändern.“⁹⁰ (Siehe auch Abschnitt 5.)

SmILE

Die Erde heizt sich auf: Der Autoverkehr mit seinem horrenden CO₂-Ausstoß ist eine der Hauptursachen und mitverantwortlich für die globale Klimaveränderung. Trotzdem lag der Benzinverbrauch in der Bundesrepublik 1995 schon 25 Jahre unverändert bei zehn Litern auf 100 Kilometer, „ein Offenbarungseid umweltpolitischer Verantwortungslosigkeit der Industrie“, wie Greenpeace-Experte Wolfgang Lohbeck kommentierte.⁹¹ Seit Jahren versprachen die deutschen Autohersteller die Produktion eines so genannten Drei-Liter-Autos, doch die Einführung wurde immer wieder verschoben. Da die Automobilindustrie untätig blieb, eröffnete Greenpeace den Wettbewerb um das Sparmobil.

SmILE heißt das Konzept (Small, Intelligent, Light, Efficient), herkömmliche Serienfahrzeuge mit wenig Aufwand in Sparautos zu verwandeln. Am Beispiel des Renault Twingo zeigte Greenpeace, wie es sich in der Praxis umsetzen lässt. In rund zwei Jahren bauten Tüftler der Schweizer Motorenschmiede Wenko im Auftrag der Umweltschutzorgani-

⁸⁹⁾ Greenpeace Jahresrückblick 1991, S. 8.

⁹⁰⁾ Begründung für die Verleihung des Verdienstkreuzes 1. Klasse, des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Dr. Thilo Bode am 7.9.2001.

⁹¹⁾ Greenpeace Jahresrückblick 1995, S. 33.

sation das Fahrzeug um. Der Twingo SmILE hat im Vergleich zum Ausgangsmodell 160 Kilogramm abgespeckt, seine Karosserie ist aerodynamischer gestaltet. Unter der Motorhaube verbirgt sich statt eines Vierzylinder-Aggregats ein viel kleinerer Zweizylinder-Boxermotor mit 360 Kubikzentimetern Hubraum, dem ein „Comprex“-Auflader zu 50 PS Leistung verhilft.

Bei der SmILE-Premiere im schweizerischen Luzern Mitte August 1996 beweist Greenpeace, dass sich der Spritverbrauch bei fast allen Serienautos problemlos halbieren lässt. Die Vergleichsfahrt mit einem herkömmlichen Renault Twingo, einem Ford Escort und einem VW Polo gewinnt der SmILE souverän mit einem Verbrauch von nur 3,2 Litern Benzin auf 100 Kilometern.

Im September 1996 wird der SmILE aus der Schweiz nach Bonn vor die Tür von Bundesverkehrsminister Wissmann (CDU) gefahren. Spontan steigt der Minister zu einer Probefahrt ein und lobt den Wagen nach der Spritztour ausdrücklich.

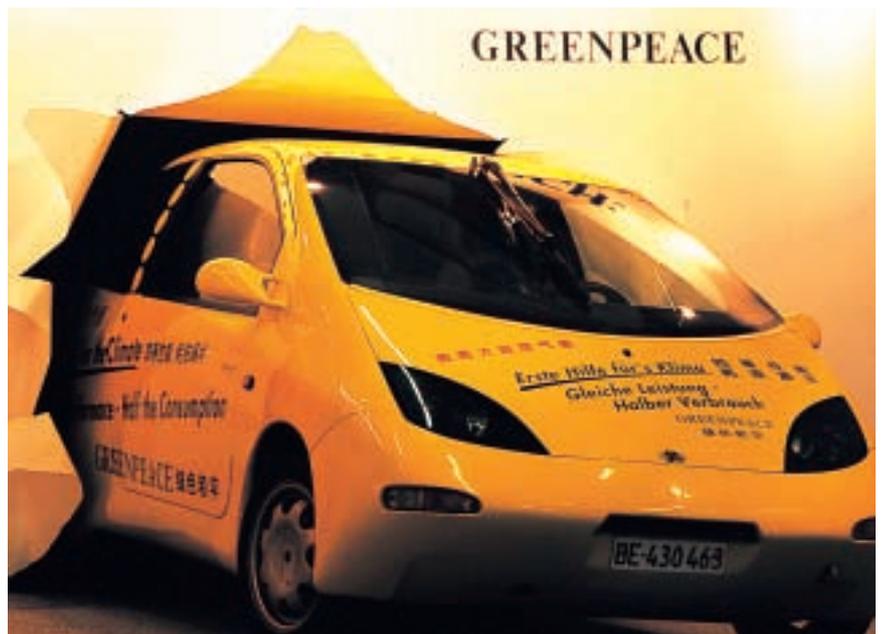
Am 21.1.1997 erhalten das Entwicklungsteam des Fahrzeugkonzeptes Twingo SmILE, das aus dem Jungunternehmen Wenko AG swissauto, Burgdorf, den Firmen Esoro AG, Glattbrugg, und BRM Design AG, Brugg/Biel, besteht, sowie die Umweltorganisation Greenpeace, die das Konzept in Auftrag gegeben hatte, den Schweizer Innovationspreis 1996.

Die Idée-Suisse – Schweizer Gesellschaft für Ideen- und Innovationsmanagement mit Geschäftsstelle im Technopark Zürich – verleiht seit 1985 den ‚Schweizer Innovationspreis zur Förderung der wirtschaftlichen Zukunftschancen‘.

Laut Idée-Suisse Präsident Dr. Olaf J. Böhme erhalten Entwickler und Auftraggeber die Auszeichnung als Anerkennung für ein Fahrzeugkonzept, das prinzipiell auf alle Benzinmotorfahrzeuge anwendbar ist: Senkung des Treibstoffverbrauchs und des damit verbundenen Ausstoßes an Kohlendioxid (CO₂), um die drohende Klimakatastrophe zu verhindern oder zumindest zu bremsen. In seiner

Laudatio lobte Prof. Lino Guzzella vom Institut für Energietechnik und Laboratorium für Verbrennungsmotoren und Verbrennungstechnik der ETH Zürich den Twingo SmILE als zukunftsweisendes Konzept.⁹²

Die Autoindustrie jedoch ignoriert dieses Konzept weitgehend. Erst im November 1998 bestätigt mit Audi ein großer deutscher Autohersteller, dass die SmILE-Technik zur Benzineinsparung der erfolgversprechendste Weg sei. „Der Trend für den Ottomotor der Zukunft geht ganz sicher hin zur Hubraumreduzierung und zur Aufladung“, gibt Audi auf einer Fachtagung in Essen bekannt.⁹³



Eine weitere Auszeichnung verleihen die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und das österreichische Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft dem Projekt „SmILE Fuel Efficiency Technology/Greenpeace“ im Oktober 2000 im Rahmen einer Konferenz über ökologisch nachhaltigen Transport Est! (environmentally sustainable transport) in der Kategorie „International Best Practices Competition“. In der Urkunde heißt es:

SmILE, ein im Auftrag von Greenpeace umgebauter Renault, auf der IAA 1997 in Frankfurt: 3,2 Liter/100 km

⁹²⁾ Pressecommuniqué der Idée Suisse, 21.1.1997.

⁹³⁾ Greenpeace Jahresrückblick 1998, S.35.

„Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und das OECD-Umwelt-Direktorium erkennen dieses Projekt als Beitrag zu umweltfreundlich nachhaltigem Transport an und drücken ihren herzlichen Dank an die Projekt-Entwickler für ihr hingebungsvolles Engagement aus.“

Cyrus und die Solar-Kampagne

Die kleine deutsche Photovoltaik-Branche, auf der viele Hoffnungen ruhten, traf Ende des Jahres 1995 ein schwerer Schlag. Die Angewandte Solarenergie GmbH (ASE), in der seit Januar 1994 die Solaraktivitäten von Nukem (RWE) und DASA-Solartechnik gebündelt worden waren, gab ihren Standort in Wedel auf. Die hochsubventionierte und -entwickelte Produktion wurde in die USA verlagert. Die hohen Lohnnebenkosten und der Rückgang öffentlicher Forschungsgelder in Deutschland und die angeblich fehlende Nachfrage dienten zur Begründung für diesen Schritt. Die Solarbranche schien ihre Zukunft schon hinter sich zu haben.

Aktion von Greenpeace beim Bonner Wirtschaftsministerium 1996: Cyrus schafft Arbeitsplätze!



Doch dann startete Greenpeace seine Solar-Kampagne, und für die Photovoltaik-Technologie brach eine neue Gründerzeit an. In der Jubiläumsausgabe des Fachblatts „Sonne Wind & Wärme“ hieß es dazu: „Doch gegen diese Depression stemmte sich als einer der ersten Greenpeace. Die Umweltaktivisten starteten im November die ‚Cyrus-Kampagne‘ mit dem Ziel, 2-kWp-Anlagen zum Festpreis von 25.490 DM (einschließlich Montage und Mwst) anzubieten und dadurch die Nachfrage anzukurbeln. Diese Summe lag um etwa 30 Prozent unter den bis dahin üblichen Preisen – eine Provokation der Branche, die sofort lautstark protestierte.“⁹⁴

Die Greenpeace-Kampagne bewirkte, dass innerhalb weniger Monate Tausende ihr Interesse an einer preisgünstigen Solaranlage mit Kaufabsichtserklärungen bekundeten. Damit konnte Greenpeace die Argumentation der Stromkonzerne widerlegen, die stur behaupteten, die Produktion von Solaranlagen sei viel zu teuer, die Nachfrage in Deutschland zu gering.

Zwar pendelte sich der Durchschnittspreis für eine PV-Anlage bis Ende 1997 auf knapp über 30.000 DM ein, aber: „Greenpeace hatte nicht nur wie üblich in den Medien und im politischen Sektor Aufsehen erregt, sondern auch eine Kostensenkung bewirkt.“ Obwohl die Förderung in dieser Zeit geringer ausfiel als in den Vorjahren, kam es 1996 zu einer Verdopplung des Marktvolumens von PV-Anlagen. Für „Sonne, Wind & Wärme“ ist dieser „enorme Anstieg nur durch einen positiven Stimmungsumschwung zu erklären. Vermutlich haben drei Faktoren dabei eine Rolle gespielt: Die durch Greenpeace gestartete Cyrus-Kampagne, die bundesweiten Initiativen des SFV (Solarenergie-Fördervereins) zugunsten der kostendeckenden Vergütung und die unternehmerischen Aktivitäten der genannten mittelständischen Unternehmer.“

Auch Adolf Edelmann, Geschäftsführer des Solargroßhandels AET im Saarland, stellte fest, es habe 1996 „ein erstaunlich großes Interesse an Photovoltaik in den überregiona-

⁹⁴⁾ Jubiläumsausgabe 2001 Sonne Wind & Wärme, Die Gründerzeit der Photovoltaik, S. 94.

len Medien“ gegeben. Dafür hätten vor allem Greenpeace und die durch die Kampagne gesteigerte Nachfrage gesorgt.⁹⁵ Von Beginn der Aktivitäten bis 1997 hatte sich der Markt für Solarstrom trotz der rückschrittlichen Bonner Energiepolitik mehr als verdreifacht.

Aber die politischen Entscheidungen gefährdeten nicht nur die Umwelt, sondern auch Tausende von Arbeitsplätzen. So protestierte Greenpeace 1997 heftig gegen die geplanten Änderungen des Stromeinspeisegesetzes und die Novellierung des Energierechtes ohne Vorrangregelung für erneuerbare Energien. Die Umweltschutzorganisation rechnete der Bundesregierung in einer Studie vor, dass mit einem Markteinführungsprogramm für Photovoltaik und Windenergie durch Erhöhung der Strompreise um nur 0,125 Cent pro Kilowattstunde über 20.000 Arbeitsplätze allein durch den Absatz auf dem innerdeutschen Markt neu entstehen würden.

„Entsprechend dieser Chance für den Arbeitsmarkt und die Umwelt gleichermaßen fordern inzwischen mehrere Verbände und Organisationen, unter anderem auch der VDMA (Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau), eine Festschreibung der Einspeisevergütung an der Küste und eine Erhöhung der Vergütung im Binnenland für die Windenergie.“⁹⁶

Greenpeace selbst ging in puncto Solarenergie mit gutem Beispiel voran: Eine 80 Quadratmeter große Solarfassade ziert das Lager im Hamburger Hafen und liefert jährlich rund 5.000 Kilowattstunden Strom – genug für die gesamte Beleuchtung des Hauses. Die Solarstromanlage wurde von der Hamburger Umweltbehörde mit 88.000 DM bezuschusst. „Wir bezuschussen damit das erste Fassadenkraftwerk in Hamburg“, erläuterte Lutz Jahn von der Abteilung Energiepolitik und Wasserversorgung der Umweltbehörde, der damals 1,5 Millionen Mark zur

Förderung von Projekten auf dem Innovationssektor zur Verfügung standen.⁹⁷

Im Juli 1995 zeigte sich Bundesbauminister Klaus Töpfer bei einem Besuch beeindruckt. Nicht nur bei den damals in Planung befindlichen Berliner Neubauten der Bundesregierung, sondern bei allen größeren Bauvorhaben bietet es sich an, auf teure Marmorfassaden zu verzichten und dafür Solarfassaden zu bauen. „Das Interesse an so einer image-trächtigen Fassade ist groß“, berichtete Sven Teske, mit zuständig für das Greenpeace-Solarprojekt. „Banken, Kaufhausketten und andere Unternehmen erkundigen sich bei uns. Aber der Preis schreckt viele.“⁹⁸

Auch in dem Lehrbuch „Natur bewusst“ vom Westmann Schulbuchverlag dient die Greenpeace-Solarfassade als Vorbild. In dem Kapitel über erneuerbare Energieträger, in dem unter anderem die Funktionsweise von Solarzellen erklärt wird, dient ein Foto vom Hamburger Lager zu Verdeutlichung.⁹⁹

1.5 Greenpeace in der DDR

In einem Bericht der Europäischen Kommission zum Transformationsprozess in den autoritären Regimen Zentral- und Osteuropas¹⁰⁰ wird nicht nur den namhaften Dissidenten wie Havel oder Konrad eine wesentliche Rolle zugesprochen. Sie waren nicht die einzigen Vordenker der Zivilgesellschaft in Osteuropa. Da die kommunistischen Regierungen keine Themen zur Sprache brachten, die das tägliche Leben der Menschen berührten, entstanden Bürgergruppen im Bereich des Umweltschutzes, der Kultur und der Friedensbewegung. Besonders die Zusammenarbeit der Friedens- und Umweltschutzgruppen in Ost und West hat zu einer Verschmelzung der westlichen Ideen der sozialen Bewegungen mit den osteuropäischen Ansät-

⁹⁵ Jubiläumsausgabe 2001 Sonne Wind & Wärme, S. 95f.

⁹⁶ Wind-Kraft Journal 3/97, S. 12, Greenpeace: Heftiger Protest gegen die Änderungspläne des Stromeinspeisegesetzes und die Novellierung des Energierechtes ohne Vorrangregelung für erneuerbare Energien.

⁹⁷ Die Welt, ca. 1995, Artikel liegt vor.

⁹⁸ Spiegel Spezial 7/95, S. 106.

⁹⁹ Natur bewusst 2.1, Natur – Umwelt – Technik, Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig 2000, S. 160.

¹⁰⁰ Evaluation of the Phare and Tacis Democracy Program 1992–1997.

**August 1983:
Erste Greenpeace-Aktion mit
einem Heißluftballon in der
DDR gegen Atomwaffen.**



zen geführt und so die heutige Bedeutung des Begriffs der Bürgergesellschaft entscheiden mitgeprägt.

Ein Lob der EU-Kommission, das sich auch Greenpeace ans Revers heften kann. Die erste Greenpeace-Aktion im Ostblock fand 1982 statt. Damals protestierte das Greenpeace-Schiff „Sirius“ im Leningrader Hafen gegen russische Atomwaffenversuche. Die erste Aktion in bzw. über der DDR lief am 28. August 1983, als der Heißluftballon „Trinity“ von West-Berlin aus in die DDR flog. Der Überflug sollte die grenzüberschreitende Gefahr von atomaren Waffen verdeutlichen und war für die SED eine Überraschung. Bisher hatte man die Umweltorganisation für eigene Zwecke nutzen können, weil sie sich auf Protestaktionen gegen Atomrüstung, Atomwaffentests und Umweltzerstörung in den westlichen Ländern beschränkte.¹⁰¹ Nun wurde sie zur Gefahr für den totalitären deutschen Staat, weil sie auf dem Informa-

tionsrecht der Bürger, auf Schutz vor Umweltgefahren und auf dem Recht zum friedlichen Protest bestand. Daher schleuste die Staatssicherheit ab Mitte der achtziger Jahre Spitzel in die Umweltorganisation ein. Für wie gefährlich sie die friedlichen Umwelt-Aktivisten aus dem Westen hielt, geht aus folgenden Dokumenten hervor.

Greenpeace war Feind. In der Richtlinie 1/76 (GVS MfS 0008-100/76) ging es um die Entwicklung und Bearbeitung operativer Vorgänge¹⁰². Unter 2.6.2. Formen; Mittel und Methoden der Zersetzung heißt es: „Bewährte anzuwendende Formen der Zersetzung sind: systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens und des Prestiges auf der Grundlage miteinander verbundener wahrer, überprüfbarer und diskreditierender sowie unwahrer, glaubhafter, nicht widerlegbarer und damit ebenfalls diskreditierender Angaben (...) zielstrebige Untergrabung von Überzeugungen im Zusammenhang mit be-

¹⁰¹) Greenpeace in der DDR / Uwe Bastian / edition ost“

¹⁰²) ebenda

stimmten Idealen, Vorbildern usw. und die Erzeugung von Zweifeln an der persönlichen Perspektive, Erzeugen von Misstrauen und gegenseitigen Verdächtigungen innerhalb von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen.“

In einem Schreiben des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Hauptabteilung XVIII vom 16. Mai 1988 steht¹⁰³: „Weitere Qualifizierung der Führung, Leitung und Organisation der politisch-operativen Abwehrarbeit auf dem Gebiet von Umweltschutz und Wasserwirtschaft zur vorbeugenden Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung feindlicher Angriffe.“

Der Bereich Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR ist zunehmend Angriffen feindlich-negativer Kräfte unter Ausnutzung real existierender brisanter Umweltprobleme ausgesetzt.

Insbesondere durch (...) staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen und Organisationen des Operationsgebietes, wie

- Umweltbundesamt Westberlin,
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Westberlin,
- Arbeitskreis ‚Kirche im Sozialismus‘ Westberlin,
- Greenpeace Deutschland, Sitz Hamburg, Kontaktgruppe Westberlin
- Hanns-Seidel-Stiftung“

Dr. Alfred Kleine, Generalleutnant und Chef der Stasi-Wirtschaftsabteilung (HA XVIII) gab im Februar 1989 noch sehr konkrete Anweisung zur Bekämpfung von Greenpeace: „Schwerpunktmäßig die Realisierung folgender Zielstellungen:

1. (...)
2. Aufklärung und wirksame Verhinderung subversiver Handlungen, spektakulärer Aktionen sowie staatlich nicht genehmigter Aktivitäten von „Greenpeace“ als Organisation bzw. einzelner Mitarbeiter/Mitglieder/Sympathisanten.
3. Aufklärung, operative Kontrolle und Zurückdrängung des Auf- und Ausbaues inoffizieller Kontakte von „Greenpeace“ zu negativ feindlichen Kräften, vor allem in so genannten staatlich unabhängigen Friedens-/Ökokreisen/-gruppen in der DDR durch den Einsatz geeigneter politisch operativer Kräfte und Mittel.(...)
4. (...)
5. Verhinderung des Zuganges zu geheim zu haltenden Umweltdaten.“

Doch die Ostdeutschen waren nicht mehr zu bremsen. Trotz der Stasi und drohender Repressalien hatten auf einen Rundbrief an 20.000 zufällig ausgewählte DDR-Bürger viele an Greenpeace geschrieben und das Engagement gelobt. Und der Spuk war im November 1989 vorbei.

¹⁰³) Dokument 2 der edition ost

2. Greenpeace im gemeinnützigen Dienst der Gesellschaft

2.1 Ehrenamt

In Rahmen der Debatte um die Rolle von Non-profit-Organisationen in den Bürgergesellschaften des 21. Jahrhunderts¹⁰⁴ geht es immer wieder auch um die Bedeutung ehrenamtlicher Arbeit. Der Wissenschaftler Rudolph Bauer schreibt dazu:

„Nonprofit-Organisationen stellen eine Antwort auf den gesellschaftlichen Wandel dar. Sie bilden organisatorische Reaktionsformen, die durch soziale und kulturelle Heterogenität hervorgerufen werden. (...) Ihre Funktion beschränkt sich darauf, in den desintegrativen Stürmen gesellschaftlicher Spannungen und Spaltungen eine Art von integrativen ‚Rettungsinseln‘ bereitzustellen, welche soziale Kohäsion und die Bildung von assoziativer Homogenität und Stabilität erlauben. Zivilgesellschaftliche Gestaltungsperspektiven, die über den engeren Horizont der satzungsmäßigen Organisationsziele hinausreichen, haben und finden keine Chancen.“ Der US-Außenstaatssekretär Timothy Wirth bestätigt dies¹⁰⁵: „Der wachsende Einfluss von Basisinitiativen ist neben der Internationalisierung die zweite Herausforderung für das bisherige Konzept von Politik. Es gibt einen enormen Druck zur Dezentralisierung von Politik (...) Graswurzel-Bewegungen sind der Politikstil der Zukunft. Manche Leute glauben, diese Gruppen seien eine Marotte der UNO. Doch es gibt sie jetzt in allen Ländern. Überall muss sich daher die Politik dezentralisieren.“

Greenpeace hat neben den rund 150 Festangestellten Tausende ehrenamtliche Mitarbeiter, organisiert in Gruppen, definiert nach Alter, in den Greenteams für die Kinder, bei den JAGs für die Jugendlichen, in den lokalen Greenpeace-Gruppen für die Erwachse-

nen und in den Teams Fünfzig Plus für die Senioren.

Bundesfamilienministerin Christine Bergmann lobte im Vorwort einer Broschüre des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Wanderausstellung „Ehrenamtliches und bürgerliches Engagement in unserer Gesellschaft“ aus dem Jahr 2001 den unbezahlten Einsatz: „Freiwilliges oder ehrenamtliches Engagement ist unverzichtbar für eine lebendige Demokratie und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Unschätzbare soziale, politische und auch wirtschaftliche Werte verdanken wir den knapp 22 Millionen Freiwilligen in Deutschland. Dennoch wird ihre Bedeutung häufig unterschätzt; auch, weil dieser unbezahlte und unbezahlbare Einsatz oft unsichtbar bleibt.“

Im Kapitel „Am Anfang war das Ehrenamt“ heißt es: „Freiwillig Engagierte sind fast immer in Organisationen eingebunden – in Parlamente, Gerichte, Kirchen und Parteien, in Initiativen, Vereine und Verbände. Diese bündeln und vertreten ihrerseits Interessen, schützen und helfen. (...) Für die Organisationen wiederum stellt das Ehrenamt eine zentrale demokratische, legitimatorische und wirtschaftliche Ressource dar.“ Die Broschüre bebildert diese Sätze mit Fotomaterial von Greenpeace. Bildunterschrift: „Greenpeace: Gemeinschaftlicher Einsatz in Sachen Tier- und Umweltschutz“.¹⁰⁶

Auch im Abschnitt, in dem es um die „Gesellschaft von morgen“ geht, ist auf Greenpeace-Fotos zurückgegriffen worden: „Greenpeace-Aktivisten warnen vor den Risiken der Atomkraft und der Gentechnologie.“ Dazu heißt es: „Alle Vorschläge und Visionen (...) haben eines gemeinsam: Sie weisen dem am Gemeinwohl orientierten Engagement eine wichtige Rolle zu. In welchen Gewändern gesellschaftliche Beteiligung und aktives Engagement auch auftreten mögen – als Bürgerengagement oder Bürgerarbeit, als Zivilengagement, Freiwilligenarbeit oder Selbsthilfe: All diese Formen gelebter Solidarität werden

¹⁰⁴ Recherchen Imke Stock für Walter Homolka, Kap. 1.

¹⁰⁵ US-Außenstaatssekretär Timothy Wirth/Spiegel Spezial 11/1995/S. 8.

¹⁰⁶ Ehrenamtliches und bürgerliches Engagement in unserer Gesellschaft, hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2001, S. 9.

für eine humane Bewältigung der Zukunft unverzichtbar sein.“¹⁰⁷

2.2 Greenpeace-Gruppen

Info-Tische in der Fußgängerzone, Flugblätter verteilen, Dia-Vorträge halten oder an Aktionen teilnehmen: vielfältig sind die Aufgaben der ehrenamtlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Greenpeace. Nach dem Motto „Global denken – lokal handeln“ findet Umweltschutzarbeit bei Greenpeace auch auf lokaler und regionaler Ebene statt. Heute engagieren sich bundesweit ungefähr 1.800 Menschen in über 80 Gruppen. Sie verstehen sich als Teil von Greenpeace und als wichtige Multiplikatoren der Greenpeace-Ideen. Die Hauptmotivation dieser Freiwilligen liegt in dem Ansinnen, die Ziele und die Arbeit der Organisation öffentlich zu machen und zu unterstützen.

Sie arbeiten gemeinsam an den globalen Greenpeace-Zielen, unterscheiden sich in Größe und Struktur jedoch erheblich: Es gibt Stadt- und Regionalgruppen, Gruppen, die eigene Büros unterhalten, und andere, die sich beispielsweise in Kulturzentren treffen. Große Gruppen wie in Hamburg oder Berlin zählen über 100 Mitglieder, die kleinste „Gruppe“ auf Föhr besteht aus einer Person.

Ein Beispiel für ein erfolgreiches bundesweites Projekt ist die Weiterführung der FCKW-Kampagne durch etwa 30 Gruppen. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, in Städten und Gemeinden Verordnungen zum FCKW- und FKW-Verbot bei öffentlichen Bauvorhaben durchzusetzen, und ihr Projekt auf PVC-Produkte und Raubbauholz erweitert. Mittlerweile sind entsprechende Verordnungen in zahlreichen Städten erlassen worden. So verzichtete die Stadt Münster seit 1994 auf Druck der Greenpeace-Gruppe auf Tropenholz und FCKW/H-FCKW.¹⁰⁸ Seit 1995 verbannten Berlin, Hessen, auch Bayern und Nordrhein-Westfalen FCKW-haltige Baustoffe aus

öffentlich geförderten Gebäuden.¹⁰⁹

Damit die Energiezukunft ohne Kohle, Öl und Atom Schule macht, initiierte die Umweltschutzorganisation gemeinsam mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ein Solar-Schulprojekt. Die Idee: Schüler und Lehrer fahnden in ihrer „Penne“, wo und wie Energie gespart werden kann. Mit dem eingesparten Geld finanziert die Schule schließlich eine Solaranlage. Allein 1996 beteiligten sich über 100 Schulen an dem Solar-Projekt¹¹⁰, das seit Februar 1996 von vielen regionalen Greenpeace-Gruppen betreut wird.

1998 landete die Greenpeace-Gruppe Krefeld mit ihrem Projekt „Dämm it“ einen doppelten Erfolg: Die Stadtwerke wollen in vier Schulen den Energieverbrauch bis zum Jahr 2003 um 25 Prozent senken. Im Landeswettbewerb „Öffentlichkeitsarbeit für eine nachhaltige Entwicklung in Nordrhein-Westfalen“ gewann das Projekt zudem den ersten Preis.¹¹¹

Der schwäbische Unternehmer Stefan Bleyer profitierte vom Wissen der Stuttgarter Greenpeace-Gruppe. Seine neue Produktionshalle sollte ein Paradestück für ökologisches Bauen werden. Bleyer berichtete gegenüber den Greenpeace Nachrichten: „Bei Baustoffauswahl und Energiegewinnung habe ich mich von einem Experten der Stuttgarter Greenpeace-Gruppe beraten lassen – dieses Know-how und Engagement waren sehr nützlich.“¹¹²

Dass der deutsche Ableger des Fast-Food-Konzerns McDonald's nach monatelangen Aktionen zugesagt hat, künftig bei der Ernährung seiner Hühnchen für Burger und Nuggets kein gentechnisch verändertes Futter mehr zuzulassen, rechnete der Bayerische Gastronomie Report auch den ehrenamtlichen Greenpeace-Aktivisten an: „McDonald's Deutschland hat zugesichert, ab April 2001 bei Hähnchen kein genmanipuliertes Tierfutter mehr einzusetzen. Für Schweine und Rinder wird der Verzicht zumindest angestrebt. Der Erfolg ist in erster Linie vielen lo-

¹⁰⁷) Ebenda, S. 27

¹⁰⁸) Greenpeace-Jahresrückblick 1994, S. 31.

¹⁰⁹) Greenpeace-Jahresrückblick 1995, S. 29.

¹¹⁰) Greenpeace-Jahresrückblick 1996, S. 10.

¹¹¹) Urkunde von Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, 19.11.1998.

¹¹²) Greenpeace Nachrichten, 3/2002, S. 7.

kalen Greenpeace-Gruppen zu verdanken. (...) Ein Lob an Greenpeace wollen wir nicht vergessen. Gut zu wissen, dass jemand da ist, der aufpasst und den Großen bei Bedarf in die Suppe spuckt.“¹¹³



Greenpeace-Protest vor deutschen McDonald's-Filialen: Kein genmanipuliertes Tierfutter in die Burger.

Auch kleinere Aktionen fanden ihr Echo, wie etwa die Essener Aufräumtage 1994. Die Essener Umweltdezernentin Eva-Maria Krüger zeigte sich begeistert von der Greenpeace-Aktion: „Eine tolle Idee, die die Stadtverwaltung nach Kräften unterstützen wird. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe werde mit Greenpeace derzeit über eine sinnvolle Aufstellung stadteigener Container gesprochen, denn der gesammelte Abfall müsse ja ordnungsgemäß entsorgt werden. Auch anderer Hilfsmittel wie etwa Greifzangen will das Reinigungsamt

zur Verfügung stellen. Begrüßen würde es die Dezernentin, wenn die Aktion kein Einzelfall bliebe, sondern Startschuss wäre für mehr Bürgersinn in Sachen Stadt-Pflege.“¹¹⁴

2.3 Kinder- und Jugendprojekte

Ende der 80er Jahre kam bei Greenpeace erstmals die Frage auf, ob die Organisation Kindern einen Rahmen für ein selbstbestimmtes ökologisches Handeln im Sinne der Greenpeace-Ziele bieten sollte. Nach heftigen und kontroversen Diskussionen fasste Greenpeace im Jahr 1990 den Beschluss, die Kinder- und Jugendprojekte zu gründen und als eigenen Bereich in der Organisation zu verankern. Unter dem Motto „Kinder und ihre Anliegen ernst nehmen“ entschied sich Greenpeace für das Konzept einer offenen Kinder- und Jugendarbeit in den so genannten Greenteams, welches sowohl der lebhaften Phantasie, die für Kinder typisch ist, als auch der radikalen politischen Herangehensweise gerecht wird, die die Umweltschutzorganisation auszeichnet.

Dass sich dieses Konzept durchgesetzt hat, zeigen sowohl die zahlreichen erfolgreichen Greenteam-Aktionen und Auszeichnungen für die engagierten Kinder und Jugendlichen als auch eine bundesweite Evaluation aus dem Jahr 2001. Die Wissenschaftler, die sich mit dem Umweltengagement von Kindern und Jugendlichen in der außerschulischen Umweltbildung beschäftigt haben, kommen zu dem Fazit, dass „das Greenteamkonzept als Angebot für Kinder und Jugendliche von Greenpeace (...) immer noch als ein modernes außerschulisches Umweltbildungsangebot zu bezeichnen [ist]“. Als deutliche Zustimmung werten sie „das rege Interesse (...) der Kinder und Jugendlichen“. Die vorgestellten Ergebnisse zeigen weiterhin, „dass Kinder und Jugendliche fähig sind, ihre eigenen Umweltinteressen zu vertreten. Sie sind bereit, sich für zukünftige Belange einzusetzen und sie machen durch ihre Aktionen deutlich, dass sie an gesellschaftlichen Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen teilhaben

¹¹³) Der Bayerische Gastronomie Report, ohne Datum (2001), Erfolg für Greenpeace. McDonald's verzichtet auf Genfutter.

¹¹⁴) NRZ (Essen), 22.10.1994, Aufräumtage im Grünen: 300 Essener sind dabei, Greenpeace-Aktion fand großes Echo.

wollen und auch können. Die Greenteam-Mitglieder machen ihr Umweltengagement nicht von materiellen Dingen abhängig, sondern bei ihnen steht vielmehr die Art der Tätigkeit im Vordergrund – das Einbringen der eigenen Fähigkeiten, Mitbestimmungsmöglichkeiten und das Erreichen eines bestimmten Ziels. Diese Motive, sich in einem Greenteam zu engagieren, machen deutlich, dass die Kinder und Jugendlichen nicht nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind, sie setzen sich für etwas ein, das in ihrer Wahrnehmung gesellschaftlich und politisch zu wenig Beachtung findet.“

Als besonders wichtig erscheint es den Wissenschaftlern, dass Greenteams Kindern und Jugendlichen „die Gelegenheit zur Äußerung der eigenen Interessen und der Öffentlichmachung ihrer Anliegen“ ermöglichen. Somit stellt „die Auseinandersetzung der Greenteams mit Umweltproblemen (...) eine Möglichkeit dar, sich gegen die durch die Umweltsituation implizierte Hoffnungslosigkeit zu wehren. Die Kinder und Jugendlichen machen deutlich, dass es sinnvoll ist, sich aktiv für die Umwelt einzusetzen – jeder kann etwas machen, ist ihre Devise. Daraus lässt

sich schließen, dass sie durch die eigene Tätigkeit Selbstvertrauen aufbauen, weil sie die Wirksamkeit ihres eigenen Handelns erleben. Kinder und Jugendliche erfahren durch die Beteiligung an Entscheidungen und die gesellschaftliche Integration eine Stärkung der eigenen Handlungsmöglichkeiten. Die Greenteamtätigkeit lässt sich als eine Form der Einmischung von Kindern und Jugendlichen bezeichnen – ein Möglichkeitsraum der gesellschaftlichen Partizipation, der ihren Kompetenzen angemessen ist und ihre Fähigkeiten deutlich macht.“¹¹⁵

In vielen Schulen setzen Schüler zusammen mit Greenpeace ein Zeichen. Als ‚Schulen für den Urwald‘ verbannen sie Holzprodukte aus Urwaldzerstörung – vom Toilettenpapier über Schultische bis zu Turngeräten – aus den Schulgebäuden. Hunderte von Schulen gehen bis Ende 2001 an den Start. Sogar außerhalb der Schulen erringen die Jugendlichen Erfolge. Nachdem rund 2.000 Kids in Gotha (Thüringen) für die Urwälder demonstriert hatten, sicherte auch der Oberbürgermeister Volker Doenitz (SPD) den ‚Kids for Forests‘ seine Unterstützung zu. „Er erklärte auf der Kundgebung, dass die Stadtverwal-

›Kids for Forests‹: In vielen Schulen verbannen die Schüler Holzprodukte aus Urwaldzerstörung.



¹¹⁵Alle Zitate: Gerd Michelsen/Lars Degenhardt/Jasmin Godemann/Heike Molitor: Umweltengagement von Kindern und Jugendlichen in der außerschulischen Umweltbildung: Ergebnisse – Bedingungen – Perspektiven: bundesweite Evaluation des Greenteamkonzeptes der Umweltschutzorganisation Greenpeace, in: Umweltbildung und Zukunftsfähigkeit. Herausgegeben von Dietmar Bolscho, Band 3, Frankfurt/M. 2001, S.173 ff.

tung darauf achten werde, bei Neuanschaffungen auf Urwaldprodukte zu verzichten und verstärkt Recyclingpapier zu verwenden.¹¹⁶ Damit wurde Gotha die erste urwaldfreundliche Stadt Deutschlands.

Auch auf Bundesebene ernteten die ‚Kids for Forests‘ Zustimmung. In November 2001 trafen sie sich mit Verbraucherschutzministerin Renate Künast und baten sie, sich für den Schutz der Urwälder einzusetzen. In ihrem Urwaldbrief antwortete die Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft den Schülern und Schülerinnen: „Ihr wollt dies nicht tatenlos hinnehmen, sondern fühlt Euch aufgerufen, einen Beitrag zur Aufhaltung dieser rasanten Urwaldzerstörung zu leisten. Für dieses Mitdenken, Mitfühlen und Mithandeln danke ich Euch als für den Wald zuständige Bundesministerin ganz herzlich.“¹¹⁷

Ähnlich bedankt sich die Ministerin bei den ‚Kids for Whales‘, den Greenpeace-Kindern und Jugendlichen, die sich im Sommer 2003 für den Schutz der letzten Wale stark machen:

„Eure Aktion mit Musik, Gesang, Theater, selbst gebastelten Walen und dem nachgebauten Schiff vor dem Tagungsort der IWC (A.d.V.: Internationale Walfang-Kommission) hat mir sehr gut gefallen. Ihr habt damit wieder einmal bewiesen, wie sehr sich Kinder mit Herz, Verstand und viel Phantasie für das Überleben der beeindruckenden Meeressäuger engagieren. Euer ‚Koffer für die Walschützerin‘ hat in meinem Büro einen Ehrenplatz erhalten. (...) Natürlich muss noch sehr viel mehr getan werden, bis die Wale wirksam geschützt sind. Diese wunderbaren Tiere brauchen auch in Zukunft das Engagement vieler Menschen. Ich bin sicher: Ihr werdet dabei sein!“¹¹⁸

Auch aus den Kultusministerien der Länder kommt Zustimmung. In der vom Pädagogischen Zentrum des Landes Rheinland-Pfalz

herausgegebenen Broschüre ‚umwelterziehung praktisch aktuell II/02‘ wird positiv über den weltweiten Einsatz der Jugendlichen für die letzten Urwälder dieser Erde berichtet: „Viele Landesministerien unterstützen das Greenpeace-Projekt, so auch das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend in Rheinland-Pfalz. ‚Ich stimme mit Ihnen überein, dass Urwaldhölzer möglichst nicht an Schulen verwendet werden sollen. Die Aktion ‚Schulen für den Urwald‘ begrüße ich deshalb ausdrücklich und würde mich freuen, wenn möglichst viele Schulen in Rheinland-Pfalz daran teilnehmen‘, so Michael Kaul vom Ministerium.“¹¹⁹

Ministerialrat Martin Wünschmann vom sächsischen Staatsministerium für Kultus schreibt am 3.5.2002 an Greenpeace: „Ihre Absicht, mit der Aktion ‚Schule für den Urwald‘ Kinder und Jugendliche dazu zu bewegen, sich für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen einzusetzen, findet unsere volle Zustimmung.“¹²⁰

Dr. Reißmann vom niedersächsischen Kultusministerium betont: „Insbesondere müssen in der Schule Handlungsmöglichkeiten im Sinne eines verantwortungsbewussten Verbraucherverhaltens deutlich werden. Vor diesem Hintergrund begrüße ich die Greenpeace-Aktion ‚Schule für den Urwald‘.“ Und er bittet Greenpeace bei der weiteren Umsetzung um Mithilfe: „In welchem Umfang sich auch in niedersächsischen Schulen Produkte aus Urwaldholz finden lassen, vermag ich nicht zu beurteilen. (Eine entsprechende Recherche in der eigenen Schule oder im Haushalt wäre ein interessanter Projektbaustein, der sich aber wohl nur mit externer Hilfe bzw. Anleitung realisieren ließe. Vielleicht könnte Greenpeace mit einer entsprechenden ‚Checkliste‘ – zumindest für Tropenholz – aushelfen?“¹²¹

Ministerialrat Dr. Ellegast vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und

116) Thüringer Allgemeine/Gothaer Allgemeine, 21.12.01.

117) Urwaldbrief von Renate Künast aus dem November 2001.

118) Brief Künast an Dietmar Kress, 20.Juni 2003.

119) umwelterziehung praktisch aktuell II/02, S. 12.

120) Brief an Dietmar Kress/Carsten Rocholl vom 3.5.2002.

121) Brief an Dietmar Kress/Carsten Rocholl vom 15.3.2002.

Kultus stimmt zu, dass „eine Selbstverpflichtung der Schulen bzw. zuständigen Kommunen zum Verzicht auf Urwaldhölzer, wie in der Aktion ‚Schule für den Urwald‘ gefordert, aber durchaus zu begrüßen“ ist. Abschließend wünscht er Greenpeace „für ihre Aktion ‚Schule für den Urwald‘ (...) viel Erfolg“¹²².

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Berlin, schreibt am 28.1.2002: „Die Aktion ‚Schule für den Urwald‘ können wir auf jeden Fall unterstützen.“¹²³

Wolfgang Rudloff vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Mecklenburg-Vorpommern stimmt nicht nur zu, „dass heute nicht nur die tropischen Urwälder dringend dieses Schutzes bedürfen“, sondern hat auch der Schulaufsicht geraten, die Greenpeace „Mitmach-Aktion in geeigneter Weise an den Schulen zu nutzen“. Weiter teilt er mit, dass „Greenpeace (...) für sein mutiges Engagement zum Schutz der Urwälder und für andere lebenswichtige Ressourcen die Achtung in unseren Schulen sowie im Bildungsministerium“ genießt.¹²⁴

Unterstützung gibt es auch vom Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt. Dr. Wolfgang Strauß schreibt am 16.1.2002: „Als Leiter des Fachreferats, das auch für die Ökologische Bildung in Schulen zuständig ist, unterstütze ich Ihre Aufrufe ausdrücklich, Urwaldhölzer als Rohstoff in jedem Fall zu vermeiden. Die Aktion ‚Schule für den Urwald‘ halte ich für einen wichtigen Beitrag zu dieser Problematik. (...) Ihre Anregung aufnehmend, wollen wir vom Fachreferat aus Überlegungen anregen, derartige Empfehlungen in absehbarer Zukunft zu erstellen.“¹²⁵

Gila Altmann, die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Bündnis 90/Die Grünen), lobt das Engagement der ‚Kids for Forests‘ sogar während einer Debatte des Deutschen Bundestages am 19. April 2002. Die Bündnisgrüne zitiert von der Website der Urwaldschützer: „Urwälder sind die

Schatzkammern der Erde: Sie beherbergen zwei Drittel der auf dem Land lebenden Tiere und Pflanzen, sie sind Lebensraum für rund 150 Millionen Menschen indigener Völker. Urwälder sind einmalig und lebensnotwendig zur Stabilisierung der Lebensgrundlagen dieses Planeten.“

So steht es auf der Website der ‚Kids for Forests‘, die auf dem Weg zur Haager Umweltkonferenz zahlreiche Ministerien, Abgeordnetenbüros und Botschaften besucht haben, um damit ihr Recht auf eine Zukunft mit Urwäldern zu beanspruchen. Sie tun das zum Beispiel an über 400 Schulen ‚für den Urwald‘ – so nennen sie sich –, an denen zukünftig Holz- und Papierprodukte aus Urwaldzerstörung nicht mehr benutzt werden sollen. (...) Für die Jugendlichen wird noch immer zu viel geredet und zu wenig getan. Sie sind mit ihrem Handeln erfolgreich: Erstmals gibt es in Den Haag ein eigenes Jugendforum, dessen Ergebnisse im Ministersegment eingebracht wurden.“

Weiter fordert die Staatssekretärin: „Wenn wir die letzten Primärwälder – sie werden von Greenpeace die ‚fantastischen Sieben‘ genannt – für die kommenden Generationen erhalten wollen, dann müssen wir es als Dienstleistung verstehen und müssen es uns auch etwas kosten lassen.“ Altmann teilt mit: „Der Initiative der Kids in den Schulen will die Bundesregierung nicht nachstehen. Das Umweltministerium setzt sich dafür ein, dass die Beschaffungsstellen des Bundes Produkte aus Primärwäldern nur noch verwenden, wenn sie den Anforderungen des FSC entsprechen. Wir werden auch weiterhin mit allen Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, gegen die Einfuhr von illegalen Holzimporten vorgehen, wie kurz vor Ostern im Hamburger Hafen mit einer Ladung Mahagoni geschehen.“

Wie schrieben uns die Kids? (Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Welche Kids?) Die ‚Kids for Forests‘. Das ist ein feststehender Name. Wie schreiben also die Kids?

¹²²) Brief an Dietmar Kress/Carsten Rocholl vom 21.2.2002.

¹²³) Brief an Dietmar Kress/Carsten Rocholl vom 28.1.2002.

¹²⁴) Brief an Dietmar Kress/Carsten Rocholl vom 18.1.2002.

¹²⁵) Brief an Dietmar Kress/Carsten Rocholl vom 16.1.2002.

„Wir, die Generationen auf der ganzen Welt, wollen uns mit Ihnen gemeinsam anstrengen und in Zukunft auf Produkte aus Urwaldzerstörung verzichten. Bitte geben Sie ein gutes Beispiel und stoppen Sie mit Ihrer ganzen Kraft den Import von Holz und Produkten aus Urwaldzerstörung.“ Ich finde, wir sollten die jungen Leute nicht enttäuschen.¹²⁶

Auch die Aktion BISS (Aktion für alle BIS Siebzehn), bei der die Greenpeace-Jugendlichen 1998 100.000 Unterschriften für eine Verschärfung des Ozongesetzes gesammelt hatten, sorgte für positive Resonanz unter den Politikern. So schrieb die Vorsitzende der Kommission zur Wahrung der Belange der Kinder (Kinderkommission) des Deutschen Bundestages Rita Gießhaber (MdB) an die Vorsitzende des Petitionsausschusses Christa Nickels (MdB), dass die Kinderkommission einstimmig beschlossen habe, die Eingabe der Greenpeace e.V. – ‚Aktion BISS‘ zu unterstützen: „Die Petition, die von 90.000 Kindern unterschrieben wurde, fordert von der Bundesregierung eine Ozonverordnung, die die Gesundheit der Kinder berücksichtigt. (...)“

Mit der Aktion ›BISS‹ sammeln die Greenpeace-JAGs 100.000 Unterschriften für eine Verschärfung des Ozongesetzes.



Die Kinderkommission begrüßt und unterstützt das Engagement der beteiligten Kinder, ihr Recht auf Gesundheit auch in diesem speziellen Fall einzufordern. Sie empfiehlt dem Petitionsausschuss, die Eingabe der Bundesregierung sowie den zuständigen Ministerien mit der Bitte um Berücksichtigung zu überweisen. (...)

Die Kinderkommission spricht sich daher ebenfalls für eine Novellierung des Bundesimmissionsschutzgesetzes vom 19. Juli 1995 aus. Diese Novellierung sollte sicherstellen, dass die Grenzwerte für Ozonkonzentrationen herabgesetzt werden, bei deren Überschreitungen Maßnahmen zur Verkehrsbeschränkung ergriffen werden können. Die Grenzwerte müssen am kindlichen, noch wachsenden Organismus orientiert werden. Schadstoffe müssen dort gemessen werden, wo Kinder sich aufhalten. (...)

Im Übrigen empfiehlt die Kinderkommission dem Petitionsausschuss die Kenntnisnahme der ‚Kinderärztlichen Stellungnahme zur Energie- und Verkehrspolitik‘, Erklärung der Kommission für Umweltfragen der Akademie für Kinderheilkunde und Jugendmedizin e.V. vom 8. Februar 1997.¹²⁷

In ihrer kinderärztlichen Stellungnahme zur Energie- und Verkehrspolitik hatten die Mediziner mitgeteilt: „Wir Kinderärzte sind besorgt über die ozonbedingten Atemwegschädigungen und über die immer noch anhaltende Ausweitung des Energieverbrauches, der durch die Freisetzung von Kohlendioxid auch für die globale Erwärmung (Treibhauseffekt) verantwortlich ist.“¹²⁸

Christa Nickels wandte sich daraufhin direkt an Greenpeace: „Als Vorsitzende des Petitionsausschusses freue ich mich darüber, dass die Greenpeace-Jugendlichen ihr Petitionsrecht so engagiert wahrnehmen. (...)“

Das Petitionsverfahren hat dazu beigetragen, dass das Anliegen der Kinder in den Fraktionen, im Umweltausschuss und in der Kinderkommission des Deutschen Bundestages intensiv beraten wurde.¹²⁹

¹²⁶ Gila Altmann während einer Debatte des Deutschen Bundestages am 19.4.2002.

¹²⁷ Stellungnahme der Kinderkommission zu der Eingabe der Greenpeace e.V. – „Aktion BISS“, Bonn, 23.4.1997.

¹²⁸ Kinderärztliche Stellungnahme zur Energie- und Verkehrspolitik, Köln, 8.2.1997.

¹²⁹ Fax von Christa Nickels an Stephanie Weigel, Bonn, 9.7.1998.

Die Projekte der Greenteams sind mit Auszeichnungen bedacht worden. Besonders hervorzuheben haben sich dabei die Mitglieder des Greenteam Jugendzentrum in Frankfurt/Oder. Marcus Thätner, Sascha Klimczak und Thomas Maschke erhielten für den Bau, die Langzeiterprobung und Präsentation des Solarbuggys MT-2high solar den Förderpreis des Bundesumweltwettbewerbs 2001 und den Sonderpreis des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg für den naturwissenschaftlich-technischen Landeswettbewerb 2001 „Jugend forscht/Schüler experimentieren“. Auch in den Jahren 1991, 1993, 1995 und 1997 errangen die jungen Umweltschützer von der Oder Preise und Anerkennungen bei den „Jugend forscht“-Wettbewerben.¹³⁰

Auch andere Greenteams erhielten Preise. Dem Greenteam ‚Child-Power‘ wurde 2002 der Umweltpreis der Gemeinde Rheurdt verliehen.¹³¹ In Kiel wurde das Greenteam ‚Schlüsbecker Umweltbande‘ von Ministerpräsidentin Heide Simonis mit dem ‚STARK‘-Preis des Landes Schleswig-Holstein ausgezeichnet. Die mit tausend Euro dotierte Trophäe ist die Anerkennung dafür, dass die Jugendlichen sich nicht nur für ihre eigenen Interessen, sondern auch für das Wohl anderer einsetzen. Die Geehrten hatten im Moor Müll gesammelt, Nistkästen aufgebaut und Renaturierungsarbeiten vorgenommen.¹³²

In Büchern zum Thema Umweltpädagogik werden die Greenteams oder Greenpeace allgemein als gutes Beispiel angeführt. Im Schulbuch Ethik „7/8“ vom Cornelsen Verlag wird Greenpeace in dem Kapitel über verantwortliches Handeln als eine Organisation genannt, die Schülern bei einem eigenen Projekt weiterhelfen kann.¹³³ Auch im Wegweiser ‚Ökologische Bildung im Landkreis München‘ wird auf ein Greenteam verwiesen.¹³⁴

Klaus Schleicher von Institut für vergleichende Erziehungswissenschaften in Hamburg stellt fest, dass „Greenpeace schon

mehrfach mit öffentlichkeitswirksamen und begründeten Aktionen auf den politischen Prozess eingewirkt [hatte], so dass z.B. Walschutzzonen in der Antarktis errichtet bzw. ein Verbot von industriellen Giftexporten in Entwicklungsländer vereinbart wurde.“¹³⁵

Im April 2002 erscheint im UniSPIEGEL ein Artikel, der sich das Engagement des Frankfurter Studenten Jan Cramer zum Anlass nimmt, über das ehrenamtliche Wirken von Studenten zu berichten. Jan Cramer war im Herbst 2001 für Greenpeace zum Amazonas geflogen, um gemeinsam mit den Deni-Indianern ihr Stammesgebiet zu markieren. Mit dieser Grenzmarkierung mit hellblättrigen Bäumen wollten die Indianer ihre Besitzansprüche sichtbar geltend machen und sich besser gegen illegalen Holzeinschlag und die Plünderung durch Holzkonzerne schützen. Die brasilianische Regierung erkannte das Indianergebiet daraufhin offiziell an.

In dem Artikel heißt es: „Ob für Greenpeace, Amnesty International oder Attac: Studenten quetschen sich in ihrer Freizeit in Schlauchbooten zwischen Ölfrachter und Kaimauern, klettern auf Atomkraftwerke oder kümmern sich um Asylsuchende in australischen Internierungslagern. Die internationalen Gipfeltreffen der Mächtigen machen sie mit medienwirksamen Aktionen zu ihren eigenen: Sie sind jung und treten mit Lust den Mächtigen dieser Welt auf die Füße. Nach dem Rückzug ins Private wieder mehr Engagement. Der Spaß am Engagement könnte Kristallisationspunkt für das Erwachen einer neuen, politischen Studentengeneration werden: ‚Da ist wieder ein Pflänzchen, das aus dem Boden lugt, das kann eine Keimzelle sein‘, hat der Konstanzer Soziologe Tino Bargel beobachtet. Regelmäßig oder zumindest manchmal engagiert sich ein Drittel aller Studierenden für Menschenrechte, in Umweltschutzgruppen oder bei Bürgerinitiativen.“

130) Urkunden

131) Zeitungsausschnitt, 18.12.2002.

132) Zeitungsausschnitt ohne Ort und Datum.

133) Ethik 7/8, Berlin 1997, S. 71.

134) Kreisjugendring München-Land 1996.

135) Schleicher, „Brent Spar“ – ein Lehrbeispiel zur Umweltbildung, Studienmaterialien zur Umweltbildung Nr. 27, Hamburg 1996, S. 22.

Jugendprojekt:
genetiXprojekt verbannt
den Gen-Butterfinger von
Nestlé vom Markt.



2.4 genetiXproject

Im Jahr 1998 startete Greenpeace eine neue Art von Jugendprojekt, das genetiXproject, eine Plattform für Teens und Twens, die sich gegen Gen-Food wehren wollen. Denn gerade „auf jugendliche Trendkonsumenten“ setzte die Firma Nestlé bei der Einführung seines Schokoriegels ‚Butterfinger‘, der gentechnisch manipulierten Mais enthält. Doch Nestlé hatte nicht mit dem genetiXproject gerechnet. In vielen Städten fahndeten Greenpeace-Jugendgruppen in Supermärkten, Tankstellen und Kaufhäusern nach dem Butterfinger. Da Jugendliche viel im Internet surfen und chatten, startete die Greenpeace Online-Redaktion eine eigene Website für die genetiX-Fans mit Infos, Mitmachideen und Kontakten.

Prominente Musiker wie Smudo von den ‚Fantastischen Vier‘, die Stuttgarter HipHop-Band ‚Massive Töne‘ oder die Hamburger von ‚Fettes Brot‘ beteiligten sich rege. Über ihre Bereitschaft, sich dem genetiXproject anzuschließen, sagte Schowi von ‚Massive Töne‘: „Klar, da sind wir auch mit dabei.

Obwohl, als ich gehört habe, dass Greenpeace mit uns zusammen was machen will, dachte ich zuerst an die Brent Spar.“ Und DJ 5ter Ton ergänzte: „Bei Greenpeace fallen mir sofort Menschen in Schlauchbooten ein. Ich wäre ja früher selber gerne Aktivist geworden, Wale und Robben retten. Aber es ist bestimmt nicht so einfach und spaßig, wie es auf den Fotos immer aussieht.“¹³⁶

Für König Boris von ‚Fettes Brot‘ ist „Greenpeace die letzte moralische Bastion, die es in Deutschland gibt. Zwar ist die Umweltschutzorganisation inzwischen sehr groß geworden und wird nun hin und wieder kritisiert, aber ich bin davon überzeugt, dass sie sich weiterhin das Gute auf die Fahnen geschrieben hat. Und die Aktionen – so mit Anketten – finde ich ziemlich cool.“ Sein Bandkollege Schiffmeister betonte: „Die Aktionen von Greenpeace sind immens wichtig, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf Umweltschutzthemen zu lenken. Aber um überhaupt noch auf Interesse zu stoßen, muss man sich immer spektakulärere Sachen einfallen lassen.“ Und auch der Dritte im Bunde, Dr. Renz, bekannte sich zu Greenpeace: „Greenpeace – finde ich gut. So haben viele Menschen die Chance, was für den Umweltschutz zu tun. Viele können oder wollen nicht selbst aktiv werden und spenden bloß Geld. Das hat zwar ein bisschen den Anschein von ‚ich kauf mich frei‘. Ohne Eigeninitiative, aber auch ohne schlechtes Gewissen. Doch mit dem Geld kann Greenpeace wieder etwas gegen die Umweltzerstörung tun. Jeder halt auf seine Art.“

So war es für die drei Hamburger selbstverständlich, für das genetiXproject aktiv zu werden. König Boris: „Klar, wir unterstützen das genetiXproject. Wir wollen unsere Popularität dazu einsetzen, zusammen mit der Initiative von Greenpeace möglichst viele Leute über die Risiken der Gentechnik zu informieren.“¹³⁷

Smudo von den ‚Fanta 4‘ und Kati und Barbara von den Berliner ‚Lemonbabies‘ beteiligten sich am 7.12.99 sogar an einer Akti-

¹³⁶ http://archiv.greenpeace.de/GP_DOK_3P/GENETIX/SEITEN/XSOUNDZ5.HTM

¹³⁷ http://archiv.greenpeace.de/GP_DOK_3P/GENETIX/SEITEN/XSOUNDZ6.HTM

on im Hamburger Hafen. Greenpeace hatte den Frachter ‚Unison‘ daran gehindert, mit einer Ladung genmanipuliertem Maiskleber anzulanden. Mit der Teilnahme an Aktionen wollten die ‚Lemonbabies‘ und der Fanta-4-Sänger auf Dinge aufmerksam machen, bevor sie passieren. Smudo: „Wir sollen die Gentechnik über die Hintertür auf den Tisch bekommen – das darf nicht passieren.“¹³⁸

2.5 Elbeflut, August 2002

Als im August 2002 Städte und Landschaften an den Ufern der Elbe im Hochwasser versanken, wurde bei Greenpeace nicht lange gefackelt: Auf wiederholte Bitten um Hilfe an Festangestellte und Greenpeace-Gruppen melden sich reichlich Freiwillige. Schon bald sind sie mit Schlauchbooten, Generatoren und Pumpen unterwegs in die Katastrophengebiete Sachsens und Niedersachsens.

Herr Eckert von der Dresdener Feuerwehr bestätigte, „dass Greenpeace mit Booten und Fahrzeugen bei der Bekämpfung der Hochwasserkatastrophe zehn Tage im Einsatz war“. Brandamtmann Flohr stellte am 2.8.2002 eine Urkunde an Greenpeace aus: „Vielen Dank für die Unterstützung während des Katastropheneinsatzes im August 2002.“ Außerdem wurde das Abzeichen der Berufsfeuerwehr Dresden überreicht.

Auch der Landkreis Lüchow-Dannenberg bedankte sich „bei den Helferinnen und Helfern von Greenpeace für den selbstlosen Einsatz beim Katastrophenfall ‚Hochwasser Elbe‘ im August 2002“ mit einer von Landrat Dieter Aschenbrenner und dem Leiter des Stabes Martin Schulz unterzeichneten Urkunde. Auch für diese Region liegt eine offizielle Bestätigung vom Landkreis (Herr Haacke) vom 26.8.2002 vor, „dass sich Helfer der Umweltschutzorganisation Greenpeace zusammen mit den offiziell eingesetzten Hilfskräften an den Deichsicherungsmaßnahmen während der Flutkatastrophe im Landkreis Lüchow-Dannenberg in der Zeit vom 20.-25. August 2002 beteiligt haben. Der Einsatz erfolgte u.a. mit Schlauchbooten, Lkws und weiterem technischen Gerät.“ Eine wortgleiche



Greenpeace hilft bei der Elbeflut 2002 mit Gerät und manpower.

Bestätigung des Greenpeace-Einsatzes stellte auch die bäuerliche Notgemeinschaft Lüchow-Dannenberg am 27.8.2002 aus.

In der Elbe-Jeetzel-Zeitung, der Regionalzeitung des Wendlandes, erscheint am 31.8. eine ganzseitige Dankesanzeige. Im Text danken Landrat Dirk Aschenbrenner und der Leiter des Stabes Martin Schultz bei den Helferinnen und Helfern:

„Danke allen Helferinnen und Helfern aus der Bevölkerung, der Bundeswehr, den Feuerwehren aus nah und fern, den Einheiten des THW, des DRK, der DLRG, der Polizei, des BGS, Greenpeace (...) für die beispielhafte Unterstützung des Landkreises Lüchow-Dannenberg bei der Bewältigung der Hochwasserkatastrophe. Nur mit dieser Hilfe war eine erfolgreiche Deichverteidigung zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger möglich.“

2.6 Bergwaldprojekt

Gemeinsam arbeiten, Natur erleben, verstehen und nachhaltig verändern – das ist das Leitmotiv des ‚Bergwaldprojektes‘, das seit 1987 in der Schweiz und seit 1992 auch in Deutschland einwöchige Arbeitsaufenthalte in Wäldern organisiert. Die Teilnehmer sollen wortwörtlich begreifen, wie wichtig Bäume für unser (Über-)Leben sind: als Schutz vor

¹³⁸⁾ http://archiv.greenpeace.de/GP_DOK_3P/GENETIX/SEITEN/XNEWS97.HTM

Lawinen und Überschwemmungen, als Lebensraum für Pflanzen und Tiere, als Sauerstoffspender und Klimaschützer.

Die Kombination von sinnvoller praktischer Arbeit und pädagogischem Anspruch war ausschlaggebend für die Umweltstiftung Greenpeace, das deutsche Bergwald-Büro in Burgwallbach (Rhön) mit 16.000 Euro zu unterstützen. Rund 11.000 Teilnehmer haben bislang in den Alpen, im Schwarzwald, im Pfälzer Wald, im Harz, aber auch auf der Nordseeinsel Amrum etwa 700.000 Bäume gepflanzt, Moore renaturiert, Wege angelegt, Erdrutsche stabilisiert, Lawinenzäune errichtet und Wildschutzanlagen ausgebessert.

In den Anfangsjahren wurde das Arbeitsangebot der Freiwilligen von Kommunen und Forstverwaltungen skeptisch aufgenommen, mittlerweile bekommt der Verein so viele Anfragen, dass er sie kaum bewältigen kann.¹³⁹

Im März 2002 übernahm die Verbraucherschutzministerin Renate Künast anlässlich der Ausstellungseröffnung ‚Schöne neue Alpen‘ die Schirmherrschaft für das Projekt. Gemeinsam mit dem Deutschen Alpenverein

präsentiert das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft diese kritische Bestandsaufnahme der ‚Gesellschaft für Ökologische Forschung, München‘. ‚Schöne neue Alpen‘ zeigt die Bergwelt anhand großformatiger Bilder und ausführlicher Info-Texte zwischen Verstädterung und Entsiedlung. Die Ausstellung dokumentiert die Entwicklung und Folgen der Zivilisation und berichtet vom Widerstand gegen die Zerstörung der Alpen. Die Ministerin lobte besonders die Zusammenarbeit: „Die Kooperation zwischen dem Institut, Greenpeace, Ikea-Stiftung, Deutschem Alpen Verein und Ministerium erwähne ich hier bewusst. Denn solche Kooperationen sind die beste Schutzallianz für den Erhalt unserer Berge! Gerne werde ich deshalb auch Schirmherrin für das ‚Bergwaldprojekt‘. Menschen von 18 bis 88 Jahren machen sich jedes Jahr auf den Weg, die Berge hautnah zu erleben. Und dabei in Harmonie mit den Bergen zu arbeiten, indem sie den Wald pflegen, Wege herrichten, Biotope pflegen.“¹⁴⁰

Bäume pflanzen, Moore renaturieren und vieles mehr kann man beim 1987 ins Leben gerufenen Bergwaldprojekt.



¹³⁹) Greenpeace Nachrichten 4/02, S. 6

¹⁴⁰) Renate Künast, Ausstellungseröffnung „Schöne neue Alpen“, Berlin, 20.03.2002

3. Greenpeace – Expertisen – Kontakte – Zusammenarbeit

3.1 In den Bundesministerien

Umweltministerium

Eigentlich ist Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) auf Greenpeace wegen der Kritik am Atomkonsens und des fortgesetzten Widerstands gegen Castor-Transporte und Wiederaufarbeitung nicht gut zu sprechen. Doch das weltweite Engagement der Umweltschützer für den Erhalt der letzten Urwälder schätzt er. In seinem Buch¹⁴¹ „Welt Um Welt – Gerechtigkeit und Globalisierung“ schließt er sich im Kapitel „Wälder“ beinahe wortwörtlich den Greenpeace-Forderungen an. Greenpeace fasst seine Forderungen unter den drei M's zusammen: erstens Moratorium – ein Einschlagstopp in allen noch intakten Urwäldern, zweitens Maßnahmen, um diese Urwälder zu schützen und in den Gebieten rundum nachhaltige Forstwirtschaft zu fördern und zu ermöglichen, und drittens die ‚Moneten‘, die Finanzmittel, um die letzten Schatzkammern der Artenvielfalt erhalten zu können. Trittin spricht von einem Netz von Schutzgebieten für die Primärwälder, von der Ausweisung von Gebieten, „die so bewirtschaftet werden, dass das Ökosystem funktionsfähig bleibt“¹⁴².

Und er lobt den Wert von Greenpeace, wenn es darum geht, die Menschen in den südlichen Waldregionen dazu anzuleiten, dass sie ihre Interessen vertreten können:

„Der Schutz der Wälder und der Artenvielfalt kann nicht allein dem Staat überlassen werden. Für ihren Erhalt müssen sich Menschen aus eigenen Interessen einsetzen. Im Süden gilt es, die traditionellen Waldbewohner mit Landrechten auszustatten und ihre Fähigkeit zu fördern, ihre Interessen zu vertreten: durch Bildung, durch Zugang zum

Internet, durch Rechtsberatung, durch Kontakte zu kostenlosen Anwälten oder zu Lobbygruppen wie Global 2000, Robin Wood, FIAN oder Greenpeace.“

Und er sieht in der Verbandsklage ein Mittel der Zukunft: „Die Verbandsklage ist ein Modell, das auf globaler Ebene zum Beispiel indigenen Völkern helfen könnte, den Regenwald zu schützen: WWF, Greenpeace, Robin Wood, FIAN oder UNEP könnten, informiert von den Menschen vor Ort, die Rechte der Waldbewohner und des Waldes gegen einen Multi vor Gericht vertreten.“

Wirtschaftsministerium

Bundeswirtschaftsminister Werner Müller (SPD), als ehemaliger Manager eines Energiekonzerns eher auf Seiten der Stromversorger als auf Seiten der Verbraucher, war das Ziel einer Greenpeace-Kampagne im Sommer 2002. Sie hat die europaweite Kennzeichnung von Strom zum Ziel, damit jeder Verbraucher sehen kann, woher der Stromversorger den Strom bezieht, so z.B. ob Strom aus osteuropäischen Schrottreaktoren dabei ist und ob es wirklich Anteile von regenerativer Erzeugung gibt.

Nachdem tausende von Protestpostkarten im Bundeswirtschaftsministerium eingegangen waren, die ein Recht auf den Herkunftsnachweis des Stroms forderten, reagiert der Minister. Werner Müller holte sich Rat bei Greenpeace, die zusammen mit den Verbraucherzentralen schon eine Musterstromrechnung entwickelt hatten, um den Verbraucherwillen deutlich zu machen. In einem Brief an die Greenpeace-Geschäftsführerin Brigitte Behrens schreibt Müller am 26. März 2002:

„Vor wenigen Tagen hat die EU-Kommission in ihrer Mitteilung an den Rat und das Europäische Parlament zur Vollendung des Energiebinnenmarktes eine weiter gehende Regelung für den Strommarkt vorgeschlagen. Sie sieht vor, dass die Stromanbieter auf ihren Rechnungen den Energieträgermix angeben, der bei der Erzeugung des Stroms eingesetzt wurde. Wir werden diesen Vorschlag der EU-

¹⁴¹) „Welt Um Welt“/Jürgen Trittin/Aufbau-Verlag

¹⁴²) Ebenda, S. 164f.

Kommission, der Ihrem in der Postkartenaktion zum Ausdruck gebrachten Anliegen sehr nahe kommt, sorgfältig prüfen.

Ich wäre Ihnen in diesem Zusammenhang für die Übermittlung von Vorschlägen dankbar, wie eine derartige Kennzeichnung aus Ihrer Sicht vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung von anonymen Stromhandelsaktivitäten und des Stromaustausches über die Grenzen hinweg aussehen könnte.“

Außenministerium

Auch Bundesaußenminister Joschka Fischer (Grüne) schätzt Greenpeace als Gesprächspartner weit über die deutschen Grenzen hinaus. Da er auf seinen offiziellen Reisen nur mit offiziellen Regierungsvertretern zusammenkommen kann, nutzt er über die Kontakte der mitreisenden Nichtregierungsorganisationen, mit Initiativen zusammentreffen zu können, die nicht in Regierungen vertreten sind, um seine Eindrücke abzurufen.

Greenpeace-Geschäftsführerin Brigitte Behrens durfte Fischer vom 24. bis 30. Juni 1999 bei einer offiziellen Reise nach Brasilien begleiten. So konnte sie in direktem Kontakt auf zahlreiche Umweltprobleme aufmerksam machen, etwa auf die Zerstörung der letzten Urwälder und die Gefahren des Anbaus von gentechnisch veränderter Soja. Dr. Bernd Wulfen aus dem Außenministerium bedankt sich am 10. August 1999: „Ich habe mich gefreut, Sie kennen zu lernen, und würde es begrüßen, wenn wir uns hinsichtlich der gravierenden Umweltprobleme in Lateinamerika auch weiterhin austauschen können.“

Verkehrsministerium/ Schiffssicherheit/Bahn

Greenpeace im Einsatz für die Schiffssicherheit

Die Kadettrinne in der Ostsee zwischen dem Darß (Mecklenburg-Vorpommern) und der dänischen Insel Falster ist eine der am stärksten befahrenen Schiffrouten Europas. Wegen geringer Breite und Tiefe manövrieren die Schiffe – darunter tausende von Frach-

tern, Fähren und Tankern – dort allerdings in schwierigem Fahrwasser. Allein in den letzten zehn Jahren gab es dort 21 Zwischenfälle. Als Anfang April 2001 durch die Havarie der ‚Baltic Carrier‘ die dänische Ostseeküste mit rund 2.700 Tonnen Öl verschmutzt wurde, entschied sich Greenpeace, den Schiffsverkehr in der Kadettrinne einen Monat lang zu überwachen.

An Bord zweier Greenpeace-Schiffe befanden sich erfahrene Überseelotsen, die den Schiffsverkehr rund um die Uhr mit Radar beobachteten, den Funkverkehr abhörten und Verstöße gegen die internationalen Schifffahrtsregeln dokumentierten.

Insgesamt registrierte Greenpeace in den vier Wochen über 200 Regelverstöße. Am 12. Mai 2001 lief ein mit Zement beladener Frachter ganz in der Nähe des Greenpeace-Überwachungsschiffs auf Grund und konnte erst drei Tage später freigeschleppt werden.

Greenpeace-Schifffahrtsexperte Dr. Christian Bussau sah seine Befürchtungen bestätigt: Die Sicherheitsmaßnahmen in der Kadettrinne reichten nicht aus. Die Ergebnisse der Beobachtung der Kadettrinne in der Ostsee durch Greenpeace vom 28. April bis zum 28. Mai 2001 fasste Bussau unter Mitwirkung der Überseelotsen Burkhard Preugschat und Kapitän Michael Schmenner in einem Bericht zusammen. Dieser Bericht enthält auch die Forderung der Lotsenbrüderschaft NOK II (Nordostseekanal) nach einer Lotsenannahmepflicht in der Ostsee für:

1. alle beladenen Tanker mit einem Tiefgang von sieben und mehr Metern
2. alle übrigen Fahrzeuge mit einem Tiefgang von neun und mehr Metern
3. alle Massengut- und Containerschiffe mit einer Länge von 180 und mehr Metern.

Greenpeace verschickte den Bericht an unterschiedliche politische und verwaltungstechnische Institutionen. Das Bundeskanzleramt dankte „für die Übersendung. (...) Er wurde mit großer Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen.“¹⁴³

Der Staatssekretär Ralf Nagel vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Woh-

¹⁴³) Brief aus dem Bundeskanzleramt von Frau Wilhelmine Edlinger am 2.10.01.

nungswesen dankte im Namen des Bundesministers Bodewig ebenfalls für die Übersendung: „Ihr Erfahrungsbericht enthält interessante Beobachtungen, die für die Weiterentwicklung der Sicherheit in der Kadetrinne hilfreich sein können. Ich habe daher Ihren Bericht an die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord (WSD-N) in Kiel weitergeleitet, die für die ständige Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Ostsee vor der deutschen Küste – auch in der Zusammenarbeit mit den dänischen Behörden – zuständig ist.“ Handschriftlich ergänzte Nagel: „PS: Ich danke für Ihr Engagement!“¹⁴⁴

Die für die Umsetzung der Verbesserungsvorschläge zuständige Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord stellte konkrete Schritte in Aussicht: „Die von Ihnen zur Verfügung gestellte Studie über das Fahrverhalten von Schiffen in der Kadetrinne, insbesondere die Aufzeichnungen der verschiedenen Verkehrssituationen, werden im Rahmen einer umfassenden Analyse zum Verkehrsgeschehen in der Kadetrinne Eingang finden.“¹⁴⁵

In Anschluss an die Greenpeace-Beobachtung überwachte auch die dänische Aufsichtsbehörde die Seefahrt zwischen Dänemark und Deutschland. Der Auslandsfunkreport meldete am 24. Juni 2001, 20:41 Uhr: „In der stark genutzten Kadetrinne in der Ostsee zwischen Dänemark und Deutschland werden die Seefahrts-Regeln laufend missachtet. Zu diesem Ergebnis kommt die dänische Aufsichtsbehörde, die den Verkehr mit Hilfe des Marine-Einsatzkommandos Arhus zwei Wochen lang eingehend beobachtete. (...) Damit wird grundsätzlich eine Kritik bestätigt, die die Umweltschutzorganisation nach eigenen Überwachungen erhob.“¹⁴⁶

Über die freiwilligen Greenpeacer, die an einer weiteren Beobachtung 2002/2003 teilnahmen, äußerte sich ein Lotse in den Kieler Nachrichten vom 11. Januar 2003: „Was die dort alles ehrenamtlich und ohne Geld machen“, sagt der bodenständige Lotse aus Rostock, „das gibt es doch gar nicht. Nie ein



Jammern, nie sind sie lustlos. Nichts von Null-Bock-Generation.“¹⁴⁷

In Sachen Schiffssicherheit lobte das Bundesverkehrsministerium das Engagement von Greenpeace in einem Schreiben vom 7. Februar 2002. Gert-Jürgen Scholz schrieb im Auftrag des Ministers Kurt Bodewig (SPD): „Es ist sehr erfreulich, wenn eine als kritisch bekannte Umweltschutzorganisation wie Greenpeace so etwas wie Wertschätzung für die intensiven Bemühungen der Bundesregierung erkennen lässt, die maritime Notfallvorsorge in Nord- und Ostsee nachhaltig zu verbessern.“

Der FDP-Abgeordnete Hans-Michael Goldmann schätzte den Einsatz der Bundesregierung für die Belange der Schiffssicherheit zwar wesentlich kritischer ein, aber Greenpeace erwähnte er in seinem Schreiben vom 26. März 2002 an den Schiffssicherheitsexperten Christian Bussau lobend: „Ich danke allen Aktiven der letzten Monate für ihren Einsatz. Mich hat die Energie, mit der viele Interessierte oft ehrenamtlich für den Erhalt der öffentlichen Seeamtsverfahren gestritten

Überwachung der Kadetrinne 2001 mit Greenpeace-Schiff ›Sunthorice‹.

¹⁴⁴) Brief von Staatssekretär Ralf Nagel vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen am 25.10.01.

¹⁴⁵) Brief von Dr. Knieß von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord am 8.11.01.

¹⁴⁶) Auslandsfunkreport, Wildwest-Seefahrt zwischen Dänemark und Deutschland, 24.6.01, 20:41.

¹⁴⁷) Kieler Nachrichten 11.1.2003.

haben, stark beeindruckt. Auch wenn das Engagement nicht erfolgreich war, so ist dies eine Erfahrung, die ich nicht missen möchte. Ich habe viel gelernt und viele interessante Menschen kennen gelernt.“

Greenpeace übernahm mit der Überwachung eine längst überfällige Aufgabe der zuständigen Behörden der Küstenländer und des Bundes. Allein im Mai 2001 stellte die Umweltschutzorganisation über 150.000 Euro für den Einsatz im Sinne der Schiffssicherheit zur Verfügung.

Havarie der „Pallas“

In dem Bericht der unabhängigen Expertenkommission ‚Havarie Pallas‘, der dem Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen am 16.2.2000 in Berlin vorgelegt wird, wird der Greenpeace Schifffahrts-Experte Dr. Christian Bussau als angehört Sachverständiger aufgeführt. Er hatte im Namen von Greenpeace Konsequenzen aus der Havarie der ‚Pallas‘ für das Sicherheits- und Notfallkonzept der Deutschen Bucht gefordert,

Neben wissenschaftlicher Unterstützung leistete Greenpeace beim ›Pallas-Unglück auch Hilfe beim Bergen des ausgelaufenen Öls.



„um bei zukünftigen Fällen von in Seenot geratenen Schiffen eine optimale Bekämpfung der Schäden zu ermöglichen bzw. ein Eintreten von Schäden zu verhindern.“¹⁴⁸ Die von Greenpeace erarbeiteten Verbesserungsvorschläge enthielten als Kernpunkte, dass mehr Schlepper und Hubschrauber bereitgestellt, eine effektive Küstenwachzentrale gebildet und die Reeder-Haftung bei Unfällen verschärft werden müssen.

Allerdings hatte Greenpeace nicht nur theoretische Arbeit geleistet, sondern auch tatkräftig Schwer- und Dieselöl aus dem havarierten Holzfrachter geborgen, denn auch Monate nach dem Unglück gelangte noch Öl aus der ‚Pallas‘ ins Meer. Um kurzfristig die Einsätze an Bord der ‚Pallas‘ durchführen zu können, setzte Greenpeace insgesamt rund 117.000 Mark ein.¹⁴⁹

Forschungsministerium

Nach den zahlreichen Chemiekampagnen von Greenpeace verzichtet auch das Bundesforschungsministerium unter Edelgard Bulmahn (SPD) nicht auf die Meinung der Umweltorganisation. Schon im Mai 2002 wird die Organisation zu einem Planungstreffen eingeladen, weil 2003 das ‚Jahr der Chemie‘ ansteht¹⁵⁰.

(Familienministerium siehe Abschnitt 2.)

3.2 In den Fachbehörden

Umweltbundesamt

Regelmäßig steht Greenpeace in Kontakt mit dem Umweltbundesamt. Auf höchster Ebene wird auf die Meinung und Kompetenz der Umweltschützer Wert gelegt. So etwa bei einem Treffen mit Geschäftsführerin Brigitte Behrens am 17.5.1999, das in Gegenwart aller wichtigen Abteilungsleiter des Amtes stattfand.

In einem Schreiben an den Greenpeace Chemie-Experten Manfred Krautter im Zu-

¹⁴⁸) Greenpeace Papier „Konsequenzen aus der Havarie der ‚Pallas‘ für das Sicherheits- und Notfallkonzept der deutschen Bucht“, Mai 1999, S. 2.

¹⁴⁹) Greenpeace Jahresrückblick 1999, S. 10.

¹⁵⁰) Einladung

sammenhang mit dem Verbot von kurzket- tigen Chlorparaffinen äußerte sich das Um- weltbundesamt (UBA) positiv zu weiteren Analysen bei mittel- und langkettigen Chlor- paraffinen. Heinz-Jochen Poremski schrieb: „Über eine erneute und gute fachliche Koope- ration mit Greenpeace würden wir uns freuen. Ein konkreter Anknüpfungspunkt wäre aus unserer Sicht die koordinierte Probenahme entsprechender Matrices. (...) Sobald wei- tere Untersuchungs- und Rechercheergeb- nisse vorliegen, sollten wir die Diskussion gemeinsam fortführen.“¹⁵¹

Bundesamt für Naturschutz

Das Verhältnis zum Präsidenten des Bundes- amtes für Naturschutz, Prof. Vogtmann, ist von sehr guter Zusammenarbeit geprägt. So lud Prof. Vogtmann Brigitte Behrens wieder- holt zum Gedankenaustausch in seine Behör- de. Während die ersten Schreiben noch sehr förmlich sind, klingt im Brief vom 19. Juli 2002 sogar eine Bitte um ‚Amtshilfe‘ an:

„Meine Lieben, (...) Schwerpunkt der na- turschutzfachlichen Aktivitäten wird in den nächsten Monaten die Stützung der Kom- missionsvorschläge sein gegenüber dem EU- Parlament, dem Fischereirat sowie den ein- zelnen Mitgliedsländern, besonders den süd- europäischen Staaten, die sich zu einem Bünd- nis ‚Freunde der Fischerei‘ zusammenge- schlossen haben. Dieses Bündnis übt massiv Druck auf die Kommission aus und versucht, wesentliche Aspekte des Kommissionsvor- schlages zu verhindern. Ich mache auf die- sen Umstand aufmerksam, da eventuell Akti- onen erforderlich werden könnten, um die Be- mühungen der Kommission zu stützen.“

3.3 In den Enquete- Kommissionen

Wenn der deutsche Bundestag die Einset- zung einer Enquete-Kommission, einer Ar- beitsgruppe der Abgeordneten zu relevanten gesellschaftspolitischen Fragen, einsetzt, wird oft Greenpeace geladen und gehört.

Globalisierung der Weltwirtschaft

Im Schlussbericht der Enquete-Kommission ‚Globalisierung der Weltwirtschaft‘¹⁵² wird Greenpeace als kompetenter Informant mehr- fach erwähnt, gelobt und die Argumentation übernommen. Die Umweltschützer waren auf der öffentlichen Anhörung der Enquete- Kommission unter dem Titel „Von der Indus- trie- zur Wissensgesellschaft: Wirtschaft, Arbeitswelt und Recht, Privatisierung und Patentierung von Wissen“ in Berlin am 8. Oktober 2001 vertreten. Greenpeace liefer- te Antworten zu ausgewählten Fragen zu den Themen Patente, Rechte des geistigen Eigen- tums und TRIPS-Abkommen der WTO. U.a. waren der Bundesverband der Industrie und die Gewerkschaft ver.di um ihre Experti- se gebeten worden.

Zum einen nutzen die Kommissionsmit- glieder einen von Greenpeace erstellten Ver- gleich zwischen dem TRIPS-Abkommen (Trade-Related Aspects of Intellectual Pro- perty Rights) und der EU-Richtlinie 98/44. In dem Vergleich geht es darum, wie weit die EU-Richtlinie und damit die in Europa gängi- ge Praxis der Patentvergabe auf Leben dem TRIPS-Abkommen widerspricht. Jürgen Knirsch, Greenpeace-Globalisierungsexperte, stellt die Tabelle vor.

Zum anderen heißt es: „Die Ressource Umwelt ist durch landwirtschaftliche Pro- duktion, aber auch durch andere Einflüsse erheblich betroffen. (...) Neben dem Zugang zu Land (...) spielt die Frage der verfügbaren Technologie eine herausragende Rolle. (...) In diesem Sinne ist die Förderung der menschi- lichen Ressourcen essenziell zur Verbesse- rung der Ernährungslage. Die von ‚Brot für die Welt‘ und Greenpeace veröffentlichte Studie ‚Ernährung sichern‘ (Brot für die Welt, Greenpeace 2001) setzt sich aus der Perspek- tive des Südens mit nachhaltiger Landwirt- schaft auseinander. Zugrunde liegen die For- schungsergebnisse der britischen Agrar- experten Jules Pretty und Rachel Hine, die in ihren ‚SAFE-World-Report‘ (Pretty, Hine 2001) anhand von ca. 200 Beispielen in 52 Ländern

¹⁵¹) Brief des UBA an Manfred Krautter, 11.01.1999.

¹⁵²) Abschlussbericht Enquete-Kommission des Bundestages „Globalisierung und Weltwirtschaft“, Drucksache 14/9200

belegen, dass die nachhaltig standortgerechte Landwirtschaft einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Ernährungssituation im ländlichen Raum leisten kann. Neben agrartechnischen Aspekten belegt die Studie die enorme Bedeutung des traditionellen Wissens der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern.“

Im Dankeschreiben von Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker heißt es¹⁵³: „Auf diesem Wege möchte ich mich nochmals ganz herzlich dafür bedanken, dass Sie Ihren Sachverstand in die Arbeit der Enquete-Kommission eingebracht haben. Die umfassenden Informationen, die die Kommission durch die Anhörungen erhalten hat, bildeten eine wichtige Grundlage für die Erstellung des Abschlussberichtes.“

Greenpeace-Protest vor dem Münchner Europäischen Patentamt gegen Patentierung von Lebewesen.



¹⁵³) Brief vom 20.9.2002.

¹⁵⁴) Drucksache 14/5157 und PE.

Recht und Ethik der modernen Medizin

In der Enquete-Kommission ‚Recht und Ethik der modernen Medizin‘, die der Bundestag am 24. März 2000 einsetzte, war der Greenpeace-Patentexperte Dr. Christoph Then bei der Öffentlichen Anhörung am 3. Juli 2000 vertreten. Nach zähen Diskussionen und unter Berücksichtigung eines Minderheiten-votums kam am 25.1.2001 ein Zwischenbericht zustande, der die Greenpeace-Forderung stützt.¹⁵⁴

Demnach hegt die Enquete-Kommission Bedenken dagegen, die Biopatent-Richtlinie der Europäischen Union in deutsches Recht umzusetzen, weil sie Patente auf Lebewesen und Gene nur unzureichend verhindert. Im Text heißt es: „Mit der Forderung ‚Kein Patent auf Leben‘ lehnen Kritiker insbesondere die Patentierung der DNA-Sequenzen als Kommerzialisierung des Lebendigen ab.“ Der Zwischenbericht erwähnt Skandalpatente auf Embryonen und Chimären (Mensch-Tier-Mischwesen), die Greenpeace aufgedeckt hatte. Die Kommission kommt zu dem Schluss: „Die Enquete-Kommission sieht deshalb eine wichtige Aufgabe darin, die rechtlichen und ethischen Aspekte dieser Fragestellungen – gemäß ihrem Einsatzbeschluss beschränkt auf Erfindungen, die sich auf den Menschen in allen Stadien seiner Entwicklung beziehen – zu klären, um im Ergebnis dem Gesetzgeber dazu Rat zu erteilen.“

3.4 Beim Bundespräsidenten

Auch die jeweiligen Bundespräsidenten pflegen Kontakt zu Greenpeace – als eine Organisation, die in Sachen Umweltschutz eine der wichtigsten außerparlamentarischen Oppositionen vertritt und zu den wichtigen bundesdeutschen Interessengruppen zählt. Von 1991 bis 2002 war Greenpeace jedes Jahr zum Neujahrsempfang geladen.

Dr. Arnold Wallraff dankte am 8. November 1993 dem damaligen Geschäftsführer von Greenpeace, Thilo Bode, für die „thematische Hilfe bei der Vorbereitung des Um-

weltgesprächs mit dem Bundespräsidenten in der Villa Hammerschmidt am 15. November 1993“. Dr. Wallraff schlug die Themen: Stillstand der Umweltpolitik nach Rio, Umweltschutz als Standortfaktor, Umweltschutz nach Maastricht und besondere Einzelprobleme wie Energiekonsens und UNCED-Wald-Konvention, Ökologisierung der Land- und Forstpolitik sowie Wege zu einer ökologisch orientierten sozialen Marktwirtschaft als Gesprächsthemen vor und schloss mit den Worten: „Ich bin sicher, dass das Gespräch beim Bundespräsidenten mit Ihrer Hilfe einen erfolgreichen Verlauf nehmen wird.“

Thilo Bode war dann auch auf der Gästeliste des Neujahrsempfangs des Bundespräsidenten im Schloss Bellevue am 9. Januar 1995.

1999 würdigte Bundespräsident Roman Herzog Greenpeace als einen ‚player‘ in der Weltaußenpolitik im Rahmen seiner Eröffnungsansprache zum Weltwirtschaftsforum Davos am 28. Januar 1999 zum Thema ‚Außenpolitik im 21. Jahrhundert‘.

Er sagte: „Manche hatten sich ausgerechnet, dass es nach der Auflösung des bipolaren Systems eine neue Zukunft der Nationalstaaten geben werde, mit 189 Staaten als unabhängigen Akteuren des internationalen Systems an Stelle der beiden Supermächte. Das war ein Irrtum. Zwar ist richtig, dass der Prozess der Globalisierung mit Prozessen der Fragmentierung einherging. Aber nicht nur die beiden ideologischen Blöcke fragmentierten sich. Auch andere Großkollektive begannen zu bröckeln, auch der Nationalstaat selbst. Neben den nationalen Regierungen hatten schon lange zahllose transnationale Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur, Technik und Ökologie damit begonnen, ihre Anliegen und Botschaften global zu vertreten. CNN, das Rote Kreuz, Yehudi Menuhin, Politologen der Harvard University, das Internet und Greenpeace, von den Weltkonzernen ganz abgesehen, werden heute dezentral und ungesteuert außenpolitisch wirksam. Es gibt sie bereits, das Weltbürgertum und die globalen Zivilge-

sellschaften, auch wenn wir noch keine Weltverfassung haben.“

Und auch Bundespräsident Johannes Rau empfing Greenpeace zum Neujahrsempfang in seinem Amtssitz, Schloss Bellevue am 9. Januar 2002.

3.5 In internationalen Institutionen als Beobachterin

Der Greenpeace-Cheflobbyist Rémi Parmentier erinnert sich, wie schwierig es in den Anfangszeiten für Greenpeace war, an internationalen Konferenzen teilzunehmen:

„Als die Greenpeace-Geschichte in den späten siebziger Jahren begann, behandelten die ‚kompetenten Autoritäten‘ (Regierungen, Industrie genau wie zwischenstaatliche Organisationen) Greenpeace im besten Fall väterlich und oft genug eher rau. Nicht nur, dass Greenpeace-Schiffe in praktisch jedem Land festgesetzt wurden oder gerammt oder mit Tränengas besprüht oder – in einem Fall – versenkt. Es waren entschlossene Anstrengungen für Greenpeace notwendig, um das Recht zu erhalten, an den Sitzungen von zwischenstaatlichen Organisationen teilzunehmen.“

Aber die Zeiten haben sich geändert. Heutzutage stehen Staatsbeamte weltweit, aber auch viele Regierungsvertreter der Teilnahme von Greenpeace und anderer Umweltschutzgruppen offen gegenüber. Man sagt sogar, manche würden Greenpeace vermissen, wenn die Organisation nicht dabei wäre. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wies in seinem Bericht zur UN-Vollversammlung zum Thema ‚Arrangements and Practices for the Interaction of Non-Governmental Organizations in all Activities of the United Nations System‘ darauf hin, dass Nichtregierungsorganisationen ‚nicht länger nur als Multiplikatoren von Information anzusehen sind, sondern als Teilhaber der Politik und als Brücke zwischen der breiten Öffentlichkeit und zwischenstaatlichen Prozessen‘.¹⁵⁵

Schmidt/Take sehen „die Rolle der NGOs bei der Demokratisierung bzw. Re-Demokra-

¹⁵⁵ Rémi Parmentier: Greenpeace and the Dumping of Waste at Sea: A Case of Non-State Actors' Intervention in International Affairs, in: International Negotiation 4, 1999, S. 449.

tisierung internationaler Politik bzw. von außenpolitischen Entscheidungsprozessen (...) in der Schaffung von Transparenz durch die Information und Aufklärung der Öffentlichkeit über diese Prozesse. Transparenz durch Informationen stellt unseres Erachtens die grundlegende Bedingung für eine öffentliche Kontrolle dar und bildet somit einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung.“¹⁵⁶

Für Schmidt/Take spiegelt sich „die öffentliche Anerkennung von NGOs (...) auch in der Berichterstattung der Medien wider. Nicht selten gründet sich die mediale Berichterstattung über Konferenzen auf Informationsmaterialien, die dort von NGOs allen Interessierten zur Verfügung gestellt werden. Auch von offizieller Seite erfahren die NGOs zunehmend Akzeptanz und Anerkennung. Dies findet seinen Ausdruck in der Einbindung der NGOs, sei es als Teilnehmer oder Berichterstatter internationaler Meetings, sei es durch die Aufnahme ihrer Vertreter in nationale Delegationen. (...) Die Bedeutung der NGOs als Repräsentanten des öffentlichen Interesses unterstrich auch der ehemalige UN-Generalsekretär Butros-Ghali, indem er die NGOs als ‚eine grundlegende Form menschen-naher Repräsentation‘ bezeichnete; sie seien ‚gewissermaßen eine Garantie für die politische Legitimation auch der Vereinten Nationen‘. Die ständige Aufwertung des Konsultativstatus für NGOs in staatlichen und internationalen Gremien unterstützt diese These. Auch auf Grund der steigenden persönlichen Belastung der Menschen durch Umweltschäden wird die Beteiligung gesellschaftlicher Akteure am Prozess der internationalen Umweltpolitik immer dringender eingefordert.“

Greenpeace hatte 2003 folgenden Status in internationalen Organisationen:

Berater-Status – Consultative Status:

ECOSOC – (Wirtschafts- und Sozial-Rat der UN), United Nations: Economic and Social Council

Greenpeace hat einen garantierten Berater-Status in den meisten der UN- und Konventions-Foren, der auf einer ECOSOC-Resolution von 1996 über den Status der NGOs bei der UN beruht.

Kooperations-Status – Liaison Status:

FAO – Welternährungsorganisation – United Nations: Food and Agriculture Organisation

Beobachter-Status – Observer Status:

UNEP – Umweltprogramm der Vereinten Nationen, United Nations: Environmental Program

Basel-Konvention – Baseler Giftmüll-Abkommen, Basel Convention on the Control of Transboundary Movements of Hazardous Wastes

Biosafety-Protokoll – Convention on Biological Diversity (CBD) and Cartagena Protocol (Abkommen zum Schutz der Biologischen Vielfalt)

Washingtoner Artenschutzübereinkommen – CITES, Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora)

HELCOM – Convention on the Protection of the Marine Environment of the Baltic Sea Area (Helsinki-Konvention zum Schutz der Ostsee)

Ramsar-Konvention – Ramsar Convention on Wetlands (Feuchtgebiete)

Stockholm-Konvention – Stockholm Convention/POPs Treaty (Abkommen zum Schutz vor Dauergiften (POPs))

UNFCCC – United Nations: Framework Convention on Climate Change (Rahmenabkommen zum Klimawandel)

¹⁵⁶) Hilmar Schmidt/Ingo Take, Demokratischer und besser? Der Beitrag von Nichtregierungsorganisationen zur Demokratisierung internationaler Politik und zur Lösung globaler Probleme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 43/97, 17.10.1997, S. 14ff.

MAP – United Nations: Barcelona Convention/Mediterranean Action Plan (Aktionsplan zum Schutz des Mittelmeeres)

Cartagena-Konvention – United Nations: Cartagena Convention on the Protection of the Wider Caribbean Region (Abkommen zum Schutz des karibischen Raumes)

UNSEGED – United Nations: Solar Energy Group on Environment and Development (Solarenergie-Kommission der UN zu Umwelt und Entwicklung)

Konvention von Bern – Berne Convention on the Protection of European Fauna and Flora and their Habitats

CSD – UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung – Commission on Sustainable Development

Helsinki-Kommission – Commission on the Protection of Forests in Europe (Kommission zum Schutz der europäischen Wälder)

IPCC – Zwischenstaatlicher Expertenrat für Klimawandel – Intergovernmental Panel on Climate Change

IWC – Internationale Walfang-Kommission – International Whaling Commission

WTO – Welthandelsorganisation – World Trade Organisation

London-Konvention – London Convention (c/o IMO)

(Abkommen zur Müllversenkung im Meer)

OSPAR – Oslo Convention on the Prevention of Marine Pollution by Dumping of Ships and Aircraft and Paris Convention for the Prevention of Marine Pollution from Land-Based Sources (Abkommen zum Schutz des Nordostatlantiks)¹⁵⁷

Greenpeace hat Beobachter-Status in allen gesetzgebenden Institutionen der EU: in der EU-Kommission, im EU-Rat, im EU-Parlament

Für Schmidt/Take ist „die zusätzliche Demokratisierung internationaler Entscheidungsprozesse durch NGOs (...) anhand ihrer transparenzfördernden Leistungen plausibel darzustellen. Hierzu zählen die von den NGOs immer wieder erbrachte Information und Aufklärung der Öffentlichkeit über politische Entscheidungsprozesse sowie die von den NGOs zur Verfügung gestellten unabhängigen Expertisen und Handlungsanleitungen, die die politischen Entscheidungsträger nicht mehr allein auf ihre Berater angewiesen sein lassen. Beispiele hierfür sind regelmäßig erscheinende Mitgliederzeitschriften, konferenzbegleitende Informationsmaterialien und Zeitschriften sowie Jahresberichte (...). Außerdem leisten die NGOs einen Beitrag zur Überwachung der Implementation der international vereinbarten Maßnahmen. Indem die NGOs also zusätzliche Informationen liefern, Entscheidungsprozesse durchsichtiger machen und die Implementation bestimmter Politiken überwachen, schaffen sie ein zusätzliches Maß an Transparenz, welches den Bürgern eine freiere Meinungsbildung ermöglicht. Darüber hinaus werden die transparenzfördernden Leistungen innerhalb der NGOs nicht durch einen restriktiven Verwaltungsapparat behindert. Sie können deshalb relativ ungehindert ihre originären Funktionen wahrnehmen, die vor allem in der Kontrolle, Kritik, Anklage und Verurteilung der politischen Prozesse und ihrer Träger liegen. Allerdings muss auch konstatiert werden, dass sich zumindest die größeren NGOs in dem Dilemma befinden, sich einerseits von Staatspolitik und Wirtschaftshandeln abgrenzen zu müssen, andererseits aber auf die Formulierung anschlussfähiger Themenstellungen als Voraussetzung für unterstützende Förderung angewiesen zu sein.“¹⁵⁸

Aber die beiden Wissenschaftler sehen in der Aufklärung der Öffentlichkeit nicht allein einen Beitrag zur Demokratisierung internationaler Politik, „sie ist auch eine der wichtigsten Funktionen, die NGOs im Rahmen einer

¹⁵⁷⁾ Liste von Stefan Krug.

¹⁵⁸⁾ Schmidt/Take, S. 15.

mehrstufigen ‚global governance‘ zur Lösung globalisierter Probleme ausüben. Durch sie wird Druck auf die politischen Entscheidungsträger erzeugt, bestimmte Probleme auf die politische Agenda zu setzen bzw. deren Bearbeitung voranzutreiben.“

Auch zu Problemlösungsfindungen tragen NGOs durch alternative Vorschläge und Ideen sowie eigene Expertisen bei. Schmidt/Take konstatieren, dass „der Informationsinput der NGOs (...) dabei (auch nach Aussagen von Regierungsdelegierten) teilweise von mehr Kompetenz als entsprechende, von den Regierungen in Auftrag gegebene Studien [zeugt]. Durch die Vermittlung zwischen staatlichen Akteuren und die Unterstützung von Leader-Staaten gelingt es ihnen immer wieder, zur Fortentwicklung der Vereinbarungen beizutragen. (...) Die Beteiligung der NGOs am Entscheidungsfindungsprozess bedeutet darüber hinaus gegenüber der Öffentlichkeit einen Legitimationsgewinn für die von der Regierung verabschiedeten Gesetze. Das Gleiche gilt auch für die auf internationaler Ebene getroffenen Vereinbarungen.“

Auch Marianne Beisheim stellt fest, dass die Arbeit der NGOs „bei den Prozessen der Politikfindung im Rahmen der Vereinten Nationen (VN) (...) hochgeschätzt [wird]. Auf Grund des über sie erfolgenden Inputs gesellschaftlicher Interessen gelten sie als ein potenzieller Legitimationsfaktor für internationale Institutionen. (...) Die VN sind in der bisherigen Praxis weniger eine Vereinigung von Völkern als eine Gemeinschaft von Staaten und Regierungen mit z.T. fragwürdiger demokratischer Legitimität. Die Demokratisierung der VN könnte auch durch die stärkere Einbeziehung einer gesellschaftlichen Komponente vorangebracht werden. Dabei sind die Vorteile der Arbeit der NGOs gegen die Risiken abzuwägen, wie z.B. Bürgernähe, Sachkompetenz, unbürokratisches, innovatives Denken gegen eventuell ungenügende Repräsentanz in der Gesamtgesellschaft oder gegen die

Gefahr der Instrumentalisierung von NGOs durch wirtschaftliche oder politische Lobbys. Boutros-Ghali sah die NGOs als zusätzliches Pluralitätselement in der internationalen Politik; NGOs würden sowohl gegenüber den eigenen Regierungsvertretern als auch für die Tätigkeit der internationalen Apparate als korrekatives Element wirken.

Auch die Agenda 21 beurteilt das Engagement nichtstaatlicher Organisationen als förderungswürdig.¹⁵⁹ So wird vorgeschlagen, dass der Verband der Vereinten Nationen und die Regierungen in Konsultationen mit den NGOs einen Prozess in Gang setzen sollen, um die förmlichen Verfahren und Mechanismen zur Einbeziehung der NGOs auf allen Ebenen von der politischen Entscheidungsfindung bis zur Umsetzung – gerade auch der Agenda 21 – zu überprüfen. Damit wird die Agenda 21 zu einem ‚Aktionsprogramm für eine stärkere NRO-Partizipation‘, das auch ein Plus an formaler Legitimation für NGOs auf der internationalen Ebene mit sich bringen kann.“¹⁶⁰

3.6 Mit Gewerkschaften

Zusammen mit der IG Bauen-Agrar-Umwelt entwickelte Greenpeace 1999 das Gütesiegel ‚Das Plus für Arbeit und Umwelt‘. Das Siegel garantiert den Verzicht auf umweltschädliche Baustoffe wie PVC, FCKW/FKW, Urwaldholz und Dämmstoffe, die langlebige Gifte enthalten. Am 19. November 2002 wurde das Modellsanierungsprojekt ‚Bürger 2002‘ in Bremen mit dem Gütesiegel ausgezeichnet. Anlässlich der Verleihung war der IG-BAU-Bundvorsitzende Klaus Wiesehügel anwesend, der erklärte: „Das Gütesiegel dokumentiert eine umweltverträgliche Sanierung, bei der auch Sozialstandards und Tarifverträge eingehalten werden. Das ist gut für Arbeit und Umwelt.“ Und die Bremer Senatorin für Bau und Umwelt Christine Wischer zeigte sich beeindruckt: „Was hier verwirklicht wurde, ist Klimaschutz zum Vorzeigen.“¹⁶¹

¹⁵⁹⁾ Unter Ziffer 27.1 der Agenda 21 heißt es: „Nichtstaatliche Organisationen spielen eine entscheidende Rolle bei der Ausformung und Umsetzung einer teilhabenden Demokratie ... Die unabhängige Rolle, die den nichtstaatlichen Organisationen innerhalb der Gesellschaft zukommt, verlangt nach einer echten Mitwirkung.“ Die Frage nach der demokratischen Legitimität der NGOs wird dabei ansatzweise behandelt, indem man postuliert: „Ihre Glaubwürdigkeit ist durch die verantwortliche und konstruktive Rolle begründet, die sie in der Gesellschaft spielen.“

¹⁶⁰⁾ Marianne Beisheim, Nichtregierungsorganisationen und ihre Legitimität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 43/97, 17.10.1997, S. 27f.

¹⁶¹⁾ Presseerklärung der IG BAU, Greenpeace, der Bauherrengemeinschaft „Bürger 202“ und dem Bremer Energie-Konsens, Bremerhaven 19.11.2002.

Der Vorsitzende der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Frank Bsirske verkündete in seiner Grundsatzrede auf dem Gründungskongress der neuen Gewerkschaft am 20. März 2001: „Wir können von Greenpeace eine Menge lernen.“¹⁶²

In Zusammenarbeit mit der Internationalen Transportarbeiter Föderation (ITF), dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), dem Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss (TUAC) sowie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) brachte Greenpeace einen Bericht mit dem Titel ‚Troubled waters: fishing, pollution and FOCs‘ (Billigflaggen, A.d.V.) heraus, um ein umfassendes Verbot unternormierter Billigflaggen durchzusetzen. In dem Bericht wird die Verbindung zwischen Billigflaggen, Umweltverschmutzung und illegaler Fischerei aufgedeckt.

Der Studie zufolge werden durch das Billigflaggensystem in großem Umfang illegale Fangpraktiken und die Befischung bedrohter Arten ermöglicht. Darüber hinaus gefährden überaltete, schlecht gewartete Billigflaggenflotten die Umwelt. „Tödliche Unfälle, Arrestierungen und Ölkatastrophen kommen in der Billigflaggenszene weitaus häufiger vor als bei Schiffen unter nationaler Flagge“, hieß es im ITF-Seeleute-Bulletin 2000. Die

unterschiedlichen Gewerkschaftsorganisationen und Greenpeace forderten die UN-Kommission über nachhaltige Entwicklung (CSD) unter anderem dazu auf:

- „die Ratifizierung des Übereinkommens über die Erhaltung und verantwortungsbewusste Bewirtschaftung von Fischbeständen der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) und des UN-Übereinkommens über lokal und weit wandernde Fischbestände zu empfehlen;
- sich für eine hochnormige Schifffahrt einzusetzen und Initiativen für einen verantwortungsvollen Fischfang zu unterstützen;
- Maßnahmen zur Transparenz in diesem Industriezweig zu entwickeln“.¹⁶³

1983 gelang es Greenpeace in Großbritannien, die National Union of Seamen (NUS, nationale Seeleutegewerkschaft) und die ITF davon zu überzeugen, jegliche Beförderung und Verladung von Atommüll zu boykottieren. Daraus resultierte, dass das jährliche Dumping-Programm Großbritanniens nicht durchgeführt werden konnte. 1983 wurde das erste Jahr im atomaren Zeitalter ohne offizielle Atommüllverklappung.

(Mehr dazu unter 1.3 London Dumping Convention.)

¹⁶²) http://www.zeit.de/reden/wirtschaftspolitik/200113_verdi_bsirske

¹⁶³) ITF-Seeleute-Bulletin 2000, S. 14f.

4. Zwei Beispiele für den internationalen Einsatz

Greenpeace ist nicht in allen Ländern dieses Planeten aktiv. Die gewaltfreien Umweltschützer müssen sich aus Ländern heraushalten, die nicht ein Mindestmaß an Bürgerrechten und Personenschutz bieten, in denen Willkür, Entführung, Mord und Folter alltäglich sind. Doch in Ländern mit jungen oder sehr brüchigen demokratischen Strukturen werden die gewaltfreien Umweltschützer aktiv. Und sie leisten weit mehr, als sich nur für sauberes Wasser oder die geregelte Müllentsorgung einzusetzen. Sie sind Vorbild für eine Bürgergesellschaft, stärken demokratische Opposition und Initiativen von unten, zeigen, dass sich gewaltfreier Widerstand lohnt und Zähigkeit zum Erfolg führt.

Thilo Bode, damals Direktor von Greenpeace International, schrieb dazu in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung im Dezember 1998 unter der Überschrift ‚Weltvolk probt Aufstand‘¹⁶⁴: „In weniger rigide regierten Staaten haben Nichtregierungsorganisationen schon beachtliche Veränderungen bewirkt. Kürzlich protestierten vor dem türkischen Energieministerium Umweltaktivisten gegen den Bau eines Atomkraftwerkes. Ein unerhörter Vorfall für türkische Verhältnisse, doch wurden die türkischen Aktivisten nicht wie üblich verprügelt und eingesperrt. Sie konnten unter dem Schutzschild eines internationalen Umweltverbandes und der internationalen Presse agieren. Offensichtlich hatten die türkischen Behörden wegen internationaler Komplikationen Bedenken vor einem härteren Vorgehen. Für diplomatische Vertretungen, die sonst auf konfrontative Umweltorganisationen nicht gut zu sprechen sind, sind diese jedoch ein willkommenes Instrument, um bürgerliche und politische Grundrechte, die sie wegen kommerzieller Interessen eher verschämt einfordern, zu propagieren.“

Die Zeitschrift *Natur & Kosmos* hebt die internationalen Aktivitäten hervor: „Tatsächlich trug Greenpeace mit gewaltfreiem Protest dazu bei, dass Frankreich die oberirdischen Atombombenversuche einstellte, die USA und Russland die Antarktis unter Schutz stellten und die Walfangnationen ihren Fang begrenzten. Ohne öffentlichkeitswirksame Aktionen wäre das kaum möglich gewesen. Die Greenpeace-Aktivisten scheuten nicht einmal davor zurück, auf dem Platz des Himmlichen Friedens in Peking gegen Chinas Atombombenversuche zu demonstrieren.“¹⁶⁵

4.1 Im Libanon

Auch im bürgerkriegszerstörten Libanon arbeitet Greenpeace mit Erfolg. Das ist der Einsatz für den Umweltschutz in einem zerrütteten Land, in dem sich die Menschen um Wiederaufbau bemühen und nach einem Auskommen suchen und dessen demokratische Strukturen von den mächtigen Familien des Landes eher geduldet als gefördert werden.

Aber Greenpeace wurde unter dem Deutsch-Libanesen Fouad Hamdan ab 1996 schnell zur Institution. So schrieb die Süddeutsche Zeitung am 24. Oktober 1997 über den Wiederaufbau der Hauptstadt des Libanon, Beirut:¹⁶⁶

„So soll der Müll, täglich fallen 1.700 Tonnen an, künftig in zwei Stationen sortiert, dann zum Teil kompostiert, verbrannt und endgelagert werden. Das klingt gut, dafür gibt es vom örtlichen Greenpeace-Vertreter zum Teil auch Lob. ‚Die machen was, die haben endlich begriffen, dass es so nicht weitergehen kann‘, sagt Fouad Hamdan, einst Sprecher der Organisation in Deutschland und seit elf Monaten in Beirut. Trotz des Engagements der Regierung kritisiert Hamdan jedoch die Richtung: Nicht die Verbrennung sei der richtige Weg, sondern die Müllvermeidung.“

Das sind Töne, die zwar nach Deutschland, nicht aber in ein vom Krieg zerstörtes

¹⁶⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung /31. Dezember 1998/Feuilleton/Thilo Bode/„Weltvolk probt Aufstand“: /Organisierter Umweltschutz als Nährboden der Demokratie.“

¹⁶⁵ *Natur und Kosmos*, 1.6.2001, Im Namen der Umwelt, S. 28.

¹⁶⁶ Und der Krieg ist doch der Vater aller Dinge/Die Dritte Seite/Stefan Braun/Süddeutsche Zeitung 24. Oktober 1997.

Land passen wollen. Doch Hamdan findet Gehör: Denn der Libanon will sich Europa als Wirtschaftsstandort anbieten und braucht westliche Investoren. Kaum etwas wäre da unangenehmer als das Image eines Umweltfrevlers. Zugleich spielt auch das noch immer vorherrschende System der proportionalen Machtverteilung zwischen Christen, Sunniten und Schiiten eine wichtige Rolle, wenn es um den Einfluss von Greenpeace geht. Die Teilung der Macht sorgt dafür, dass die tatsächliche Opposition im Parlament klein, die Freude über öffentliche Kritik am jeweils anderen aber groß ist. Günstiger können die Bedingungen für eine Organisation wie Greenpeace gar nicht sein. Und Hamdan hat das begriffen. „Solange einer meine Ziele unterstützt, arbeite ich mit ihm zusammen. Was er sonst noch macht oder früher getan hat, ist mir egal.“ Wechselnde Koalitionen sind für Hamdan kein Problem – und führen dazu, dass er Freunden und Feinden nie ganz geheuer ist. So heißt es aus dem Umweltministerium, das selbst monatelang mit Greenpeace zusammenarbeitete: „Die Organisation leistet gute Arbeit. Aber hinter Hamdan steht ein anderer Politiker.“ Wer das ist, bleibt offen, weil es ständig ein anderer sein kann.“

Die arabisch-levantinische Variante der Umweltschutzarbeit wirkt. So schreibt Nadine Alfa, Reporterin des Daily Star, am 14. Juli 1997 über den Besuch des Greenpeace-Schiffes Sirius an der libanesischen Küste:¹⁶⁷

„Umweltminister Akram Chehayeb begrüßte das Greenpeace-Schiff ‚Sirius‘ im Libanon am Samstagmorgen, als es in Tripoli anlegte. Mit einer sichtbaren Änderung der Regierungspolitik gegenüber der internationalen Umweltschutzorganisation in ihrer Rolle als Wachhund, sagte Chehayeb, dass sich die Dinge seit 1995 eben geändert hätten, als dem Schiff Altair das Einlaufen verweigert wurde, und er fügte an, obwohl es zwischen Greenpeace und ihm Differenzen gebe, würde man ja für das gleiche Ziel arbeiten“. Im gleichen Artikel wird der Transportminister Omar Misakawi mit den Worten zitiert: „Wir brauchen



die doppelte Aufmerksamkeit von Seiten der Bevölkerung und der Regierung, um unser Meer wieder sauber zu machen und um uns Kritik von Greenpeace zu ersparen“.

Die Prominenz von Fouad Hamdan gestattet ihm offene Worte, die für andere wahrscheinlich hätte lebensgefährlich sein können. So spricht Hamdan bei der Gala zur Wahl des Mannes und der Frau des Jahres 1999, als er den Titel zugesprochen bekommt, davon, dass „die Entscheidungsträger, die die Umwelt zerstören, die gleichen seien, die während des Krieges Menschen entführt und getötet hätten“.¹⁶⁸

Der Einfluss von Greenpeace für den Wiederaufbau der libanesischen Gesellschaft

Greenpeace protestiert 1998 gegen Verklappung von Hafenschlamm an den Küsten des Libanon.

¹⁶⁷ The Daily Star/140797/Nadine Alfa/„Chehayeb gives Greenpeace a warm welcome – change of heart in evidence as minister greets ship that would once have been turned away“

¹⁶⁸ The Daily Star/Star Scene/250399/Maha Al-Azar/Social Reporter/„No losers at he Man and Woman of the Year Awards“

spiegelt sich bis in die Schulbücher. In beiden Bänden der Reihe¹⁶⁹ ‚Staatsbürgerkunde und zivile Erziehung‘ wird der Unterrichtsstoff immer wieder mit Greenpeace-Aktionen gegen die Umweltzerstörung illustriert. So geht es im Kapitel ‚Bürgerrechte‘ unter der Rubrik ‚Ziele‘ um:

„Die wichtigsten Rechte kennen lernen.

1. Die Fälle, in denen diese Rechte verletzt werden, feststellen.
2. Bewusstsein schaffen, dass diese Rechte nicht automatisch respektiert werden und erkämpft werden müssen, um sie zu schützen.
3. Erlernen, dass im Alltagsleben und durch bestimmtes Benehmen einige dieser Rechte respektiert bzw. verletzt werden können.“

Und weiter unter ‚Lese und überlege‘:

1) Bürgerrechte und Menschenrechte

Die Bürgerrechte im Libanon stimmen mit den Rechten, die in der Charta der Menschenrechte festgelegt wurden, überein, da der Libanon in seiner Verfassung eine Verankerung dieser Charta festgeschrieben, diese Übereinkünfte ratifiziert und sich dadurch zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet hat. Die in dieser Lektion angegebenen Rechte sind Teil der anerkannten Rechte für jeden Menschen gemäß der Charta der Menschenrechte. Es ist unausweichlich, dass jeder Mensch ungeachtet seiner Nationalität, Religion, Meinung, Hautfarbe und sozialen Schicht diese Rechte genießt.

3) Privatleben und das Recht auf freie Meinungsäußerung

Das Privatleben der Menschen muss respektiert werden. Man darf sich nicht einmischen. Einmischung heißt z.B. private Briefe zu lesen, Telefone abzuhören, Häuser ohne rechtliche Begründung zu betreten, den Ruf zu schädigen oder die Würde zu verletzen.

Jeder Mensch hat ein Recht auf freies Denken. Er hat das Recht, sich seine Meinung zu bilden, sie zu äußern und zu publizieren. Niemand darf wegen seiner Meinungen verfolgt werden. Die Bürger dürfen sich versammeln, um ihre Meinungen auszutauschen und Vereinigungen zu gründen. Jeder Mensch ist frei, seinen Glauben zu haben, ist frei in der Auswahl seiner Religion und frei bei der Ausübung seiner religiösen Gebräuche.“

Und dieser Abschnitt ist illustriert mit einer Demonstration von Greenpeace Libanon gegen die Verseuchung durch Asbest. Im Kapitel ‚Umwelt und allgemeine Sicherheit/Umwelt und Lebensqualität‘ wird schließlich Greenpeace-ähnliches Vorgehen geübt und der Wert gewaltfreier Veränderungen gewürdigt: „Aktivitäten

1. Versuche einen Ort mit Steinbrüchen zu besuchen, der gesetzeswidrig betrieben wird. Sammle Informationen über die Gefahren solcher Aktivitäten und über das Gesetz über Steinbrüche im Libanon und schlage dafür Lösungen vor. Stelle einen Ordner mit Bildern, Informationen und Gesetzen (...) zusammen.
2. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag ist das wichtigste Gericht für die Lösung von Konflikten zwischen den Staaten. Stelle den Mitschülern in der Klasse den Gerichtshof vor, erkläre seine Rolle und präsentiere einige seiner Urteilsprüche in Form eines Berichtes.

Evaluierung:

1. Nenne einige Wege zu demokratischen Lösungen von Konflikten.
2. Findest du es notwendig, bei jedem Konflikt vor Gericht zu gehen? Was könnten die Alternativen sein – falls vorhanden?
3. Wie können wir verhindern, dass Konflikte zwischen Ländern zu einer bewaffneten Auseinandersetzung führen?“

¹⁶⁹ Staatsbürgerkunde und zivile Erziehung. Grundbildung/ 7.Klasse /Neue Curricula/ Nationales Schulbuch/Pädagogisches Zentrum für Forschung und Entwicklung/Vorwort: „Aufbau durch Erziehung“: „Vier Jahre sind seit der Gründung des Workshops für umfassende pädagogische Reform vergangen. Mit dem heutigen Tag legt das Pädagogische Zentrum für Forschung und Entwicklung allen Zuständigen im Erziehungswesen die erste Sammlung von Schulbüchern vor, die auf der Basis der neuen Curricula per Erlass Nr. 10227 vom 8. Mai 1997 veröffentlicht und ausgearbeitet wurden(...) Dieses Schulbuch bedeutet einen erfolgreichen vorläufigen Abschluss bisheriger Maßnahmen auf dem Weg zum Wiederaufbau des Erziehungssektors unter der Aufsicht des Ministers für Nationale Erziehung, Jugend und Sport. Auf diese Weise werden alle aufeinander aufbauende Schritte zur Erneuerung unternommen, die vom Förderplan bis zur Neuorganisation, von den Curricula bis hin zu den Schulbüchern reichen. Wir hoffen, dass aus den besser ausgebildeten Schülern aktive und offene Bürger werden, die in der Lage sind, ihrer Heimat zu dienen und sich für die Lösung ihrer Probleme einzusetzen, die qualifiziert und mit Würde und Selbstbewusstsein bereit sind, sich an den Entwicklungen des einundzwanzigsten Jahrhunderts zu beteiligen. (...) Das Zentrum hat auch die Hilfe von internationalen Experten in Anspruch genommen.“ Sowie Staatsbürgerkunde und zivile Erziehung/Sekundarbildung/1. Schuljahr.

4.2 In Russland

In Russland sind die Umweltprobleme dramatisch: marode und gefährliche Atommeiler, undichte Ölpipelines, toxische Abwässer, die Abholzung von Urwäldern und und und. In dieser Situation konnte Greenpeace Russland bereits einiges erreichen. Weil die staatlichen Institutionen häufig so schwach sind, kommt Greenpeace in Russland in vielen Fällen eine Vermittlerrolle zu. Staatliche Stellen bitten Greenpeace um Hilfe, wenn sie selber ein Problem nicht lösen können.

Fischerei

So waren Inspektoren vom Staatlichen Ökologischen Komitee zum Erhalt der Umwelt im Bezirk Sachalin mit an Bord der ‚Rainbow Warrior‘, die vom 8. bis zum 21. Juni 2000 in der Wirtschafts-Zone zwischen dem Ochotzischen Meer und dem Stillen Ozean in der Region der Kurilen patrouillierte. Die staatlichen Inspektoren informierten sich über die negativen Auswirkungen der japanischen Treibnetzfisherei auf die Lachsbestände.¹⁷⁰

Wald und Weltnaturerbe

1994 unterzeichneten das Staatliche Komitee der Russischen Föderation zum Schutz der Umwelt (Goscomecology) und Greenpeace Russland ein Abkommen zur Zusammenarbeit, um geschützte russische Regionen in die Liste des Weltnaturerbes aufnehmen zu lassen. Als erstes russisches Gebiet wurden die Urwälder von Komi 1995 in die Liste aufgenommen. Ende 1996 erhielten weitere 6,5 Millionen Hektar Naturgebiete den höchsten ökologischen Schutzstatus.

Greenpeace in Moskau erarbeitete die Anträge, um beispielsweise den Baikalsee bei der UNESCO als Naturpark anerkannt zu bekommen. Normalerweise wäre das die Aufgabe des Umweltministeriums. Doch dieses war schlicht nicht in der Lage, die aufwändigen Kartierungen zu erstellen. Seit 1996 steht dieser größte Süßwassersee der Welt unter Schutz, wie auch die Vulkane von Kamchatka, die goldenen Berge des Altaigebirges und Teile des westlichen Kaukasus. Zuletzt wurde im Jahr 2001 das im fernen Osten gelegene zentrale Sikhote-Alin unter den Schutz

Die Urwälder von Komi sind die ersten russischen Wälder, die auf die Liste des Weltnaturerbes aufgenommen wurden.



¹⁷⁰) PE Greenpeace Russland vom 23.06.2000.



2002 säuberten Greenpeacer in einer internationalen Aktion die Küsten des Baikalsees.

der UNESCO gestellt. Für weitere zehn Gebiete laufen die Vorbereitungen für die Aufnahme in die Liste des Weltkulturerbes.

Auch an der Erstellung des ersten kompletten russischen Atlas der intakten Waldgebiete im Jahr 2002 war Greenpeace Russland maßgeblich beteiligt. Zehn russische Umweltschutzorganisationen und Forschungsinstitute hatten sich in der ‚Global Forests Watch Russia‘ zusammengeschlossen, um in jahrelanger Arbeit eine erste vollständige Aufnahme der russischen Waldbestände zu kartographieren, eine gute Grundlage für weitere Waldschutzmaßnahmen.¹⁷¹

Finanzen

Trotz dieser großen Erfolge fehlt Greenpeace Russland Geld. Auch in absehbarer Zeit wird Greenpeace nicht ausreichend Spenden aus der Bevölkerung erhalten. Deswegen unterstützt Greenpeace International die russischen Umweltschützer. Greenpeace Deutsch-

land und Greenpeace Russland haben darüber hinaus eine besondere Kooperation geschlossen. Die deutsche Fundraising-Abteilung wirbt seit 1999 um direkte Spendenpatenschaften für spezielle Projekte von Greenpeace Russland. Zurzeit (April 2003) gibt es rund 1.800 Russlandpaten. Das Spendenaufkommen, das direkt den russischen Umweltschützern zugute kommt, pendelte sich zwischen 1999 und 2002 stabil auf ungefähr 47.500 Euro ein.

Aktuell geförderte Projekte sind zum Beispiel das ‚Baikal Summer Camp 2002‘, bei dem die Ufer von Müll gesäubert werden sollten, mit 13.000 Euro.¹⁷³ Das Projekt gegen den Import von abgebrannten atomaren Brennelementen erhielt 41.100 Euro aus Deutschland.¹⁷⁴ Der Kampf gegen die Produktion, den Gebrauch und Vertrieb von POPs (chemische Dauergifte) wird mit 24.650 Euro aus Deutschland unterstützt.¹⁷⁵

Bürgergesellschaft

Aber die Arbeit von Greenpeace Russland ist nicht nur auf den Umweltschutz ausgerichtet. Sie gilt auch als Beitrag zum Aufbau einer Bürgergesellschaft in dem Nachfolgestaat der ehemaligen Sowjetunion. Die US-amerikanische ‚Charles Stewart Mott Foundation‘, die sich dem Aufbau von Bürgergesellschaften in Zentral- und Osteuropa verschrieben hat, unterstützt NGOs mit dem Ziel, den Non-Profit-Sektor zu stärken, um ein Bewusstsein für Bürgerrechte und – verantwortlichkeiten zu schaffen. Auch Greenpeace Russland hat 2000 einen Zuschuss in Höhe von 100.000 \$ erhalten, „um die Entwicklung des respektvollen menschlichen Umgangs in Russland zu fördern“.¹⁷⁶

Wie wichtig die Stärkung der Bürgergesellschaft in Russland ist, zeigt der Umstand, dass dort immer wieder ganze Regionen zu Sperrgebieten erklärt und so der Kontrolle unter anderem auch durch Umweltschützer

¹⁷¹) Atlas of Russia's intact forest landscapes, Moscow 2002. Siehe auch Greenpeace Magazin, 5/99, Alarm aus dem All, S. 48-56.

¹⁷²) Dokument Greenpeace Deutschland, Fundraising, Stand April 2003.

¹⁷³) Agreement between Greenpeace e.V. Hamburg and Stichting Greenpeace Council, „Baikal Summer Camp 2002“.

¹⁷⁴) Agreement between Greenpeace e.V. Hamburg and Stichting Greenpeace Council, „Nuclear fuel importation“.

¹⁷⁵) Agreement between Greenpeace e.V. Hamburg and Stichting Greenpeace Council, „POPs“.

¹⁷⁶) <http://www.mott.org/publications/websites/annual1999/narrativ.pdf> S.16.

entzogen werden. Um Kritiker von Umweltverbrechen einzuschüchtern, werden sie – wie zum Beispiel die Militärjournalisten Grigorij Pasko und Alexander Nikitin – wegen Spionage und Vaterlandsverrats angeklagt. Beide hatten Umweltvergehen der russischen Marine dokumentiert und veröffentlicht. Nikitin wurde daraufhin der Spionage für Norwegen beschuldigt und erst nach einem langen Prozess freigesprochen, Pasko wegen angeblicher Spionage für Japan zu vier Jahren Haft verurteilt. Beobachter sprechen inzwischen von einer Spionage-Manie seitens der Staatsschutz-Behörden. Opfer dieses Spionagewahns sind immer dieselben: Menschen, die sich für die Umwelt einsetzen und zugleich mit dem Militär oder der Atomwirtschaft zu tun haben.¹⁷⁷ Über die Fälle der beiden ehemaligen Militärs Nikitin und Pasko berichteten sowohl das Greenpeace Magazin als auch die Greenpeace Online-Redaktion ausführlich.¹⁷⁸

Auch gegen Oksana Alexejewa, die in Tscheboksary, der Hauptstadt der Tschuwaschischen Republik in der Wolgaregion, eine Umweltorganisation gegründet hat, ist ein Verfahren eingeleitet worden. Sie ist davon überzeugt, dass dies mit ihrem Einsatz gegen das örtliche Chemiewaffenkombinat zusammenhängt, in dem über 30 Jahre lang Giftgas produziert wurde. Alexejewa hatte kurz zuvor

zusammen mit Greenpeace eine Untersuchung der Umweltschäden in der Umgebung des Kombinats durchgeführt. Die Ergebnisse zeigten, dass sich die Hälfte der Bevölkerung der Tschuwaschischen Republik von verseuchten Lebensmitteln aus der Region ernährt. Bis 2007 sollen dort mehr als 30.000 Tonnen Giftgas unschädlich gemacht werden. Aber nach Überzeugung der Umweltschützerin gibt es bis jetzt kein Sicherheitskonzept, weder für den Transport noch für die Vernichtung.¹⁷⁹

Greenpeace selbst hatte bisher weniger Schwierigkeiten mit den russischen Autoritäten. Der russische Greenpeace-Mitarbeiter Iwan Blokow sieht den Grund dafür darin, dass „wir einfacher und schneller internationale Aufmerksamkeit erringen können“. Allerdings gab es auch Zwischenfälle. Im entlegenen Osten Russlands ist der Atom-Campaigner Igor Forofontow festgenommen worden, weil er Außenaufnahmen eines Atomkraftwerkes gemacht hatte, was nach russischem Recht legal ist. Trotzdem wurde sein Film zerstört. Und auch der russische Chemie-Campaigner musste sich während einer Recherche vor der Polizei verstecken. Ein Greenpeace-Fotograf und ausländische Journalisten, die ihn begleitet hatten, wurden vorübergehend festgenommen.¹⁸⁰

177) <http://www.dradio.de/cgi-bin/es/neu-hintergrund/727.html>

178) http://www.greenpeace.de/GP_DOK_3P/REDAKTIO/E981113A.HTM

179) <http://www.dradio.de/cgi-bin/es/neu-hintergrund/727.html>

180) Interview mit Nina Schulz von der Greenpeace Internet-Redaktion am 23. Februar 1999.

5. Externe Würdigungen für Greenpeace

1982

GEO Umwelt-Preis

Bei der Preisverleihung des GEO Umwelt-Preises am 10.12.1982 sagte der GEO-Redakteur Hermann Schreiber: „Mit ‚Greenpeace Deutschland e.V.‘ will GEO die beharrlichen Bemühungen einer Gruppe von ideologisch ungebundenen, international orientierten Menschen auszeichnen, die der drohenden Vernichtung dieser Welt und ihrer Bewohner immer wieder durch einen gewaltlosen Akt zivilen Ungehorsams in den Arm zu fallen versuchen. Ob sie nun gegen Atomtests in Ost und West, gegen die Ausrottung der Wale und die Abschachtung von Robbenbabys oder gegen die Versenkung so genannter Dünnsäure und radioaktiver Abfälle im Meer tätig werden – nie kämpfen die Greenpeacer gegen lokale Bedrohungen, sondern immer gegen eine globale Gefahr an vielen Orten der Welt gleichzeitig. (...) Sie agieren dabei zuweilen am Rande der Legalität; aber ihre Aktionen zielen, glaubhaft gemacht durch die Bereitschaft zu äußerster Selbstgefährdung, immer auf die Veränderung, nicht auf den Bruch einer gesetzlichen Bestimmung einer – leider legalen – Umweltverwüstung. Sie praktizieren zivilen Ungehorsam, sie propagieren ihn nicht. GEO würdigt ausdrücklich die Effektivität, mit der Greenpeace Deutschland gemeinsam mit Sektionen in neun anderen Ländern seine Ziele verfolgt: in genau geplanten, international abgestimmten Aktionen. Auf diese Weise ist die drohende Zerstörung unseres Planeten drastischer und nachhaltiger ins Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit gebracht worden, als noch so dramatische Appelle oder die Schilderung der schieren Fakten dies vermocht hätten. Um die Erde zu retten, muss man handeln. Die Greenpeacer tun es.“

¹⁸¹⁾ Zeitungsausschnitt ohne Datum und ohne Ort

¹⁸²⁾ Quelle Zeitungsartikel, aufgehoben von Svenja Koch, die den Preis entgegennahm.

1985

Lob von Kurt Biedenkopf

Im Personality-Fragebogen des FAZ-Magazins vom 22. März 1985 bezeichnet Professor Kurt Biedenkopf (CDU) die Greenpeacer als seine ‚Helden der Gegenwart‘.

Gustav-Heinemann Preis

Im Mai 1985 bekommt Greenpeace den mit 20.000 DM dotierten Gustav-Heinemann-Bürgerpreis der SPD verliehen. In der Satzung des Kuratoriums steht: „Freiheit und Gerechtigkeit in einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat – das ist die Forderung unserer Verfassung. Das Lebenswerk Gustav W. Heinemanns war darauf angelegt, das große Angebot des Grundgesetzes allen Bürgern bewusst zu machen. Mit der Verleihung des Preises sollen Menschen ermutigt werden, diese Forderungen des Grundgesetzes zu erfüllen und in ihrer Haltung und ihren Handlungen mehr eigenverantwortliche Mitwirkung und Mitbestimmung mündiger Bürger in unserem Staat zu wagen.“

1993

Courage-Orden des Karnevalvereins Bürstadt

Der ‚Courage-Orden‘ des Karnevalvereins Bürstadt (Kreis Bergstraße) ging im Jahr 1993 an die Umweltschutzorganisation Greenpeace. Die Narren begründeten ihre Entscheidung mit dem „Mut, den die Mitglieder bei ihren weltweiten Aktionen gezeigt haben“.¹⁸¹

1995

Martini-Preis für Demokratie der südpfälzischen SPD

Im November 1995¹⁸² erhielt Greenpeace den Martini-Preis der südpfälzischen SPD aus der Hand des Bundestagsabgeordneten Heinz Schmitt. Der Preis wird an Personen vergeben, die sich um die Demokratie – das heißt politische Kultur, Aufklärung und Wahrhaftigkeit im politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben – verdient gemacht haben.

In der Begründung zur Vergabe des Preises heißt es, dass wirtschaftliche Macht in immer weniger Händen konzentriert sei und politischen Einfluss ausübe. Außerdem sei die Konzentration publizistischer Macht in wenigen großen und teilweise verflochtenen Medienunternehmen eine Gefahr für die Demokratie, da sie eine wirklich freie und unabhängige Meinungsbildung behinderten. Daher brauche man heute Menschen, die sich um den Bestand der Demokratie sorgen, offen darüber sprechen und durch ihr Verhalten ein Beispiel für demokratische Tugend geben. Schmitt, Vorsitzender der SPD Südpfalz, in seiner Laudatio:

„Für die aufklärerische, mutige und engagierte Arbeit, für die Kunst, komplizierte Themen so zu vereinfachen, dass sie in das Bewusstsein vieler Menschen dringen; aber auch für die Initiativen in der ökologischen Forschung; nicht zuletzt für das Unternehmen Greenpeace, das zum Beispiel einen FCKW-freien Kühlschrank marktfähig gemacht und sich nun mit dem Dreiliter-Auto in den Automarkt einmischt. Diese Arbeit betrachten wir als ein wichtiges Element für die Machtbalance in einem Land, das immer mehr durch die Interessenpolitik regiert wird. Greenpeace vertritt im Gegengewicht zu den etablierten mächtigen Interessen die ökologischen Interessen.“

1995

Verleihung der Goldenen Kamera der Zeitschrift „Hör Zu“

In der Laudatio sagte die Schauspielerinnen Evelyn Hamann über die ‚Regenbogenkrieger‘:

„Als Partei hätte diese Umweltschutzorganisation die absolute Mehrheit. 61 Prozent aller Deutschen würden ihr ihre Stimme geben. Zwei Drittel würden sie sogar für den Friedensnobelpreis vorschlagen. Seit 25 Jahren kämpfen sie engagiert für die Umwelt und damit für uns alle, manchmal unter Einsatz ihres Lebens. Solange es diesen Idealismus gibt, ist die Erde nicht verloren.“

Hans Magnus Enzensberger über die Macht der Nichtregierungsorganisationen

„Eine Person wie Heinrich Böll war die Gegenfigur zu Konrad Adenauer. Die Gesellschaft hat damals solche Erscheinungen benötigt und hervorgebracht: Autorität und Gegen-Autorität. (...) Wir haben Böll verloren. Aber dafür haben wir Amnesty und Greenpeace.“¹⁸³

Lob für gesellschaftlichen Druck

Der gesellschaftliche Druck über NGOs wird offenbar als eine Art Leistung verstanden, etwa wenn Marlies Flemming als österreichische Umweltministerin sagte: „Ich bedanke mich bei Greenpeace, dass wir so beschimpft werden. Nur so können wir ordentlich Druck auf unsere Regierungen machen, nur, wenn wir merken, dass engagierte Bürger hinter uns stehen.“¹⁸⁴

Wunsch zur Zusammenarbeit von Klaus Töpfer

Prof. Dr. Klaus Töpfer bedankte sich anlässlich seiner Wahl als Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen für die freundlichen Glückwünsche von Greenpeace: „Angesichts der vielfältigen, schwierigen Probleme, denen sich die globale Umweltpolitik insgesamt und die UNEP im Besonderen gegenübersehen, hoffe ich sehr, dass Ihre guten Wünsche auch in Erfüllung gehen. Mein Wunsch ist dabei, dass ich auch mit Greenpeace weiterhin in konstruktiv-kritischer Zusammenarbeit in Kontakt bleiben kann.“¹⁸⁵

Anregung von Joschka Fischer

In einer von der Zeitschrift Stern moderierten Diskussion riet der Grünen-Politiker Joschka Fischer den anwesenden Jugendlichen: „Ich würde mich an euer Stelle in Umweltverbänden, in Umweltinitiativen und Menschenrechtsinitiativen engagieren – etwa bei Amnesty oder Greenpeace, was auch immer.“¹⁸⁶

¹⁸³) Spiegel Spezial 11/95, Die Frau gegenüber, S.10.

¹⁸⁴) Marianne Beisheim, Nichtregierungsorganisationen und ihre Legitimität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 43/97, 17.10.1997, S. 28.

¹⁸⁵) Brief von Töpfer an Birgit Radow vom 13.1.1998.

¹⁸⁶) Stern, 34/98, S. 74.

2000

Fundraiser des Jahres

Anlässlich des 7. Deutschen Fundraising-Kongresses im April 2000 in Leipzig wurde Gerhard Wallmeyer, Leiter der Fundraising-Abteilung von Greenpeace Deutschland, der Deutsche Fundraising-Preis verliehen. Wallmeyer wurde für seine Pionierleistungen auf diesem Gebiet in Deutschland geehrt. Er habe zu einer Enttabuisierung von ursprünglich aus den USA stammenden Fundraising-Methoden (insbesondere Spenden-Mailings) beigetragen und ihnen auch hierzulande zum Erfolg verholfen. Sein Engagement für das Fundraising in Deutschland gehe weit über sein Engagement für Greenpeace hinaus.¹⁸⁷

Lob von der Weltbank

Am 1. November 2000 antwortet James D. Wolfensohn¹⁸⁸, der Direktor der Weltbank, Rémi Parmentier, dem Chef-Lobbyisten von Greenpeace, auf Fragen zu einem Weltbank-Projekt im indischen Bundesstaat Gujarat. Es geht um die Umweltfolgen von Infrastruktur-Projekten, die unter anderem mit Geldern der Weltbank finanziert werden.

Wolfensohn schreibt: „Greenpeace hat eine extrem wichtige Rolle gespielt, als es darum ging, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Umweltbelange zu lenken und die Öffentlichkeit dort zu mobilisieren, wo zu wenig nach Alternativen zu verbesserungsfähigen Plänen und Strategien der Regierungen gesucht wird, und diese durchzusetzen. Wir begrüßen diese Rolle und freuen uns, die Arbeit mit Ihnen – in Gujarat und anderswo – fortzusetzen.“

Lob zum Biosafety-Protokoll

Das Biosafety-Protokoll der UN-Konvention zur Biologischen Vielfalt wurde im Januar 2000 angenommen. Es regelt den Handel und die Kontrolle mit gentechnisch manipulierten Organismen.

Der kolumbianische Umweltminister Juan Mayr Maldonado¹⁸⁹, einst Vorsitzender der

UN-Kommission zur Nachhaltigen Entwicklung im Jahr 2000 und Verhandlungsführer zum Biosafety-Protokoll, wies im Juli 2000 auf einem Symposium zur WTO darauf hin, dass die Arbeit von Gruppen aus der Dritten Welt während der Verhandlungen zum Biosafety-Protokoll wichtig gewesen sei. Der erfolgreiche Abschluss dieses Protokolls hänge eng mit der Beteiligung der Nichtregierungsorganisationen, der Presse und Industrievertreter hinter den Konferenztüren zusammen. Der Minister strich die Rolle von Greenpeace heraus, die darin bestanden habe, viele Gruppen aus der Dritten Welt bei der Teilnahme an den Verhandlungen zu unterstützen.

2001

Bundesverdienstkreuz für Thilo Bode

Am 7. September 2001 erhielt der ehemalige Greenpeace-Geschäftsführer Thilo Bode aus der Hand von Bundespräsident Johannes Rau das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland wegen besonderer Verdienste um das Gemeinwohl¹⁹⁰. Bode hatte 1989 die Leitung von Greenpeace Deutschland übernommen und wurde 1995 Geschäftsführer von Greenpeace International. Diese Funktion übte er bis Anfang 2001 aus.

Der Preis wurde von Bundespräsident Theodor Heuss gestiftet und ist „ein sichtbares Zeichen für die Anerkennung und den Dank des Staates an Bürgerinnen und Bürger, die sich in besonderer Weise um das Gemeinwohl verdient gemacht haben“.

In der Begründung wies der Bundespräsident auf die Greenpeace-Strategie der ‚Konfrontation und Kooperation‘ hin: „Der Organisation gelang es durch zusätzliche, originelle und schnell zu realisierende Lösungen zu zeigen, dass Wirtschaft und Unternehmen viele Möglichkeiten haben, auf umweltfreundliche Produktion und Produkte umzusteigen.“ Als Beispiele führte er die Präsentation der weltersten Tiefdruckzeitschrift auf

¹⁸⁷) Stiftung und Sponsoring 3/2000, S. 47.

¹⁸⁸) Brief

¹⁸⁹) The Greenpeace International Seminars on Safe trade, Juli 2000, S. 8/9.

¹⁹⁰) PE vom 7.9.2001

chlorfreiem Papier, das ‚Plagiat‘, und die Entwicklung des ersten FCKW/FKW-freien Kühlschranks an. Weiter sagte Johannes Rau: „Greenpeace hat im vergangenen Jahrzehnt wichtige Entwicklungen zum Schutz der Umwelt initiiert und zum Teil auch selbst umgesetzt. Greenpeace hat sich dabei von einer konfrontativen Organisation hin entwickelt zu einer Nichtregierungsorganisation mit einem kooperativen Ansatz. Dabei wurde die wissenschaftliche Kompetenz der Organisation in der Erkenntnis stark ausgebaut, dass die Kritik umweltschädlichen Verhaltens allein nicht ausreicht, wenn man nicht zugleich auch Wege für ein umweltschonendes Verhalten aufweist.“

Bei internationalen Verhandlungen von Vereinbarungen zum Schutze der Umwelt ist Greenpeace (...) zu einem kompetenten und konstruktiven Partner geworden. Aufsehen erregende (und wenige kontroverse) Kampagnen von Greenpeace International sind notwendiger Bestandteil der Tätigkeit einer internationalen Nichtregierungsorganisation, deren Aufgabe es u.a. auch ist, auf skandalöses, verantwortungsloses und umweltschädigendes Verhalten mächtiger Interessengruppen hinzuweisen.“¹⁹¹

Lob von Ole von Beust (CDU)

Der Vorstoß zweier Hamburger CDU-Mitglieder, Greenpeace die Gemeinnützigkeit aberkennen zu lassen, sorgte für Unverständnis und Ärger in der Hamburger CDU-Fraktion. ‚Die Welt‘ schrieb dazu am 21.12.1999: „Die CDU-Politikerin Hermine Hecker und der Bürgerschaftsabgeordnete Rolf Harlinghausen wollten der Umweltschutzorganisation Greenpeace die Gemeinnützigkeit aberkennen lassen. (...) Der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hartmut Engels, ist über diesen Vorstoß empört und verärgert. ‚Dass sich hier einige Mitglieder als Zensoren aufspielen wollen, hat mich wütend gemacht‘, sagte Engels. Zwar habe ihm die eine

oder andere Aktion auch nicht gefallen, aber dabei gehe es schlicht um Meinungsverschiedenheiten. Schließlich habe die Organisation viel Gutes für den Umweltschutz bewirkt. (...) Er werde in seiner Auffassung gegenüber Greenpeace von Fraktionschef Ole von Beust unterstützt.“¹⁹²

Im April 2001 sprach sich Ole von Beust, der inzwischen Erster Bürgermeister der Hansestadt Hamburg ist, erneut für die Beibehaltung der Gemeinnützigkeit aus und machte damit seine Wertschätzung deutlich. Im Hamburger Abendblatt stand dazu:¹⁹³

„Im Gegensatz zu einigen Länder-Innenministern hat sich Hamburgs CDU-Oppositionschef Ole von Beust dagegen ausgesprochen, Greenpeace die Gemeinnützigkeit abzusprenken. Obwohl er mit vielen Aktionen – zuletzt beim Castor-Transport nach Gorleben – nicht übereinstimme, habe Greenpeace stets auf engagierte Weise den Umweltschutzgedanken im allgemeinen Bewusstsein verankert, sagte Beust. Selbstverständlich müssten einzelne Mitglieder, sollten sie strafbare Handlungen begehen, zur Rechenschaft gezogen werden. Staatliche Sanktionen gegen die Organisation insgesamt aber seien klein kariert.“

2002

Das Siegel für umwelt- und sozialverträgliche Forstwirtschaft

Greenpeace setzt sich seit Jahren für eine ökologische Waldnutzung ein und fordert, weltweit den Holzeinschlag in Urwäldern zu stoppen.

Verbraucherministerin Renate Künast wies die Besucher bei der Eröffnung der Messe ‚Du und deine Welt‘ am 23. August 2002 in Hamburg darauf hin, „dass diese Verbrauchermesse vor allem eines bietet: Information. Über viele kleine wichtige Dinge im Alltag, aber auch über die großen Zusammenhänge. Greenpeace z.B. informiert über die letzten Regenwälder dieser Erde – und ich bin sicher: Dort werden Sie viele spannen-

¹⁹¹ Begründung für die Verleihung des Verdienstkreuzes 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Dr. Thilo Bode am 7.9.2001.

¹⁹² Die Welt (Hamburg), 21.12.99, Ärger um Greenpeace-Vorstoß in der Hamburger CDU. Der Tagesspiegel, 3.6.01, Wir schätzen Greenpeace. Betrifft: Den Leserbrief „Undemokratisch“ vom 20. Mai 2001.

¹⁹³ Hamburger Abendblatt/6.4.2001/scho/„Gemeinnützigkeit: Beust bricht Lanze für Greenpeace“.

de Dinge auch über das globale Klima und seine Veränderungen erfahren dürfen. Die Regenwälder sind einer der wichtigsten und größten Schätze unserer Erde. Deshalb: Achten Sie auch beim Holzkauf auf die Kennzeichnung. Machen Sie sich die Mühe und übernehmen Sie die Verantwortung dafür, ob für Ihre Gartenstühle wirklich immer ein kleines Stück Regenwald fallen muss.“¹⁹⁴

Mitte 1996 hatten Greenpeace und andere Umweltverbände ein Gütesiegel präsentiert, das Holz aus ökologischer Waldnutzung kennzeichnet. Die wichtigsten Kriterien lauten: Kahlschlag und Monokultur sind verboten.

In der Debatte am 19. April 2002 im Deutschen Bundestag brachten Parlamentarierinnen verschiedener Parteien dieses Öko-Siegel zur Sprache.¹⁹⁵

Jutta Müller (Völklingen), SPD:

„Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit an dieser Stelle auf einen Report von Greenpeace lenken, der die Überschrift ‚Etikettenschwindel in Finnlands Wäldern‘ trägt. Ich meine, wir müssen in diesem Zusammenhang (haltung der Bundesregierung zum Waldaktionsplan im Übereinkommen über die biologische Vielfalt anlässlich der 6. Vertragsstaatenkonferenz in Den Haag, A.d.V.) auch über die Qualität von Zertifikaten sprechen. Es gibt mittlerweile Ökolabel für Holz. Sie sollen den Verbraucher darüber aufklären, dass Holz aus nachhaltigem Waldbau zur Produktion eines Stuhls oder eines Blattes Papier verwendet wurde. Doch der Wettbewerb der unterschiedlichen Ökolabel ist für den Verbraucher eher verwirrend.“

Hildebrecht Braun (Augsburg), FDP:

„Man muss wirklich nicht mit allen Aktionen, nicht einmal mit allen Zielsetzungen von Greenpeace einverstanden sein. Aber der

Einsatz dieser Organisation für die Wälder ist in hohem Maße lobenswert. Natürlich hilft die Blockade eines Schiffes nicht beim Erreichen des Zieles, die Wälder zu erhalten. Aber eine solche Aktion gibt ein Signal, das für jedermann verständlich ist, dass wir unsere Aufmerksamkeit diesem Thema widmen. Wir Politiker sollten nicht hinter dem Engagement der Umweltverbände zurückbleiben.“

Eva Bulling-Schröter (PDS):

„Mit Zertifizierungs-Initiativen, mit der Unterstützung von scheinbar nachhaltigen Forstmanagementplänen und mit Selbstverpflichtungen kommunaler Unternehmen, kein Tropenholz zu verwenden, wurden hierzulande die großen Proteste durch die Kleinarbeit auf Beamten- und NGO-Ebene abgelöst. Greenpeace und andere Organisationen versuchen nun, eine Zäsur zu machen. Das ist sicherlich sehr gut, denn die Erwartungen in die Kleinarbeit, die ich auf keinen Fall kleinreden möchte, haben sich leider nicht erfüllt.“

Heidemarie Wright (SPD):

„Bereits Anfang der 90er Jahre haben internationale Umweltverbände und NGOs erkannt, dass die Etablierung eines Handelszertifikates für Holz ein Mittel für einen besseren Schutz vor Raubbau und für bessere Forstwirtschaft sein kann. (...) Gerade junge Leute, Schulklassen befassen sich oft mit der Thematik der Waldzerstörung und der Situation der Urwälder. ‚Herr Dr. Ruck‘, rufen sie uns zu: ‚Was habt ihr getan?‘ Wir müssen diese Zurufe ernst nehmen. Es ist auch unsere Aufgabe, dieses Engagement nicht in der Projektbearbeitung stecken zu lassen, sondern glaubhaft zu vermitteln: Deutsche und internationale Politik übernehmen für den Schutz des Ökosystems Wald Verantwortung.“

¹⁹⁴) Rede der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft Renate Künast anlässlich der Eröffnung der Verbraucherausstellung „DU UND DEINE WELT“, 23.8.2002.

¹⁹⁵) Deutscher Bundestag – 14. Wahlperiode – 231. Sitzung. Berlin, Freitag, den 19. April 2002.

Lob des Castor-Einsatzleiters

In einer dpa-Meldung vom 14.11.2002 wurde der 57-jährige Polizei-Einsatzleiter Hans Reime zitiert, der nach dem sechsten Castor-Transport in das atomare Zwischenlager Gorleben

den Aktivisten von Greenpeace Respekt zollte: „Insbesondere Greenpeace möchte ich für die fairen Aktionen danken. Es war immer eine Herausforderung.“¹⁹⁶

¹⁹⁶ dpa, 14.11.2002, 15:47, Zum Abschluss ein Lob für Greenpeace von Castor-Einsatzleiter Reime.



Greenpeace, das sind drei Jahrzehnte konfrontativer Kampagnen-Arbeit. Über 30 Jahre, in denen sich die Umweltorganisation neben Hunderttausenden von Freunden und Förderern auch eine Reihe mächtiger Feinde gemacht hat. Immer wieder gibt es Versuche, Greenpeace den Status der Gemeinnützigkeit aberkennen zu wollen. Hinter dieser Debatte steckt der Versuch einiger Politiker, sich „lästiger“ Kritiker zu entledigen, um die eigene Hilfs- und Konzeptlosigkeit zu kaschieren und Umweltprobleme zu leugnen.

Die Liste der umweltpolitischen Greenpeace-Erfolge ist dagegen lang. Und in einer repräsentativen Umfrage von April 2003 liegt Greenpeace in Deutschland zusammen mit ADAC und Polizei auf der Liste der vertrauenswürdigen Institutionen ganz oben. Greenpeace ist vielleicht manchmal gemein, weil frech, aber doch ungemein nützlich. Dafür wird es sogar von denjenigen gelobt, denen man es nicht zutraut: Industrie, konservative Presse, politische Gegner.